

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538
Entgelt bezahlt
Frühjahr 2008
Nr. 159, 37. Jahrgang
Nürnberg
3,-

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Deutschland immer tiefer im Morast des Krieges Raus aus Afghanistan!

Das angeschlagene Imperium Americanum ist fest entschlossen die Lasten seiner Kriegs- und Weltbeherrschungspolitik seinen Verbündeten und Vasallen stärker aufzubürden. Der Präsidentenwechsel im Herbst wird daran nichts ändern, im Gegenteil. Mit den Kriegen gegen den angeblichen *Terror im Irak und in Afghanistan* stecken die USA militärisch und politisch in der Sackgasse. In Mesopotamien ist die *Koalition der Willigen* längst zerbrochen, ziehen selbst die Briten Truppen ab. Nicht, dass Europäer, Kanadier und Japaner nun pazifistisch und menschenfreundlich geworden wären. Auch sie gieren nach Öl und Rohstoffen und wissen die strategische Position der USA rund um die Welt zu schätzen und zu nutzen... Sie haben aber auch erkannt, dass ein Strategiewechsel der USA notwendig ist und oft diplomatische Druckmittel weniger aufwendig sind als kriegerische, auch gegenüber dem Iran.

In Afghanistan drohen nun auch die Deutschen immer tiefer in den Wüstensand zu schlittern, sollten sie dem Druck aus Washington nicht mehr standhalten. Dabei wissen doch alle Entscheidungsträger, die politischen und militärischen, wie es einst den britischen Kolonialtruppen ergangen ist und in der Neuzeit der 100.000 Mann-Armee der Sowjetunion. Doch die meisten bürgerlichen Medien sind sich in ihrer Ignoranz einig und schließen lieber die Augen: „Wenn der Krieg schon militärisch nicht zu gewinnen ist, darfer jedoch keinesfalls verloren gehen“. (Deutschlandfunk 6.2.08) Auch eine Logik, die der Ratlosigkeit entspringt! Die Erkenntnis über die Misere am

Hindukusch scheint inzwischen auch beim Nato-Kriegsrat in München angekommen zu sein. War doch das Motto dieser *Sicherheitskonferenz*, die in Wirklichkeit „Krieg, Folter und Terror“ zum Inhalt hatte (so die Erkenntnis der 7.000 Gegendemonstranten), Ausdruck der Perspektivlosigkeit. Trotz sechs Jahren Krieg, Besetzung und Wiederaufbau lautet nun das Resümee: „Die Welt in Unordnung – veränderte Machtverhältnisse – fehlende Strategien“. Der ehemalige KFOR-Befehlshaber, der deutsche General Reinhardt, hatte schon Ende 2006 festgestellt: „Es gibt keine Strategie für den Balkan, es gibt keine für Afghanistan.“

Es gibt jetzt kein Ausweichen mehr, denn die Bush-Regierung hat sich die drittstärkste kapitalistische



Wirtschaftsnation vorgeknöpft, die nach ihrer Ansicht nicht genug beiträgt zur imperialistischen Weltbeherrschungspolitik und doch überall mitreden will, sogar in den Weltsicherheitsrat drängt.

Wie souverän Deutschland wirklich ist, zeigte ein Brief von Kriegsminister Gates, der in unverschämtem Ton gehalten war und sich

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

– Raus aus Afghanistan!	Seite 1
– In eigener Sache	Seite 2
– Zu den Kommunalwahlen in Bayern	Seite 6
– Afghanistan ist schon lange ein schmutziger Krieg	Seite 8
– Von der Immobilien- zur globalen Finanzkrise	Seite 10
– Brüche in der Sozialpartnerschaft	Seite 15
– Biedermann, Brandstifter und ein Prozeß	Seite 21
– GDL: Die unendliche Geschichte eines Tarifkonfliktes	Seite 23
– Privatisierung und Schule	Seite 28
– WSI-Verteilungsbericht 2006	Seite 32
– Putsch der bayerischen Hausärzte	Seite 34
– Apologie eines Unschuldigen: Nietzsche	Seite 37
– André & Dorine	Seite 39
– Wer war Leo Jogiches (Tyszka)?	Seite 40
– J.H.W. Dietz Nachf.	Seite 42
– Impressum	Seite 22

In eigener Sache

Die neue Arsti ist ein umfangreiches Heft geworden. Das ist auch ein Zeichen für das Aufkommen einschneidender Veränderungen in Deutschland und der Welt. Nichts bleibt wie es ist! Nach dem Untergang des Realsozialismus wollten uns bürgerliche Ideologen weismachen, nun hätten wir die beste aller Welten und die Systemfrage sei für immer gelöst. Alle Übel der Welt könnten nach der Kapitulation der Sowjet-Union beseitigt werden. Doch fast 20 Jahre danach gibt es Kriege und Krisen im weltweiten kapitalistischen System, die wiederum soziale und politische Krisen nach sich ziehen. Was für Marxisten schon immer galt, kann durch noch so viel Medienpropaganda nicht weggewischt werden: Gesellschaftliche Harmonie und Gerechtigkeit sind in der Klassengesellschaft eine Mär. Der versprochenen Friedensdividende zum Hohn entfesseln imperialistische Mächte neue Kriege. Statt das Versprechen *ewiger Konjunktur* zu erfüllen spekuliert sich die Profitgesellschaft in eine ernste Systemkrise hinein. **Von der Immobilienkrise zur globalen Finanzkrise** ist deshalb unser wichtigstes Thema. Die fiskalischen und wirtschaftlichen Erschütterungen, die davon ausgehen, werden uns noch lange begleiten. Da selbst hochkarätige Finanzgurus hinsichtlich des Ausgangs dieser Krise im Nebel stochern, ist auch eine Ausweitung oder ernstliche Zuspitzung dieser Systemkrise nicht ausgeschlossen.

Die stärkere Einbindung Deutschlands in den schmutzigen Afghanistankrieg und die zunehmende Militarisierung der deutschen Außenpolitik sind ebenfalls alarmierende Entwicklungen, wobei leider die Gegenkräfte zu schwach sind diese zu verhindern. Mit unserem Artikel **Deutschland immer tiefer im Morast des Krieges** wollen wir mobilisieren und Hintergründe aufdecken. Dazu dient auch ein Nachdruck aus der *UZ* zur Lage in Afghanistan.

An den märchenhaften Gewinnen der Konzerne und des deutschen Großkapitals in den letzten Jahren waren die Lohn- und Gehaltsabhängigen nicht beteiligt. Im Gegenteil: Arbeiter, Angestellte, Rentner, Arbeitslose usw. sind von der Teuerung schwer getroffen. Ihr Einkommen sank real, Werksschließungen, Verlagerungen, Entlassungen und Managerwillkür sind an der Tagesordnung. **Brüche in der Sozialpartnerschaft** ist daher ein weiteres Thema. Auch der **Wiso-Verteilungsbericht 2006** gibt Aufschluss über die soziale Schieflage.

Noch hat sich bei den Gewerkschaftsmitgliedern wenig verändert, was politisches Bewusstsein und Militanz anbelangt. Es bleibt abzuwarten, ob die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst nicht doch gezwungen sein werden, kämpferischer vorzugehen. Einiges jedenfalls war beim Lokführer-Streik, dessen Einschätzung nun vorliegt, schon anders. Die Problematik der GDL-Absonderung steht auf einem andern Blatt.

Die soziale Spaltung und die zunehmende Kluft zwischen Reich und Arm haben jedenfalls schon politische Wellen hervorgerufen. Bei den Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg waren die Nichtwähler die stärkste aller Parteien. Dort, wie auch bei der Kommunalwahl in Bayern, hat die Union Federn lassen müssen, die SPD ist weiter abgestürzt. Die kleinen Parteien verzeichneten Zugewinne. Die Partei *Die Linke* konnte sich nun im Westen durchsetzen. Doch ihr linkssozialdemokratischer Charakter wird immer deutlicher. Die antikomunistische Schmutzkampagne der Rechtsparteien (Christel Wegener hatte sogar Morddrohungen erhalten) soll vom eigenen Sumpf ablenken. Zu Kommunalwahl Bayern/Nürnberg bringen wir eigene Einschätzungen.

Ein Betroffener schreibt über die Privatisierungswelle im Schulwesen, die ein beträchtliches Ausmaß erreicht hat. Er schildert, was dahinter steckt, wie weit die Entwicklung systembedingt ist und welche zum Teil unglaubliche Verflechtungen bestehen. Ein weiterer Artikel zeigt, dass der Streit um das Gesundheitswesen und um die zukünftige Rolle der Hausärzte in ein akutes Stadium getreten ist.

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An Tausch-Abos mit anderen

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Ob Schule, Gesundheitswesen, der Bankenbereich sowieso, alles wird vom Moloch Markt verschlungen, zum Zweck der Profitmaximierung.

Mit einem Blick in die Vergangenheit versuchen wir, unseren Lesern einen oft unterschätzten Führer der kommunistischen Bewegung näher zu bringen, Leo Jogiches.

Von einem Schweizer Genossen haben wir zwei Rezensionen übernommen. Ein Leser aus Dresden hat seine Sichtweise zu Friedrich Nietzsche, die von manchen anderen abweicht, zur Diskussion gestellt.

Aus der *Arbeiterpolitik* drucken wir einen Artikel nach, in dem es um die Strafverfolgung des Antifaschisten und Gewerkschafters Lucifero geht und um die fristlose Kündigung durch ver.di Thüringen.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, in denen oft langjährige Abonnenten die Arsti auf dem Postweg nicht mehr erhalten, obwohl die richtige Anschrift über unsere Computeradressierung läuft. Es muss einen technischen, bzw. postorganisatorischen Grund haben, dass die Zeitung nicht ankommt. Wir forschen weiter nach, bitten aber alle, denen die Zeitung am Ende eines Quartals nicht zugestellt wird, uns zu verständigen.

Wir danken allen Zahlern und Spendern herzlich. Viele zahlen mehr als den Abobetrag und tragen damit dazu bei, dass die **ARSTI** weiterhin erscheinen kann. Diese Bereitschaft ist umso wichtiger, da nun ein größerer Spender ausgefallen ist. Das ABO für 2008 wird nun fällig. Für jene, die noch nicht bezahlt haben, legen wir einen Zahlschein bei.

Am 24./25. Mai halten wir wieder in München unser Wochenend-Seminar ab. Als Hauptthema ist vorgesehen: **Die Brüche in der Gesellschaft und ihre politischen Folgen**.

Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

gegen die Weigerung Berlins wandte, mehr Kampfgruppen zu stellen und sie in den Süden Afghanistans zu entsenden. (Was die KSK-Truppe dort treibt, wird bis heute der deutschen Öffentlichkeit vorenthalten.) Gates rüffelte die Bundesregierung, dass sich dort die einen den Luxus von stabilisierenden Operationen leisten, die anderen müssten im Süden kämpfen und sterben. Die USA hätten einst mit der Luftbrücke Berlin geholfen, klopfte er auf den Tisch. (Dass dies einst im Kalten Krieg geschah, vergaß er zu erwähnen.) Die Kanadier, die bis jetzt 78 Gefallene zu beklagen haben, drohten mit dem Abzug, wenn die Europäer nicht 1.000 Soldaten schicken würden. Die NATO-Generäle maulen schon lange, zu den 4.300 Isaf-Soldaten müssten unbedingt noch 7200 dazukommen. Es fehle an Flugzeugen und Hubschraubern. Das Pentagon hat 3.200 Marine-Infanteristen zur Verstärkung der 26.000 Besatzer in Marsch gesetzt.

Die Bundeswehr hat gegenwärtig 7.500 Soldaten der Interventionsstreitkräfte in zehn Regionen der Welt im Einsatz. Für diese Auslandseinsätze muss die Bundesrepublik in diesem Jahr 640 Millionen Euro aufbringen und sie wird 4 Milliarden Euro für neue Waffensysteme ausgeben. Der Afghanistankrieg hat Deutschland bis jetzt rund 2,5 Milliarden Euro gekostet, für den zivilen Aufbau waren nur 0,15 Milliarden Euro vorhanden. 3.340 deutsche Soldaten sind nun in Afghanistan stationiert, meist eingeteilt in Camps. Zu diesem Kriegskurs bekennen sich, außer der Linken, alle Bundestagsparteien. Wenn es auch bei der SPD unten grummelt, ist immer noch der törichte Satz des SPD-Fraktionsführers Struck maßgebend: „Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Ob wohl, in 5.000 km Entfernung, „am anderen Ende der Welt“, die paschtunischen Stammeskrieger diese Kriegserklärung überhaupt begreifen können?

Kriegsminister Gates hat auf der Münchner Sicherheitskonferenz bei den überempfindlichen Deutschen nochmals nachgebohrt. Er ist dabei nicht nur von der ungünstigen militärischen Lage getrieben, sondern auch von einer brisanten innenpolitischen Situation, die einer Krise

gleichkommt, die sich noch vertiefen wird. Das Militärbudget muss noch einmal um 7,5% erhöht werden auf 515 Milliarden Dollar, wobei man jetzt schon weiß, dass dies nicht reichen wird. Dafür müssen Gelder in Höhe von 208 Milliarden Dollar für Pensionszahlungen und im Ge-



sundheitswesen gestrichen werden. Weitere Kürzungen sind vorgesehen im Bereich Erziehung, Justiz und Verkehr. Die Lücke, die die Finanz- und Kreditkrise in den Haushalt reißt, ist noch nicht überschaubar. Wenn sich in den USA die Rezession ausweitet, braut sich zur Präsidentenwahl einiges zusammen.

Die Bundesregierung im Dilemma

Die Berliner Regierung hat verstanden, dass es diesmal ernst wird. Für den ehemaligen Außenminister Fischer geht es in Afghanistan „um die Zukunft der NATO“. Deutschland kommt „in Gefahr, als Hauptverantwortlicher für ein mögliches Scheitern der NATO in Afghanistan gesehen zu werden“ – das wäre ein „Maximalschaden“ für die deutsche Außenpolitik. Die Regierung ist im Dilemma, da die Umfragen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit des Volkes eine Kriegsbeteiligung ablehnt. Die Parteien müssen deshalb Angst vor den kommenden Wahlen haben, auch vor einer Stärkung der Linkspartei, die für einen Abzug aus Afghanistan eintritt. So eiert die Regierung herum, gibt vor, nur kleine Schritte zu tun, spricht von „Vorbehalten“, von Brückenbauten statt vom Krieg, will angeblich nur in Ausnahmefällen Kampfeinsätze zulassen. Während Außenminister Steinmeier noch vor-

sichtig ankündigt, künftige Einsätze würden den „Gebrauch von Schusswaffen“ einschließen, preschen andere aus der zweiten Linie vor. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Hans-Ulrich Klose (SPD), tritt dafür ein, die Bundeswehr in ganz Afghanistan einzusetzen, „auch im Süden“.

Damit liegt er auf einer Linie mit Horst Teltschik, der die NATO-Konferenz in München geleitet hatte. Bei solchen Richtungsweisungen darf auch der frühere Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann nicht fehlen: „Die Pflicht endet nicht in bestimmten Regionen“.

Die immer engere Einbindung Deutschlands in die offene Kriegsführungsstrategie der USA trifft auf eine zunehmende Verschlechterung der politischen und militärischen Lage: 2006 starben in diesem Krieg 4.000 Menschen, darunter viele Zivilisten. 2007 war der Blutzoll noch höher: 6.200 Tote. Über die Verletzten liegen gar keine Zahlen vor. Die deutsche Bundeswehr hat seit 2002 21 Tote zu verzeichnen. Die Unterschiede zwischen ISAF und OEF vermischen sich immer mehr. Längst operieren deutsche Einheiten nicht nur in Gebieten der talibanfeindlichen Nordallianz, sondern auch im Westen des Landes.

Als erstes will Kriegsminister Jung der aktuellen Forderung nachkommen, 250 norwegische Soldaten zu ersetzen. Nur „Selbstverteidigung“ sei vorgesehen, beeilte er sich zu versichern. Dabei war diese norwegische Truppe durchaus in Kämpfe verwickelt. Zum gleichen Zeitpunkt wird berichtet, dass die Koalitionsregierung in Berlin an Plänen arbeitet, das deutsche Kontingent um 1.000 Mann auf 4.500 Soldaten aufzustocken. Das dazu notwendige Mandat des Bundestages möchte man gleich für zwei Jahre beantragen, um eine Auseinandersetzung darüber im Bundestagswahlkampf zu verhindern.

Wie weit die Kriegsbeteiligung von der Regierung noch vorangetrieben werden kann, hängt auch von der Stärke oder Schwäche des Widerstandes in Deutschland ab. Stimmungen, auch gewisse Wählerproteste, können die weitere Militarisierung der Außen- und Innenpolitik nicht verhindern. Nach der Erfolglo-

sigkeit der ansehnlichen Friedensbewegung gegen den Irakkrieg ist es wenig wahrscheinlich, dass eine neu entstehende Friedensbewegung jene Schlagkraft erhält, um eine Erweiterung der Kriegsbeteiligung Deutschlands zu verhindern. Würden Wehrpflichtige abkommandiert, entstünde eine neue Lage. Anklagen gegen Verstöße gegen Grundgesetzartikel, Völkerrecht usw. haben meist nur propagandistischen Wert. Die imperialistischen Machtinteressen setzen sich letzten Endes über gesetzliche Barrieren hinweg. Als es um einen völkerrechtswidrigen NATO-Krieg ging, stand im Freitag vom 7.12.2007: „Robin Cook, dem früheren britischen Außenminister, wird nachgesagt, er habe sich 1999 besorgt gezeigt, weil seine Juristen die Luftschläge gegen Belgrad für

unvereinbar mit der UN-Charta hielten. Die Antwort seiner Amtskollegin Madeleine Albright: Dann braucht ihr eben andere Völkerrechtler.“

Schwere Niederlage der Friedenskräfte



Die deutsche Linke und der nach wie vor bestehende Kern der Friedensbewegung haben in den letzten Jahrzehnten, trotz aller Bemühungen, schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Sie waren zu schwach, um dem Strom der gesamtgesellschaftlichen Rechtsentwicklung und der damit verbundenen Militarisierung Entgegenstehendes entgegenzusetzen zu können. Die antimilitaristische Stimmung, die nach dem verlorenen Nazi-Krieg sich in außergewöhnlicher Tiefe herausgebildet hatte (lag doch auch die Niederlage im Ersten Weltkrieg noch nicht lange zurück), lässt naturgemäß nach 50 bis 60 Jahren nach. Sie spielt aber immer noch eine Rolle, auch bei den nachfolgenden Generationen. Das hatte sich bei den von vielen Schülerinnen und Schülern mitgetragenen Demonstrationen gegen den Irakkrieg gezeigt, die aber dann von vielen von ihnen als erfolglos eingestuft wurden. Zumindest wurde die Schröder-Regierung gezwungen, dem Druck der Bush-Cheney-Clique standzuhalten und es bei einer indirekten Kriegsbeteiligung zu belassen. Die Militarisierung Deutschlands im Inneren und nach außen wird jedoch systematisch fortgesetzt. Um den Widerstand möglichst gering zu halten, geschieht dies schleichend, Zug um Zug: Von einigen Sanitätssoldaten in Kambodscha, einigen Kontrollschiffen am Horn von Afrika bis zur Bombardierung Jugoslawiens und bis zu dem immer stärkeren Kriegseinsatz in Afghanistan. Die Umwandlung der

Bundeswehr zur Interventionsarmee – richtiger Aggressionsarmee – ist damit nahezu abgeschlossen. Die hoch und heiligen Versicherungen in den heißen Diskussionen der früheren Jahre, die Bundeswehr diene laut NATO-Statut nur der Verteidigung, waren von Anfang an Lügen. Dasselbe gilt im Hinblick auf den Einsatz von Soldaten im Inneren. Bei der Flutkatastrophe im Osten konnte man leicht Sympathie erwerben, obwohl das gut ausgerüstete Technische Hilfswerk mehr bezwecken hätte können. Inzwischen sind wir beim offenen Einsatz gegen politische Gegner angekommen. Gegen die Demonstranten beim G 8-Gipfel im vorigen Jahr wurde sogar die Bundesluftwaffe herangezogen. Wieder wurde ein wichtiges Tabu gebrochen und – von der Linken abgesehen – hat die deutsche Öffentlichkeit dies ohne große Beachtung hingenommen.

Der G-8-Gipfel in Heiligendamm Ausnahmezustand in Deutschland

„Der Ausnahmezustand“, schrieb der Staatsrechtler Carl Schmitt, „Offenbart das Wesen der staatlichen Macht.“ Im Sommer 2007 beim G-8-Gipfel in Heiligendamm, das belegen die jetzt von Bürgerrechtsgruppen und Republikanischen Anwaltsverein gezogenen Bilanzen, wurde hierzulande der Ausnahmezustand erprobt. Die Gipfelkritiker wurden schon im Vorfeld der Proteste kriminalisiert, und nicht nur bei den über 1000 Festnahmen geriet die Polizei unter Verdacht der schweren Körperverletzung und Freiheitsberaubung im Amt. Die Pressefreiheit wurde behindert, Meldungen lanciert, die auf die Gewalt einiger Hundert gewalttätiger Demonstranten fokussierten und von den Polizeiübergriffen ebenso wie vom friedlichen Protest ablenkten. Der „präventive Sicherheitsstaat“ hatte 17494 Polizisten und 1100 Soldaten der Bundeswehr in Marsch gesetzt, um einen störungsfreien Verlauf des Gipfels zu garantieren. In Bereitschaft hatten 14 Tornados, vier Eurofighter, acht Phantomjäger und zwei Abfangjäger sowie eine unbekannte Anzahl von Beamten nationaler und internationaler Geheimdienste gestanden.

Deutschlandfunk 15. Februar 2008, Dossier

Ähnliches gilt für den Überwachungsstaat, der von Innenminister Schäuble mit Zustimmung von Union und SPD zügig ausgebaut wird. Die enormen Mittel dafür und für die Rüstungs- und Kriegspolitik gehen auf Kosten der sozialen und gesellschaftlichen Entwicklung im Lande. Das Kriegsministerium plant bereits eine Steigerung des Militärhaushalts auf etwa 30 Milliarden Euro (also 60 Milliarden DM) in einigen Jahren.

Zur Freude des rechtslastigen Reservistenverbandes soll nun der „Ergänzungsumfang“ der Bundeswehr stärker ausgebaut werden. Die „UZ“ berichtete am 14.12.07 über diese Pläne: „Zur Zeit gibt es 195.000 Zeit- und Berufssoldaten, 27.000 freiwillig Längerdienende und 37.000 Grundwehrdienstleistende und nun auch dies: Seit Januar 2007 steht der Ergänzungsumfang für die Streitkräfte fest: 95.000 Reserve-Dienstposten und 51 nicht aktive Einheiten und Verbände“ („Y“, 7/07) Also nicht rund 260.000 Soldaten bei der Bundeswehr, sondern ständig 354.000. Davon sind rund 10.000 ständig im Einsatz, darunter auch Reservisten (vor allem aus dem Öffentlichen Dienst, denn nur dort sind sie schnell abkömmlich.)

Atomare Erstschlagspläne

Die verstärkte Aufrüstung der Bundesrepublik und die engere Einbindung in die US-Aggressionshandlungen treffen sich mit einer Verschärfung der internationalen Lage: Pakistan rutscht immer tiefer in eine soziale und politische Krise, die das Land zu zerreißen droht, mit gravierenden Folgen für den Afghanistan-Konflikt; Israel praktiziert in Komplizenschaft mit der Bush-Regierung eine Erwürgungspolitik gegenüber den Palästinensergebieten und schneidet dem Gazastreifen die Lebensluft ab. Die EU scheut jede Kritik daran. Besonders brisant ist jedoch das neue Kesseltreiben der USA gegen den Iran. Trotz gegenteiliger Einschätzungen der US-Geheimdienste (anscheinend gestützt von einer Fraktion des US-amerikanischen Großkapitals), die eine nukleare Rüstung Teherans in Frage stellen, hielt Bush bei seinem Besuch in den arabischen Ländern eine Kriegsbrandrede, in der er die alte Platte vom *iranischen Atomprogramm* neu auflegte. Trotz eines inszenierten *Zwischenfalls* in der Straße von Hormus konnte er in Abu Dhabi und Riad keine Verbündeten finden. Doch wiederholte er seine Drohung: „Alle Optionen bleiben auf dem Tisch“. Ein Luftschlag gegen iranische Ziele ist vor allem nach den neuesten Meldungen denkbar, sogar mit atomaren Waffen.

Den entsprechenden Versuchsballon hat die NATO schon gestartet. Der britische *Guardian* berichtete, dass die fünf ehemaligen Generalstabschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands und der Niederlande dem Pentagon und dem NATO-Generalsekretär Scheffer eine „Empfehlung“ vorlegten: Der Westen müsse notfalls einen atomaren Erstschlag führen, um „die unmittelbar bevorstehende“ Weiterverbreitung von Atomwaffen zu verhindern. Damit liegen sie auf der Linie von Bush, stützen damit das Atomwaffenmonopol der Nuklearmächte und deren politisches Erpressungspotential. Gleichzeitig stellen sie sich hinter Bushs propagandistischen Vorwand für einen Krieg gegen den Iran. Natürlich war das kein Pensionistentreffen, denn sie hatten ihren rigorosen Vorschlag

mit heutigen hochrangigen Militärs diskutiert... Außerdem ist man über eingekommen, „Kampfeinsätze auch ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates“ durchzuführen, falls „sofortiges Handeln nötig ist“. Außerdem soll das Konsensprinzip bei NATO-Entscheidungen aufgehoben werden. Ein Stimmrecht für NATO-Mitglieder, die an den freiwilligen Operationen nicht beteiligt sind, soll es nicht mehr geben. Auf dem Bukarester NATO-Gipfel im April soll darüber entschieden werden.



Inzwischen meint Clintons ehemaliger UN-Botschafter Richard Holbridge (*Dayton-Abkommen*) in Serbien ein nächstes Aggressionsziel ausgemacht zu haben: „Das westliche Militärbündnis muss sich für eine weitere Intervention bereithalten. Sollte sich im schlimmsten Fall die Gewalt fortsetzen, muss die NATO einschreiten.“ Sollten solche Gedankenspiele auch unrealistisch erscheinen, so zeigen sie andererseits, welche Anmaßung den US-Eliten zueigen ist, gleich welcher Parteirichtung.

Aufrüstung

Die Einkreisungspolitik der NATO bezüglich Rußlands setzt sich fort. Nach den Turbulenzen in Tschechien und Polen gibt es nun in der Ukraine schwere Auseinandersetzungen um den angestrebten NATO-Beitritt Kiews.

Ein Heidelberger Institut hat für das vergangene Jahr 328 Konflikte in der Welt festgestellt, davon 31 „hoch gewaltsame“. Eine halbe Million Menschen kamen dabei ums Leben, weit mehr wurden verletzt. Weltweit wurde die unvorstellbare Summe von 1,2 Billionen Dollar für Rüstung vergeudet. Deutschland wird seinen *Verteidigungshaushalt* weiter erhöhen.

2010 soll er dann fast 30 Milliarden Euro ausmachen. (eine andere Art der „Agenda 2010“) Die Bundesrepublik ist zum drittstärksten Rüstungsexporteur der Welt aufgestiegen. Während Wirtschaftsminister Glos (CSU) von 1,4 Milliarden Euro Umsatz spricht, legt ein Kirchenbericht ganz andere Zahlen vor: 7,7 Milliarden Euro, ein Zuwachs von 1,5 Milliarden seit 2006! Lügen also wohin man blickt...

Alexander Weis, Direktor der EU-Rüstungsagentur hat „2008 zum Jahr der europäischen Rüstung“ erklärt, ganz so, als wäre das für die Menschen etwas Fortschrittliches. Er kann sich darauf berufen, dass im geänderten EU-Vertrag (Artikel 27-3) steht: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“. Eigentlich verwundert es, dass eine Steuerhinterziehungsdebatte hohe Wellen schlägt, die hohen Militärausgaben aber kaum hinterfragt werden. Auch die Toten der deutschen Kriegsbeteiligung in Afghanistan und anderswo finden noch nicht die öffentliche Beachtung. Das Kriegsministerium ist angesichts der größeren Feindberührung bemüht, die Bevölkerung auf größere Opfer und mehr Tote einzuschwören. Das mit der Ordensverleihung wie einst will noch nicht so richtig ziehen. Bundesminister Franz Josef Jung ist dabei, die Errichtung eines Bundeswehr-Ehrenmals voranzutreiben. „Den Entwürfen zu Folge soll es megalomanische Ausmaße haben: Eine Halle von 41 Meter Länge und zehn Metern Höhe. In deren Innerem könnte man die ganze Gedenkstätte Deutscher Widerstand verschwinden lassen“. (Badische Zeitung)

Bezüglich Letzterem: 60 Jahre hat es gedauert, bis der Bundestag die Deserteure des Nazi-Kriegs rehabilitiert hat – gegen die Stimmen von Union und FDP. Ausgenommen wurden jene, die man des *Kriegsverrats* bezichtigte, die zu den Partisanen oder zum *Feind* überliefen etc. Will man da etwas vorbeugen?

Der stille Widerstand

Seit 1961 haben 3,5 Millionen Männer in Deutschland ihre Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragt, eine gewaltige Zahl.

2,3 Millionen von ihnen haben Zivildienst geleistet und werden meist als billige Helfer eingesetzt, auch in privaten Firmen und Kliniken. Noch eindrucksvoller ist das Bild, das die GI's abgaben. Seit Beginn des Irakkriegs 2003 haben laut Pentagon 14.000 US-Soldaten den Kriegsdienst verweigert – zur Zeit sind es ca. 500 im Monat – oder sind trotz hoher Strafen desertiert. Ein vorbildliches Verhalten, sollte es auch in Deutschland zu weiteren Aggressionen kommen. Vorbildlich, wie das Verhalten von Bundeswehrmajor Florian Pfaff, der die indirekte Unterstützung des Irakkrieges verweigerte und vor Gericht recht bekam, da dieser völkerrechtswidrig gewesen sei. Oder jene gemäßregelte Sanitätssoldatin Ernst-Zettl, die ihre Rot-Kreuz-Armbinde nicht ablegte als von ihr verlangt wurde, beim Einsatz deutscher Tornados logistische Dienste zu leisten. Natürlich verhindern Verweigerung und Desertieren keine Aggression, tragen aber dazu bei, die Fortführung



eines Krieges zu erschweren. Alle, die auch während des Vietnamkrieges US-Deserteuren in Deutschland weiterhalfen, haben sich verdient gemacht.

Kriege sind nur zu verhindern, wenn man den herrschenden Klassen und Kriegsverbrechern massenhaft in den Arm fällt. Dazu sind Klassenbewusstsein und eine militante Klassenbewegung notwendig, die heute nicht nur in Deutschland fehlen. Das ist kein Freibrief fürs Nichtstun. Besonders muss die zunehmende Militarisierung – der bestimmende Einfluss der Militärs über die Politik – zurückgewiesen werden.

Es liegt an den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Systems mit seine Zwängen im globalen Konkurrenzkampf, dass der Streit um Absatzmärkte und Rohstoffe mit allen Mitteln ausgetragen wird, auch mit Gewalt und durch Krieg.

Frieden ist mit diesem System nicht zu haben!

Mehr als ein Denkmahl Zu den Kommunalwahlen in Bayern

Im Ergebnis der Kommunalwahlen widerspiegeln sich sowohl die Krise der CSU, wie auch der Union insgesamt, als auch der Niedergang der SPD nach dem Verlust ihrer sozialen Seele in der Ära Schröder. Für die CSU war es nach dem Sturz Stoibers eine Testwahl ein halbes Jahr vor der Landtagswahl, die mit dem schlechtesten Ergebnis seit 42 Jahren der Alleinherrschaft endete. Das war kein Renommee für die neue, wenig charismatische Doppelspitze Beckstein/Huber. Sie muss nun um die absolute Mehrheit im Herbst fürchten. Die Staatspartei CSU erreichte bei den Kommunalwahlen nur noch einen Anteil von 40%, ein Verlust von 11% gegenüber 2002 (45,5%). Eine Untersuchung über die miserable Wahlbeteiligung von 50% ergab, dass viele ihrer bisherigen Wähler diesmal zu Hause blieben. Andere votierten für die Freien Wähler, die auf 19% zulegen konnten. Die Grünen konnten sich auf 8,2% verbessern, die FDP auf 3,8%.

Auf dem Land dominiert die CSU stark, da ist sie noch eng verflochten im dörflichen Milieu, mit Kirche, Sport- und Schützenvereinen und örtlichen Musikkapellen. So stellt sie weiterhin die meisten Landräte und Bürgermeister.

Eine schwere Schlappe mussten die Schwarzen in einigen Großstädten hinnehmen. In Nürnberg wurde Maly (SPD) Oberbürgermeister mit 64,3%, in Fürth Jung mit 80,1%, in München Ude mit 66,8%. Im fränkischen Landkreis Erlangen-Höchstadt wurde Irlinger als Landrat wieder gewählt. Diese siegreichen SPD-Kandidaten sind angesehene Leute, deren sozialdemokratisches Profil mehr als unscharf ist. Sie sind die mit besitzbürgerlichen Kreisen eng verwoben. Viel Linkes war während ihrer bisherigen Amtszeit – zum Teil in Koalition mit der CSU und anderen – nicht zu verzeichnen. Im Sog dieser Personenwahl konnte in manchen Städten auch die SPD als Partei zulegen, in Nürnberg z.B. von 39,5% auf 42,5%. Die CSU mit dem Lokalmatador Beckstein machte lange Gesichter, verlor sie bei 33,7% doch fast 30% Wähler, was auch zugunsten kleinerer Parteien ging.

Über das Siegesgeheul ihres Vorsitzenden Maget kann man aber nur den Kopf schütteln, denn insgesamt war das Ergebnis für die SPD ein Negativrekord. Gegenüber 2002 verlor die SPD noch einmal 10% und schrumpfte auf 22,6% landesweit. So jedenfalls kann eine Ablösung der CSU im September nicht gelingen. Hätte z.B. die CSU in Nürnberg, wo sie für eine Koalition mit SPD und Grünen bestraft wurde, ihre bürgerlichen Wähler besser mobilisieren können, sähe es für die Sozialdemokraten noch schlechter aus. Außerdem kann die CSU auch mit den konservativen Freien Wählern koalieren, sollten diese die 5%-Hürde überspringen.

Das Milieu schwindet - die CSU verliert die Bodenhaftung

Dass die ehemalige Strauß- und Stoiber-Partei („die erfolgreichste Partei Europas“) erstmals seit 1966 um die absolute Mehrheit bangen muss, liegt an den gesellschaftlichen Veränderungen. Die Bindungen an die Parteien haben sich erheblich gelockert. Verstädterung, berufliche Qualifizierungen, neue Lebensweisen und der Rückgang der Landwirtschaft haben längst auch in Bayern konservative und klerikale Einstellungen verringert. Es genügt nicht mehr, den Leuten autoritäre CSU-Granden zu präsentieren. Es wird nun immer wichtiger, auf Überzeugung und Übereinstimmung zu setzen. Diese Notwendigkeit hatte sich schon in der Ära Stoiber herausentwickelt. Die Bazi-Zeiten sind im Allgemeinen vorbei. Es waren nicht nur Stoibers Allüren, das Hin und Her in der bundespolitischen Präsenz, sondern auch seine nicht mehr hinzunehmende Ignoranz und Arroganz, die ihn zu Fall brachten. G 8, Büchergeld, der milliardenteure Transrapid und rigorose Sparmaßnahmen brachten Unruhe ins weiß-blaue Land. Stoiber verordnete eine Polizeireform, die einer Ausdünnung gleichkam und eine Forstreform, die brutal die Profitökonomie in den Vordergrund stellte. Dazu kamen die Affären um

die Landesbank und die innerparteilichen Chaostage der Münchner CSU mit der Entlassung der Straußtochter Hohlmeier. Die Machenschaften um den Sturz Stoibers, die Querelen um seine Nachfolge und die Seehofer-Affäre kamen in der Bevölkerung nicht gut an. Das Beckstein/Huber-Duo versuchte zwar den Schein zu erzeugen, manche unliebsame Maßnahmen wieder revidieren zu wollen. Doch der Ärger über die Schulpolitik, Landesbankverluste, Erbschaftssteuer, Gesundheits- und Steuerreform blieben, obwohl manches davon gar nicht mehr der Bestimmung durch die Landespolitik unterlag. Gerade vor der Wahl war der Streit mit den Hausärzten eskaliert. Das strikte Rauchverbot in den Gaststätten eckte bei jenen an, die in Bayern noch den Freibrief des „*Mir san Mir*“ von der CSU erwarten.

Auch die Bundespolitik spielte eine Rolle. Teuerung, Massenentlassungen, Managergier und Liechtensteinskandal werden in der Großen Koalition mehr der Kanzlerin-Partei angelastet. Der Einfluss der CSU in Berlin wird kaum mehr wahrgenommen. Auch war der CSU-Wahlkampf teilweise antiquiert: „*Freiheit statt Sozialismus*“ (Huber) und Kommunistenthysterie riefen manches Kopfschütteln hervor. Den Leuten ging es mehr um ihr soziales Abrutschen und darum dass sie trotz Aufschwung leer ausgehen. So konnten Phrasen die Profilschwäche dieser neuen CSU-Führung nicht überspielen.

Ein veränderter Stadtrat in Nürnberg

Manche Ergebnisse waren schon überraschend. Weniger die hohen Prozentzahlen von 64,3 für Ulrich Maly als OB. Mehr das niedrige Ergebnis für den CSU-Bewerber von 27,4%, trotz des hohen Wahlkampf-Aufwandes für Klemens Gsell, dem dritten Bürgermeister. Überraschend war auch der Ausgang der Stadtratswahl. Die Wahlbeteiligung war mit 50% auf den Hund gekommen. Entgegen dem Trend in Franken konnte die SPD mit 43,2% fast 10% zulegen und wurde wieder stärkste Partei. Der CSU jedoch konnte auch Landsmann Beckstein nicht helfen: Sie stürzte regelrecht ab von 43,6% auf

32%, ein Verlust von fast 27%. Beim Mitregieren in der SPD-CSU-Grünen *Koalition* hatte sie das Profil verloren. Die Einbindung durch den Kompromissler OB Maly war gelungen. Auch die Grünen konnten zunehmen, von 5,8% 2002 auf nun 7,6%. Die hiesige Mini-FDP konnte sich nach langer Durststrecke von 2,1 auf 3,2% vergrößern – auch sie Nutznießer der CSU-Debakels. Die Freien Wähler blieben mit 1,4% gleich. Die Guten, ein Verein vor allem Kulturschaffenden, stabilisierten sich auf 2,3% (2%). Die Ödp, in Listenverbindung mit der FDP, konnte erstmals mit 1,1% einen Sitz erringen.

Mehr als ein Wehrmutstropfen ist das Abschneiden der Rechtsradikalen. Kam der Rep-Polizeibeamte mit 1% nicht mehr ins Gremium, so schnellte die *Bürgerinitiative Ausländerstop*, hinter der sich die NPD verbirgt, von 2,3% 2002 auf 3,3% hoch, ein Zuwachs von 45%! Damit sind zwei Rechtsradikale im Stadtrat, der NPD-Vorsitzende in Bayern Ollert und mit Sebastian Schmaus ein Aktivist der Antiantifa. Zählt man die Stimmen für die Reps hinzu, dann haben 4,3% der Nürnberger Wähler die Rechtsextremisten unterstützt, fast soviel wie die Linken zusammenbrachten. Eine alarmierende Entwicklung, auch wenn der Anteil der Proteststimmen erheblich war. Im Stadtteil Werderau, in dem die MAN vor einiger Zeit ihre Wohnungen an türkische Investoren verscherbelt hatte, kamen die Rechtsradikalen auf etwa 10%. Das ist kein *Trost*, denn jeder der diese üblen Gestalten wählt, weiß was er damit anrichtet...

Die *Linke Liste* hat nach großen Anstrengungen in Nürnberg einen schönen Erfolg errungen. Unter den 70 Kandidatinnen und Kandidaten waren viele mit Migrationshintergrund und aus der Arbeiter- und Friedensbewegung. Mit einem ausführlichem Programm gegen Privatisierung, gegen eine neue Flughafenanbindung (für militärische Zwecke), gegen den Plan eines 20 Millionen Euro schweren Delphinarium und für soziale und bildungspolitische Verbesserungen etc., konnte die Linke Liste, auf der auch DKP-Kandidaten vertreten waren, ca. 8.000 Wähler überzeugen. Die 4,8% ergaben drei Sitze, gewählt wurde aus dem Gewerkschaftsbereich Harald Weinberg, der Vorsitzende

der Linken in Bayern, eine junge türkischstämmige Studentin, Eylem Gün und Hans Joachim Patzelt, ein legendärer Aktivist des Nürnberger Friedensforums und ehemals kämpferischer Betriebsratsvorsitzender der AEG-Kanis.

Zu erwähnen ist auch, dass einer der Streikführer bei der AEG, der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix, von Platz 31 der SPD-Liste auf Platz 14 vorgehüpelt wurde und damit gewählt ist.

Keine Linkswende in der Noris

Wer nach der schweren Niederlage der Nürnberger CSU eine linke Gestaltungsmehrheit erhofft hatte, sah sich umgehend getäuscht. Der musste bald feststellen, dass Schein nicht Sein ist und Zahlen noch nicht viel über Inhalte aussagen. SPD-Fraktionsvorsitzender Schönfelder legte umgehend die Bremse ein: Er verspüre keine rotgrüne Euphorie... OB Maly blieb auf seinem bisherigen Kurs, die Koalition mit der rechten Seite des Stadtrats zu pflegen – diesmal eben freiwillig. Dabei ist es gar nicht sicher, dass die gerupften Christsozialen in der alten Form mitmachen, da sich bei ihnen Stimmen mehren, durch Konfrontation wieder Profil zu gewinnen. Durch Vereinbarungen im alten Stadtrat sind der CSU jedenfalls schon mal vier Referentenposten zugeschanzt worden, die Hälfte in der neuen Stadtregerung. Die SPD fürchtet, dass der Ausbau des Frankenschnellweges, der U-Bahn und die Delphin-Lagune mit den Grünen nur schwer zu machen sind.

Mit den Neuen im Stadtrat ging OB Maly schwer ins Gericht: „*Es gilt für mich felsenfest, dass wir mit Vertretern der Linken Liste nicht zusammenarbeiten.*“ Manche meinen schon, der OB sei nach Ablauf der Legislaturperiode zu Höherem berufen. Mit der Übernahme des antilinken Dogmas will sich der Schröder-Anhänger wohl schon die Sporen verdienen. Doch auch er konnte nicht verhindern, dass nach Aussage von Wahlforschern 2.600 ehemalige SPD-Wähler den linken Zuwachs gebracht haben. (Übrigens auch 1.440 ehemalige CSU-Wähler.)

Welcher Aufwand, welcher Wandel und doch keine politische Wende! Die SPD ist immer gut für Wählertäuschung – auch in Nürnberg!

Afghanistan ist schon lange ein schmutziger Krieg

Vortrag von Norman Paech auf dem 14. Friedensratschlag - Auszüge – Nachdruck aus: uz - Zeitung der DKP

Im Juni 2007 bereiste Prof. Dr. Norman Paech, MdB Die Linke, Afghanistan. Auf dem 14. Friedensratschlag sprach er zur Lage dort. Adi Reiher hat seinen Vortrag mitgeschnitten und die folgenden Auszüge ausgewählt:

... Wenn man im gepanzerten Wagen der Botschaft durch Kabul fährt, vielleicht auch noch in die umliegenden Dörfer, dann sieht man lachende Mädchen, man sieht auch Leute die picknicken, man sieht friedliche Landschaften. Und man trifft auch Leute, die einen flehentlich bitten, doch nicht die deutschen Truppen aus Afghanistan abzuziehen.

Z. B. den Abgeordneten Gulabzoy, ein Afghane, der aus den USA wieder zurückgekehrt ist; und der seine Zukunft in dem Aufbau einer privaten Fluglinie sieht, die er mit amerikanischen Geldern finanzieren will. Der ist angewiesen darauf, dass die Truppen dableiben ...

Zur Lage der afghanischen Frauen

Das ist die Realität dort. Wovon allerdings (unser Verteidigungsminister – A.R.) Jung und andere schweigen ... ist folgendes: die Selbstmordrate der Frauen in Afghanistan ist noch nie so hoch wie jetzt gewesen. 65 Prozent der 50 000 Witwen in Kabul sehen im Selbstmord eigentlich die Erlösung ihres miesen Lebens. 95 Prozent der Frauen in Afghanistan leiden an Depressionen. Die Lebenserwartung der Frauen ist dort nur 44 Jahre. 80 Prozent der Heiraten werden nach wie vor erzwungen ... Und 54 Prozent der neugeborenen Kinder sind unterentwickelt. Dabei gibt es nur ein einziges öffentliches Kinderkrankenhaus und nur eins von fünf Mädchen besucht die Grundschule, eins von 20 Mädchen besucht eine aufbauende, eine Secondary School. 200 000 junge Mädchen und Jungen sind vollkommen von jedem

Schulbesuch ausgeschlossen. Die UNICEF sagt, dass 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen keinen Schulzugang haben. Welche Zeitung bringt das eigentlich?

Nicht die Afghanen die immer wieder eingeladen werden vom Auswärtigen Amt, wie z. B. der Abgeordnete Gulabzoy, den ich zitiert habe. Wir haben diese Zahlen von einer jungen Abgeordneten, Malalai Joya, die nicht vom Auswärtigen Amt, sondern von unserer Fraktion, von unserer Kollegin Heike Hänsel eingeladen worden ist. Diese Abgeordnete bringt solche Zahlen des Elends, des Desasters – nach einer Zeit von insgesamt sechs Jahren (der Besetzung Afghanistans – A.R.)

Nur zwei Prozent der Bevölkerung haben trotz der Aufbauleistung, von der immer wieder geschwärmt wird, Zugang zur Elektrizität. 60 Prozent leben nach den Angaben der Menschenrechtskommission in Kabul unter der Armutsgrenze. Und 50 Prozent leiden unter Arbeitslosigkeit. Im kommenden Winter werden über 400 000 unter Armut und Hunger leiden. Und das nach sechs Jahren, ich wiederhole es, Wiederaufbauteams, ISAF, ODeF, Nato-Präsenz. Das ist die Realität im Augenblick in Afghanistan.

„Die offenste Wirtschaft der Region“

... Die Bundesagentur für Außenwirtschaft hat in ihrem Jahresbericht 2004 und 2005 Afghanistan als „eine der offensten Wirtschaften überhaupt, die offenste Wirtschaft in der Region“ charakterisiert. Da gibt es keine Handelsbeschränkung, keine Subventionen und aufgeschlossen ist dieses Land für Investitionen – also ein Dorado für Handels- und Industrieunternehmen. Man muss dabei wissen, 90 Prozent der Waren, die dort gehandelt werden, sind Importe. Wenn man z. B. einen Gouverneur an der Ostgrenze be-

sucht, wie das bei meinem Besuch im Juni war, so bekommt man zum Frühstück Honig aus Iran, Marmelade aus Pakistan, die Butter und den Käse aus Holland. Nichts war dort aus Afghanistan, außer das Brot. Es gibt nur Trockenfrüchte und Brot, das in diesem Land noch hergestellt wird. Es ist industriell vollkommen zusammengebrochen. Es gab einmal eine Industrie.

Die investiven Staatsausgaben werden sämtlich durch internationale Gebergemeinschaften investiert, die Zoll- und Steuereinnahmen sind auf 200 Mio. US-Dollar gesunken. Das sind gerade 4,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Man ist dabei hier ein neoliberales El Dorado aufzubauen. In einem an sich armen, aber vielleicht sehr zukunftsfrächtigen Land. ... Das einzige, das sehr erfolgreich ist, ist die Schlafmohnproduktion. Sie ist im Jahre 2005 bis 2006 um 59 Prozent gestiegen. Trotz Krieg, trotz Anti-Terror-Kampf usw. Sie ist im Jahre 2006 bis 2007 von 165 000 ha auf 193 000 ha angestiegen, also fast 30 000 ha. Und in der Produktion von 6 200 t auf 8 100 t. Das sind jetzt 93 Prozent der Weltproduktion an Schlafmohn und an Opium.

... während des Krieges, wo eigentlich nichts läuft, hat sich auch in den Kriegsgebieten eine Produktion ausgedehnt, die im Augenblick die einzige Grundlage einer funktionierenden Wirtschaft ist.

Wer beherrscht Afghanistan?

... Ein renommierter internationaler Think Tank hat jetzt festgestellt, dass bereits in über 50 Prozent des Landes – und zwar nicht nur im Süden – die Taliban die Oberherrschaft haben. Sie befürchten, dass sich das Land teilen wird. Und dass diese Situation auch nicht umkehrbar ist. Sie gehen von einer Irakisierung dieses Krieges aus. Das machen sie unter anderem fest an den Selbst-

mordattentaten. Diese waren als Kampfform in Afghanistan völlig unbekannt. Von 2001 bis 2004 gab es ganze 5 Selbstmordattentate. Im folgenden Jahr 2005 gab es dann schon 17. Im Jahre 2006 123 und im Jahre 2007 131. Auch eine andere Form des Irakkrieges hat geradezu überall Platz gegriffen, nämlich die Setzung von Landminen. Eine Kampfform, die den Gegner unter größten Stress und in Panik versetzt.

Ein anderer Kronzeuge dieser Situation ist Lord Ashdown, bekannt als Hoher Kommissar in Bosnien, ein *harter Hund*. Der soll nun Tom Koenigs von den Grünen ablösen, der bisher Repräsentant der UNO in Kabul gewesen ist. In seinen jüngsten Interviews nach seiner Ernennung sagt Ashdown: „Afghanistan ist verloren.“ Die Nato habe in Afghanistan verloren und ich zitiere ihn: „Ich glaube, verlieren in Afghanistan, ist schlimmer als verlieren im Irak. D. h. dass Pakistan fallen wird. Und das wird ernsthafte Auswirkungen auf die Situation in unseren eigenen Ländern haben. Das wird einen größeren schiitisch-sunnitischen Krieg auf einer höheren Stufenleiter nach sich ziehen.“ Ich bin bei solchen Prognosen skeptisch, sie sind ja auch immer gemacht, um dann gewisse Konsequenzen daraus zu ziehen. Seine Konsequenz ist denn auch: massive Truppenaufstockung. Das wird seine Botschaft sein, wenn er in Kabul übernimmt.

Die Legende von ISAF und OEF

Wir müssen auch mit einer weiteren Legende aufräumen, die von Verteidigungsminister Jung, und leider auch von anderen politischen Kräften bis hin zu den Grünen, vortragen wird. Das ist die Trennung von ISAF und OEF.

Ich kann inzwischen zahllose Zitate von Kommandeuren der USA, aber auch der Nato bringen. Diese Trennung wird nur aufrecht erhalten als eine Legende für die Europäer, weil sie Schwierigkeiten haben mit dieser *Verbindung* von Krieg und Wiederaufbau. Letztendlich sind ISAF und OEF austauschbar.

Bei meinem Besuch im Juni dieses Jahres habe ich schon in Paktia, einer östlichen Provinz, erlebt, dass mir ein UNO-Beamter sagte, neulich

seien 4 000 OEF-Spezial-Forces in ISAF-Krieger umgewandelt worden. Das ist möglich, wenn man nur den Tac, den man mit irgendeinem Klettverschluss festmacht, einfach umwidmet. Dann ist man plötzlich ISAF. Das kann man genauso wieder rückgängig machen. Das heißt es gibt in der Praxis definitiv keine Unterscheidung mehr.



Der Bruch der Genfer Konvention

... Dieser Krieg ist schon lange nicht mehr der Genfer Konvention unterworfen. Das humanitäre Völkerrecht ist nicht mehr das Koordinatensystem für die Eingriffe, sondern das Koordinatensystem ist der Gegner. Man argumentiert: Wenn der Gegner gegen das humanitäre Völkerrecht verstößt, was er in der Tat tut, dann können wir uns nicht dessen Restriktionen auferlegen lassen, weil es dann keine Parität im Kampffeld gibt. Das ist die Logik dieses Kampfes ... Dieser Krieg ist schon lange ein schmutziger Krieg geworden. Allmählich werden die Meldungen nicht nur durch tote Zivilisten, sondern durch Fälle der Misshandlung, der Folter der willkürlichen Erschießung durchmischt. Die US-amerikanische Zeitung *The Nation* hat vor kurzem Interviews mit 50 ehemaligen Soldaten gebracht, die jetzt auf deutsch in der Zeitung *Mittelweg 36* veröffentlicht worden sind. Und zusätzlich hat die *American Civil Liberty Union* im September dieses Jahres 10 000 Seiten der Dokumentation von Übergriffen amerikanischer und alliierter Truppen in Afghanistan und im Irak gegenüber Zivilisten veröffentlicht, was darin wohl steht?

Wenn man sich nur die paar Seiten der Interviews mit den ehemaligen GI's, die jetzt gesprochen haben, durchliest, dann kann man sich vorstellen, was für eine

Brutalität der Fakten, was für eine grenzenlose Verrohung, was für eine Entfesselung äußerster Rücksichtslosigkeit in diesem Krieg der Fall sind, und auch die Missachtung jeder Mitmenschlichkeit, an der viele GI's zugrunde gegangen sind – auch dort ist die Selbstmordrate sehr hoch. Von denen kommen viele, wenn sie zurückgekehrt sind, in psychiatrische Behandlung. Jetzt sprechen sie ...

Verrohung und Privatisierung

... Über 30 Prozent der Soldaten in Afghanistan sollen Opfer der Minen sein. Das hat eine ungeheure Wirkung auf die Soldaten. Sie ziehen sofort blank und schießen Salven ab, gegen Zivilisten, die sie nicht identifiziert haben. Denn ihnen wird auch gesagt, jeder Afghane, der auf dich zugeht, ist ein Terrorist, den musst du umlegen. Dies ist das Problem. Das heißt, verängstigte und – nehmen wir einmal an – gut ausgebildete Soldaten sind unter dem Terror ihrer eigenen Angst nicht anders zu halten als dass sie bei der ersten Gelegenheit mit den Waffen, die sie zur Genüge um sich herumtragen, auch losschießen, egal wen es trifft. Hinzu kommt etwas, das auch bekannt ist. Im Irak stehen im Augenblick so gut wie 130 000 Soldaten. Das ist nur die Hälfte dessen, was dort an Militär steht. Es gibt 160 000 Söldner von Privatfirmen. Das ist etwas, was auch in Afghanistan gang und gäbe ist. Das sind die so genannten Sicherheitsfirmen, 90 an der Zahl, 35 haben nur eine Lizenz. Die kanadischen Soldaten z.B. werden alle durch solche Privatfirmen geschützt. Zwischen 18 500 und 28 000 solcher Söldner gibt es. Nehmen wir 25 000. Das sind aktive Militärs. Und, wie wir aus den Diskussionen wissen, sie unterliegen faktisch keiner Kontrolle. ... Das ist eine Truppe, die nur an Cash interessiert ist, den sie nach Hause bringen wollen, wenn sie denn dahin kommen ...

UZ Zeitung der DKP, erscheint wöchentlich.

Abo-Verwaltung
Telefonisch: 02 01/2 48 64 82
Schriftlich: Pro-Abo-Service,
Postfach 14 07, 48237 Dülmen

Von der Immobilien- zur globalen Finanzkrise

In unserer Zeitschrift hatten wir im Herbst 2007 Ursachen und Wirkungen der globalen Immobilienkrise beschrieben. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß die Menge der wertlos gewordenen Hypothekenderivate und damit die Zahl der notleidend gewordenen Banken und Fonds weit höher ist als damals bekannt war. Es geht auch längst nicht mehr **allein** um *subprime*, d.h. minderwertige Hypothekenspanpapiere. Das Eingreifen der Zentralbanken zur Stützung der in Schieflage geratenen Banken konnte zwar in Europa, nicht aber in den USA, Insolvenzen verhindern. Der Preis war die *Schaffung* großer Mengen neuer Geldzeichen, denen keine realen Werte gegenüberstehen.

In Deutschland kommen dazu Steuergelder bzw. Kredite staatlicher Banken (KfW) oder der Sparkassen (in Bezug auf die Landesbanken) zum Ausgleich der Verluste.

Es scheint in der Tat nicht so, als ob die Zentralbanken die Entwicklung *im Griff* hätten.

Vernichtung von Geldkapital

„Bis heute (Ende Januar 2008) werden die Abschreibungen laufend nach oben korrigiert. Insgesamt dürften sie sich nach jüngsten Schätzungen auf bis zu 400 Milliarden Dollar addieren.“ (lt. Spiegel 5/2008, S. 27) Diese quantitative Steigerung verschafft der Immobilienkrise eine neue Qualität: Nicht allein die **direkt** an der Hypothekenspekulation beteiligten Banken und Fonds werden insolvent bzw. stehen

„Heute kursieren an den Weltfinanzmärkten über 100 Billionen (Dollar, Anm. d. Verf.) handelbare langfristige Wertpapiere. Da haben selbst große Marktbewegungen, wie Zentralbanken sie auslösen können, nur geringen Einfluß.“

Alan Greenspan, ehemaliger Governor der US Zentralbank Federal Reserve (Fed) in einem Interview mit der Wochenzeitung *Die Zeit* vom 31. Januar 2008, S. 21



dicht vor dem Konkurs und verlangen Stützung vom Staat; auch andere Teile des Finanzkapitals und zunehmend auch reale, d.h. Mehrwert produzierende Kapitale, werden von der Krise erfaßt.

Die Welle von Zwangsversteigerungen von Häusern und Grundstücken in den USA führt außerdem zu einem Preisverfall mit steigender Tendenz auch bei Häusern und Grundstücken, die nicht oder nur gering mit Hypotheken belastet sind.

Der Kurs-(=Preis-)verfall bei Immobilienkrediten führt zum Preisverfall auch anderer Anlagen des Finanzkapitals. Spekulation gründet sich auf das Vertrauen der Anleger, daß hohe Zinserträge, in den verschiedensten Formen, auch weiterhin zu steigenden Kursen führen würden. Die hohen Verluste bei den Immobilienderivaten erschüttern

dieses Vertrauen. Andere Anlagen werden (meist sehr zu Recht) kritisch untersucht. Zum Beispiel hat die Bayerische Landesbank „Rund 30 Milliarden Euro ... in sogenannten strukturierten Verbriefungen angelegt – also in gebündelten Firmen- und Konsumentenkrediten, Hypothekendarlehen und sonstigen Forderungen.“ (Spiegel 9/2008, S. 98) Bis jetzt beträgt der Wertberichtigungsbedarf der BayernLB darauf 1,9 Milliarden Euro. Es handelt sich auch hier nicht mehr nur um Immobilienkredite sondern um das ganze Spektrum des Kreditgeschäfts.

Die Aktien, Termingeschäfte (Futures) und andere Derivate, mit denen diese Finanzkapitale spekulierten, werden damit ganz oder teilweise entwertet. Die Spekulationsverluste werden dadurch nach dem Schneeball-Prinzip größer und

größer. Auch Papiere, die, soweit bis jetzt bekannt, noch nicht überbewertet sind, erleiden Kursverluste.

In Europa beschränken sich diese Verluste bis jetzt noch auf Bank- und Versicherungs-Kapitale. Aktien produzierender Konzerne sind nur leicht in Mitleidenschaft gezogen (Stand Ende Februar 2008). In den USA sind auch letztere betroffen.

Besonders auffallend war der Zusammenbruch auf dem Feld der kurzfristigen Kredite der Banken untereinander. Unter dem Eindruck hoher Verluste, die in dieser Höhe offenbar nicht für möglich gehalten wurden, gaben sich selbst *solide* Banken keinen Kredit mehr, weil niemand wußte, welche Risiken in den Bilanzen der jeweils anderen noch verborgen waren. Die Zentralbanken auch in Europa mußten hohe kurzfristige Kredite in den Geldmarkt pumpen, um einen Zusammenbruch vorläufig zu verhindern. Durch Senkung der Leitzinsen versucht die Fed in den USA Vertrauen wiederherzustellen. Damit soll die Investitions- und Konsumneigung gestützt und mit ausreichend Geld in Form von Krediten versorgt werden.

Wie weit die Finanzkrise mittlerweile über die Immobilienbranche hinausgewuchert ist, beleuchtet eine Nachricht aus den USA. Der (erfolgreiche) Spekulant Warren Buffett erklärte sich bereit, Anleihen bis zum Wert von 800 Milliarden Dollar rückzuversichern, d.h. Kursverluste dieser Wertpapiere auszugleichen. Dabei handelt es sich aber nicht um *subprime* Hypothekenkredite bzw. deren Derivate sondern um Kommunalanleihen, also um Anleihen US-amerikanischer Städte, Counties usw. (SZ 13. Januar 08). Die Verschuldung US-amerikanischer Kommunen ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Offensichtlich bestehen Zweifel daran, ob diese Kredite noch sicher sind. Mit Hypothekenkrediten hat das direkt nichts zu tun. Die spektakuläre Aktion Buffetts soll verhindern, daß auch diese *Bonds* einbrechen.

Eine weitere Folge der Finanzkrise: Die Banken weltweit müssen ihre Kredite auf dem Finanzsektor

aber auch an das reale Kapital nicht nur verteuern sondern auch deutlich einschränken. Auch für seriöse Geschäfte wird es schwieriger Kredite zu erhalten. Nicht umsonst liest man in der Wirtschaftspresse immer seltener von einer Immobilienkrise; dafür um so öfter von einer Finanzkrise.

„Die große Plastikschemelze“

titelt *Die Zeit* vom 7. Februar ihren Artikel über das Platzen der Kreditkartenblase in den USA. Auch hier war – ähnlich wie bei den Hypothekenkrediten – die Blase durchaus seit Jahren erkennbar. Die Banken konkurrierten heftig um die Ausgabe von immer mehr Kreditkarten um anlagesuchendes Kapital profitabel unterzubringen (vgl. *Arbeiterstimme* Herbst 2007). Die Prüfung der Bonität der Kunden wurde lasch und lascher.

„Viele Haushalte können ihre Kreditkartenschulden nicht mehr zahlen. Die angeschlagenen Institute müssen

Person (vom Baby bis zum Greis) 3 Kreditkarten. War die Kreditlinie der einen Karte erreicht, konnte man ohne große Mühe eine Kreditkarte einer anderen Bank beantragen. Das war zwar teuer, weil Provisionen und Gebühren anfallen und außerdem für die Schulden der anderen Kartenkonten bis zu 28% Zinsen anfielen, doch der Optimismus des guten US-Bürgers hielt das offenbar aus. Außerdem gibt es in den USA viele Geschäfte (z.B. Mieten eines Leihwagens) bei denen nur eine Kreditkarte aber kein Bargeld akzeptiert wird. Doch nun stoßen die Banken an die Grenzen ihrer liquiden Mittel.

Über die Höhe des nicht mehr eintreibbaren Geldkapitals bei Kreditkarten gibt es (ähnlich wie anfangs bei der Immobilienkrise) z.Zt. nur Schätzungen. Es dürfte sich danach um mindestens 2-stellige Milliardenbeträge handeln.

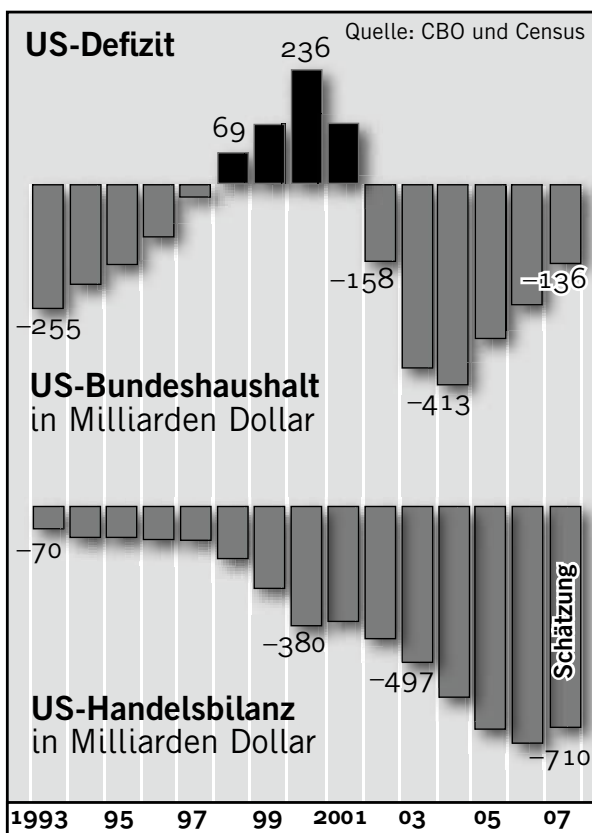
Auswirkungen auf das real produzierende Kapital

Die scheinbare Autonomie der globalen Finanzmärkte drückt sich in hohen Renditen relativ zu denen des produzierenden Kapitals aus. Doch bei Ungleichgewichten und Übertreibungen – auch schon in einzelnen Sektoren – erweist sich die Autonomie als Fiktion.

„Qualitativ betrachtet ist der Zins Mehrwert, den das bloße Eigentum des Kapitals liefert, den das Kapital an sich abwirft, obgleich sein Eigentümer außerhalb des Reproduktionsprozesses stehbleibt, den also Kapital abgesondert von seinem Prozeß abwirft.“ (Marx, Kapital Bd. 3, Kap. 23) **Aber:**

„Für den einzelnen Kapitalisten ist dies praktisch richtig. Er hat die Wahl, ob er sein Kapital, sei es, daß es im Ausgangspunkt schon als Geldkapital existiert oder daß es erst in Geldkapital zu verwandeln ist, als zinstragendes Kapital ver-

leihen oder als produktives Kapital selbst verwerten will. Allgemein gefaßt, d.h. auf das ganze Gesellschaftskapital angewendet, wie dies von einigen Vulgärökonomern geschieht und sogar als Grund des Profits angegeben wird, ist dies natürlich verrückt.“ (ebd.)



Grafik 1

schon jetzt Milliarden abschreiben, weil ihre Kunden zwar noch einkaufen gehen, aber die monatliche Abrechnung nicht mehr begleichen“ (*Die Zeit*, 7. 2. 08, S. 27). In den USA hat statistisch jede

Die Vulgärökonomien haben offensichtlich noch immer das Sagen in der bürgerlichen Ökonomie und besonders bei Bankern. Die *Verwertung* weitgehend frei vermehrbarer Geldzeichen ohne jede Bindung an reale Werte wie z.B. Gold (wie zu Lebzeiten von Karl Marx) brachte zunächst hohe Zinsen (teilweise auch in Form von überhöhten Gebühren oder Provisionen). Das Rad drehte sich immer schneller, wer rechtzeitig ausstieg, konnte hohe Spekulationsgewinne realisieren und in Sicherheit

aber auch nach importierten Waren rutschte mit.

International versuchen jetzt (erst) die Zentralbanken schärfere Konditionen für die Kreditvergabe durchzusetzen (Basel II). Ob dies in ausreichendem Maße erreichbar sein wird, bleibt abzuwarten. In jedem Fall wird es aber mittelfristig zu einer weiteren Verknappung und Verteuerung des Kredits und damit tendenziell zu Nachfragerückgängen führen.

Hintergrund der in den USA ausgebrochenen aber nicht auf diese

beschränkten Finanzkrise ist die dreifache Verschuldung der USA. Die Außenhandelsbilanz ist seit Jahren negativ. Der Staatshaushalt ist nach einer kurzen Erholung unter der Clinton-Administration im Defizit (vgl. Grafik 1). Hinzu kommt, daß die Mehrheit der amerikanischen middle-class und Teile der Arbeiterklasse hoch verschuldet sind.

Die Sparquote im Durchschnitt

Staatsfonds (vgl. Grafik 2) erhalten und sich damit vor der Pleite retten. Von größeren Investitionen dieser Anleger in reale Produktion ist aber nichts bekannt.

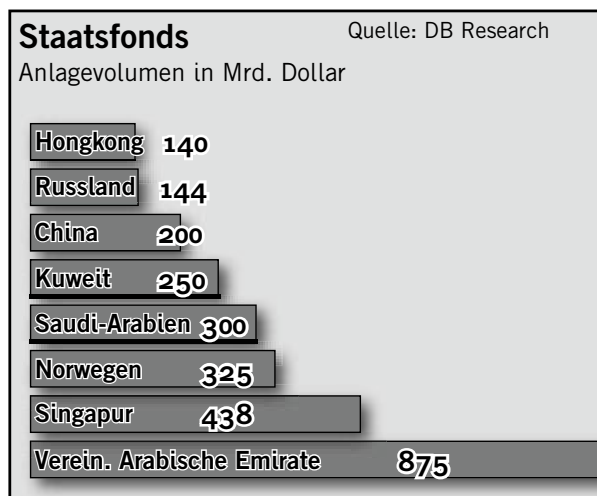
Re-Regulierung?

Wie immer wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, sorgen sich die *Verantwortlichen* um sichere Abdeckung desselben. Von schärferen Kontrollen, besserer Aufsicht, rechtzeitigem Eingreifen staatlicher Stellen ist jetzt viel die Rede. Landesbanken, ursprünglich als Giro- und Ausgleichbanken für Sparkassen gegründet, übernehmen seit langem auch Wertpapiere. Dergleichen sieht am Anfang immer wie solide Geldanlage aus. Objektive Anzeichen für faule Kredite gibt es nicht. Anlagen außerhalb der Bilanzen allerdings (wie z. B. bei der Landesbank Sachsen) grenzen nicht mehr nur an Bilanzbetrug. Sie sollten auch so bestraft werden.

Doch wie soll das geschehen bei einem globalisierten Kapitalmarkt? Wo will man Kontrollstellen für globalisierte Geldkapitalströme einrichten? Wiedereinführung nationalstaatlicher Kontrollen für grenzüberschreitende Geldbewegungen wie es sie noch bis in die 1950er Jahre gab? Das wäre das Ende des freien Geldverkehrs. Alle Nationalstaaten müßten das gleichzeitig und gleichartig tun. Sonst wehe dem Staat, der unabgestimmt vordrängt. Das Geldkapital würde ihn meiden wie die Pest. Er wäre von Krediten aus dem internationalen Geldmarkt abgeschnitten.

Wie will man alle nicht nur Steuer- sondern auch aufsichtsfreien Staaten wie z. B. Liechtenstein, Cayman-Inlands, Jersey u.v.a.m. zum Mitmachen zwingen? Vor allem: Wie sollen die mächtigen Akteure des Finanzkapitals gezwungen werden, sich Kontrollen zu beugen? In kritischen Zeiten wie den jetzigen mag das vielleicht zumindest formal noch angehen – doch was passiert in der nächsten Euphorie?

Aufsicht über Banken ist eine schwierige Sache. Legt man nominale oder relative Grenzen z.B. für Immobilienderivate fest, so verstößt man gegen den freien Geld- und



Grafik 2 der Gesamtbevölkerung ist nur knapp positiv,

d.h. für die Mehrheit negativ (Verschuldung). Auch das führt jetzt zum Rückgang des Konsums.

„... die regionale amerikanische Notenbank in Philadelphia (gab) bekannt, daß die Wirtschaft in 23 der 50 US-Bundesstaaten im Dezember bereits geschrumpft sei, in 7 weiteren stagniere sie.“ (Spiegel 5/2008, S. 22) Noch ist schwer abzusehen, in welchen Branchen der Konsumeinbruch zuerst und am stärksten wirksam werden wird.

Auto- und Bauindustrie gelten als die ersten Kandidaten. In der Autoindustrie wirken hier mehrere Ursachen zusammen (steigende Treibstoffpreise, billigere und spritsparende Modelle aus dem Import) der Effekt ist aber sicher: rückläufige Produktion und Verluste an Arbeitsplätzen. Darauf deutet auch das rückläufige Wachstum der US-Volkswirtschaft hin, das im 4. Quartal 2007 nur noch 0,6% betrug (lt. SZ v. 11. 2. 2008).

Der Überhang an anlagensuchendem, Finanzkapital besteht allerdings weiter. Großbanken können Kapitalerhöhungen zum Ausgleich ihrer Spekulationsverluste über internationale

bringen, die ändern, die auf eine dauerhafte Preis- und Zinsentwicklung nach oben hofften, fielen auf die Nase. Allgemein gesagt kann die unbeschränkte Möglichkeit Geldzeichen zu schaffen Wachstum beschleunigen – doch ebenso beschleunigt sich die Entwicklung vom Wachstum zur Krise, zur Rezession, wenn fiktives Geldkapital entwertet wird.

„Im Vertrauen auf andauernde Wertsteigerungen nahmen sie (Hausbesitzer, Anm. d. Verf.) immer neue Kredite auf ihre Eigenheime auf, das Geld floss oft direkt in den Konsum und hielt so US-Wirtschaft und Weltkonjunktur in Schwung.“ (Spiegel, 5/2008, S. 27)

Damit war es vorbei als die Grundstückspreise mit zunehmender Geschwindigkeit nach unten rutschten und andere Anlageformen nachzogen. Finanzierung hohen Konsums durch Kredit wurde schwierig. Die angeschlagenen Banken müssen ihre Kredite verteuern und gleichzeitig verknappen. Die kaufkräftige Nachfrage nimmt auch dadurch ab. Die Nachfrage nach Konsumgütern US-amerikanischer Herstellung

Warenverkehr, schafft Ungleichheiten zwischen den Banken. Geltendes WTO- und EU-Recht müßten grundlegend geändert werden.

Es ist anzunehmen, daß verbesserte staatliche Kontrollen, Mißbrauchsaufsicht und dergleichen allenfalls kosmetische Maßnahmen bleiben werden. Blasen und deren Platzen oder das Entstehen neuer Blasen werden sie nicht verhindern.

Konjunkturelle Entwicklung

Noch wächst die reale Wirtschaftsleistung in Europa. In den USA schwächt sie sich schon deutlich ab. Das wird nicht ohne Folgen für die Entwicklung in Europa und Deutschland bleiben. Die Abhängigkeit der deutschen Exporte vom US-Markt ist zwar geringer geworden. Nach Osteuropa und Asien gehen heute weit mehr Lieferungen als früher, doch eine ernsthafte Rezession in den USA wird die deutsche Werkzeugmaschinen- und Autoindustrie schwer treffen.

Globalisierung heißt ja nicht völliger Gleichstand der nationalen Ökonomien, auch wenn sich der Trend m.E. in diese Richtung bewegt. Es gibt aber durchaus noch unterschiedliche Prozesse, bedingt durch unterschiedliche Gesetze, Rohstoff-Ressourcen u.v.a.m. Dadurch können zyklische konjunkturelle Abläufe durchaus zeitversetzt sein.

Der Konjunkturzyklus ist schon fortgeschritten. Am weitesten in den USA. In Europa und vor allem in Deutschland wächst die Wirtschaftsleistung, angeregt auch von der US-Konjunktur, erst seit ca. 1 1/2 Jahren. Bis jetzt setzt sich dieses Wachstum noch fort.

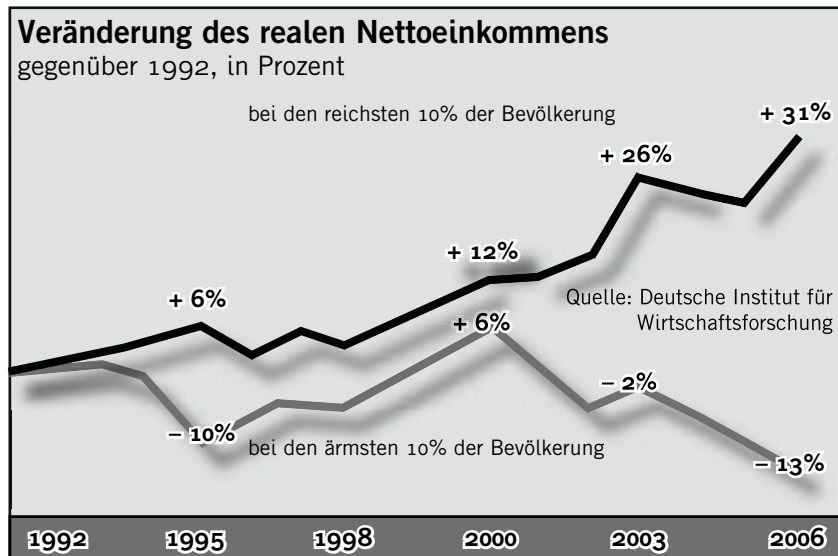
Eine Finanzkrise wie die gegenwärtige kann zur Beschleunigung in Richtung zyklischer Überproduktionskrise führen, weil sie Nachfragerückgänge erst im Konsumbereich (*Abteilung 2*) und dann im Investitionsgüterbereich (*Abteilung 1*) hervorbringt bzw. verstärkt und beschleunigt.

Von Stimmungsindikatoren mag man halten, was man will. Selbstverständlich geben sie keine harten ökonomischen Fakten sondern nur Erwartungen wider. Doch auch Erwartungen haben Einfluß

auf Entscheidungen der Kapitalisten was Investitionen und Arbeitsplätze betrifft.

Der Ifo-Index über die Erwartungen der Kapitalisten zur künftigen Konjunkturentwicklung war bis Anfang dieses Jahres positiv; er ist es Ende Februar 2008 immer noch. Es wird erwartet, daß er sich bald abschwächt. Noch deutlicher ist die tendenzielle Abschwächung für die USA. „Die Wahrscheinlichkeit

Auch diese Euphorie nimmt ein Ende. Die Versprechen der Neoliberalen erweisen sich nur insoweit als richtig, als die Profite, die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deutlich anstiegen. Daß davon aber auch bei der Masse der Bevölkerung etwas ankommen würde, erweist sich als falsch. Die Arbeitslosigkeit ist zwar statistisch gesunken, Politiker aus der Agenda 2010-Ära schreiben sich das zugute,



einer Rezession beträgt mindestens 50 Prozent. Doch bisher gibt es wenig Hinweise dafür, dass wir schon in einer stecken.“ (Alan Greenspan in *Die Zeit* vom 31. Januar 2008) Greenspan gilt über die USA hinaus immer noch als Fachmann für Konjunkturentwicklungen. Ob er das wirklich ist, sei dahingestellt. Doch seine Aussagen haben den Wert einer *selffulfilling prophecy* – sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Krise der Ideologie

Bis vor ca. 3 Jahren war der Liberalismus in seiner offensivsten Form die unumstritten herrschende Meinung. Übriggebliebene Keynesianer wie in Deutschland die Memorandum-Gruppe mit Prof. Rudolf Hickel wurden belächelt (Marxisten werden sowieso nicht zur Kenntnis genommen). Kapitallobbyisten wie z.B. der ehemalige BDI-Präsident Rogowski wurden bejubelt, wenn sie aus Tarifverträgen ein Freudenfeuer anzünden wollten, weil diese doch nur das segensreiche Wirken der Märkte behindern würden.

doch was haben die Lohnarbeiter/innen davon?

Eingriffe des Staats in die Wirtschaft galten als Todsünde, weil sie angeblich die *Selbsteilungskräfte* des Marktes behindern würden. Aber wenn Banken sich verspekulieren, sind staatliche Zuwendungen auf Kosten der Steuerzahler hochwillkommen. Natürlich geschieht das angeblich nur um Arbeitsplätze zu retten. Doch daß Kapitalisten und deren Schreibknechte jetzt selbst nach solch *sozialistischem Teufelszeug* rufen, trägt auch zum Ansehensverlust neoliberaler Ideologie bei.

Der *Aufschwung*, insbesondere im Export, ist tatsächlich u. a. auf die Reduzierung der Lohnstückkosten durch Rationalisierung und Lohndrückerei zurückzuführen. Beides wird fortgesetzt. Hinzu kommt eine weitere Verschiebung der Steuerlasten vom Kapital auf Lohnarbeiter/innen und Rentner/innen (Mehrwertsteuererhöhung unter anderem). *Reformen* gegen die Lohnabhängigen werden zwar teilweise zurückgestellt, weil Wahlkämpfe anstehen, doch die Pläne bleiben in den Schubladen.

Nicht allein mit statistischen Tricks wird die Arbeitslosenzahl heruntergerechnet. Auch tatsächlich neu Beschäftigte werden als Leih- oder befristet Eingestellte häufig im Niedriglohnbereich geführt. Die in den USA schon länger bekannte Entwicklung zu einer steigenden Zahl von *working poor* greift immer mehr auf Deutschland über. Nur eine Minderheit hat tariflich bezahlte Vollzeit Arbeitsplätze bekommen.

Linke Mehrheit in der Bevölkerung?

Ob die Meinung in der Bevölkerung schon als *Linksruck* bezeichnet werden kann, ist zu bezweifeln. Eine kritischere Haltung gegenüber Konzernen (z.B. Stromwirtschaft), Managern aber auch gegen die veröffentlichte Meinung ist aber unübersehbar. Die relativen Wahlerfolge der linksreformistischen *Die Linke* scheinen den Stimmungswandel zu bestätigen. Das zwingt auch die veröffentlichte Agitation bürgerlicher Blätter und Sender zu Meinungsänderungen.

Nikolaus Piper von der Süddeutschen Zeitung beispielsweise war immer ein eisenharter Verfechter der freien Marktwirtschaft einschließlich der *Reformen*, d.h. der Umverteilung von unten nach oben. Jetzt knickt er zumindest in Bezug auf die USA ein: „In der jetzigen Krise jedoch scheint sich ein Paradigmenwechsel in Washington abzuzeichnen. Präsident George W. Bush, der demokratisch dominierte Kongreß und Notenbankpräsident Ben Bernanke stemmen sich gegen die drohende Rezession mit Methoden und Argumenten, die so eindeutig nachfragepolitisch motiviert sind, wie es dies in Washington seit 30 Jahren nicht mehr gegeben hat.“ (SZ vom 24. Januar 2008) Wenn die US-Wirtschaftspolitik umschwenkt, müssen Piper & Co mitschwenken.

Daß keynesche Rezepte gegen die drohende Rezession wirklich helfen werden, ist unwahrscheinlich. Auch billige Zinsen und staatliche Nachfrage in Konjunkturprogrammen werden weder Konsumenten

zu mehr Konsum anregen, wenn sie immer weniger Geld haben und die Lohnquote weiter sinkt, noch Kapitale zu Investitionen anregen, wenn sie keine steigende Nachfrage erwarten (vgl. Grafik 4). Doch allein die wohlwollende Erwähnung Keynes' durch Piper zeigt einen Stimmungswandel.

Von Stimmungswandel zu Bewußtseinswandel ist ein weiter Weg. Von linkem Reformismus bis zu revo-

weisen) Abdeckung der Buchverluste durch Kursverfall bzw. völliger Entwertung. Das treibt unvermeidlich die Inflationsraten. In den USA liegt die Geldentwertung schon bei 4,2% (Stand: Ende Februar 2008).

Vor allem aber wächst dadurch die Masse umlaufender und nach profitabler Anlage strebender Geldzeichen. Die nächsten Finanzkrisen mit ihren kleineren oder größeren Auswirkungen auf die reale Produktion werden dadurch potentiell vorbereitet.

Als nächste Kandidaten werden die Blasen aus überhöhten Preisen für Rohstoffe, vor allem für Erdöl, genannt. Da die Erdöl-Produktion steigt und wegen der erwarteten Rezession in den USA die Nachfrage stagniert bzw. voraussichtlich sinken wird, müßten die Preise für das Barrel Rohöl eigentlich zurückgehen. Das ist auch herrschende Doktrin der bürgerlichen Ökonomie. „Eine Zentralbank kann stets Blasen vermeiden, indem sie Inflation erzeugt.“ (Greenspan lt. *Die Zeit*, 31. Januar 2008) Das Gegenteil ist der Fall. Inflationäre Tendenz im wichtigsten Erdölmarkt USA (neben China?) verhindert die Rohstoff-Blase bisher nicht.

Natürlich kann niemand sagen, wann diese Blase platzt. Platzen wird sie aber auf jeden Fall.

„Die große Ironie lautet also, dass die Förderung von Blasen eine Folgeerscheinung erfolgreicher Finanz- und Geldpolitik ist. Das liegt in der menschlichen Natur: Euphorie, auf die Furcht folgt, ist ein schwer unterdrückbarer menschlicher Zug.“ (Greenspan, a.a.O.)

Anzumerken wäre m.E. dazu, daß die richtig angesprochene Folge von Euphorie und Furcht auf den Geldmärkten nicht in der menschlichen Natur sondern im kapitalistischen Profitstreben liegt. Doch wenn man ein langes Leben unter Spekulanten verbrachte, wird man da wohl nicht mehr unterscheiden können.

Stand: 29. 2. 2008



lutionären kommunistischen Organisationen ist es ein mindestens ebenso weiter. Doch könnten Zweifel an der segensreichen Wirkung der freien Märkte, an der Unanfechtbarkeit der Globalisierung etwas mehr Aufmerksamkeit für linke Standpunkte und Argumente bringen. Das sollte genutzt werden.

Wie weiter?

Finanzkrisen in überschaubarem Umfang können (nicht müssen) durch hohe Kredite und sinkende Zinsen abgemildert werden. Es werden große Mengen Geldzeichen ohne Abdeckung durch reale Werte geschaffen und in die Finanzmärkte gepumpt. Dort dienen sie der (teil-

Brüche in der Sozialpartnerschaft

Als am 27. Januar diesen Jahres die Landtagswahlergebnisse in Hessen und Niedersachsen feststanden, konnte man auf dem Gesicht des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck deutlich die schlecht verkniffene Enttäuschung ablesen. Eine durchaus berechnete Gefühlsregung. Hatte er doch ein wichtiges, vielleicht sogar das wichtigste Wahlziel nicht erreicht – den Einzug von *Die Linke* in die Flächenbundesländer des Westens. Sein „Linksruck“ war verpufft, die Entdeckung der sozialen Gerechtigkeit hatte bei der ehemaligen SPD-Stammwählerschaft keine Wirkung gezeigt. Sein Ziel war es, den Parteiabtrünnigen in der Wähler- und Mitgliedschaft zu zeigen, dass es mit der Linken genauso geht, wie mit allen bisherigen SPD-Abspaltungen, nämlich, dass sie in der Bedeutungslosigkeit versinkt.

Nach diesen Wahlen wird es aus heutiger Sicht allerdings eher so sein, dass *Die Linke* eine bleibende und sich verbreiternde Erscheinung in der BRD-Parteienlandschaft sein wird. Insbesondere in die Stammklientel der Sozialdemokratie ist die neue Partei eingebrochen. Von den Arbeitern und Arbeitslosen erhielt sie die höchste Zustimmung. Mit Werten, die teilweise das drei- bis fünffache ihres Wahlergebnisses erreichten. Die SPD dagegen konnte bei diesen sozialen Gruppen nichts dazu gewinnen trotz offensiver Propagierung der sozialen Gerechtigkeit durch Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes. Ein nicht geringer Teil der Werktätigen nimmt der SPD diesen Schwenk nach links schlichtweg nicht mehr ab. Bei immer mehr Menschen ist, nachdem sie die Opfer von deren asozialer Politik geworden sind, jedes Vertrauen in diese Partei verschwunden.

Etwas funktioniert aber offensichtlich nicht mehr so wie in den zurückliegenden Jahren und Jahrzehnten in der Republik. Die Wirkung der bürgerlichen Medien, deren Aufgabe es ist, jede reale Opposition gegen die bestehenden herrschenden Verhältnisse aus den Köpfen zu ver-

treiben, nimmt ab. Die Kluft zwischen dem ideologischen Anspruch der Bourgeoisie und der sozialen Wirklichkeit für breite Massen wächst zunehmend. Haben diese über Jahre hinweg

geglaubt, durch den von Oben propagierten Verzicht, die alten Verhältnisse des *goldenen Zeitalters*, der Vollbeschäftigung und der individuell gesicherten Zukunft wieder herzustellen, sehen sich viele heute betrogen. Da helfen auch kein Schönreden, kein Verschweigen und kein Drohen mehr und auch nicht die Ablenkungen der Unterhaltungs- und Verdummungsindustrie. Immer mehr erkennen, dass sie und ihre Familien, und nicht zuletzt ihre Kinder, keine positive Perspektive mehr haben. Trotz permanentem Verzicht, den sie geleistet haben, wird nichts besser sondern alles schlechter. Und sie wissen auch, dass sie nicht zuletzt der Sozialdemokratie einen Teil ihrer miesem Lage zu verdanken haben.

Dabei sah sich die SPD in den letzten Wochen schon im deutlichen Aufwind. Durch die *Links-Wende* gewann sie Profil gegenüber der Union. Die Partei näherte sich wieder Teilen der Gewerkschaften an und den wirtschaftlichen Aufschwung der beiden letzten Jahre reklamierte sie für sich. Beck und seine SPD sehen den Grund dafür in der erfolgreichen Agenda-Politik Schröders.

Und in der Tat, die offiziellen Arbeitslosenzahlen lagen in diesem Januar so niedrig wie seit vielen Jahren nicht mehr. Zwar meldete die Bundesagentur für Arbeit (BA) in ihrem Januarbericht eine jahreszeitlich bedingte Zunahme von 300.000 auf etwa 3,7 Millionen Arbeitslose, doch waren das trotzdem rund 600.000 Arbeitslose weniger als zu Beginn des vergangenen Jahres. Nach der Einschätzung der BA ist die Nachfrage



der Wirtschaft nach Arbeitskräften auch im Januar weiter gewachsen. Der Anstieg habe sich aber verlangsamt. „Trotz erster konjunktureller Warnsignale zeigt sich auf der Nachfrageseite des deutschen Arbeitsmarktes bisher noch keine Eintrübung“, kommentierte die Bundesagentur die jüngste Entwicklung.

Warum zahlten sich für die Sozialdemokratie das Manöver nach links und die gute Konjunktur, von der sie glaubt, sie sei die Verursacherin, bei den zurückliegenden Wahlen eigentlich nicht eindeutig aus? Diese Frage stellen sich nicht wenige Analysten im bürgerlichen Lager und in der SPD. Eine Antwort könnten sie finden, wenn sie die soziale Situation breiter Bevölkerungsschichten betrachten würden. Aber sie sind nicht in der Lage, ihre ideologischen Scheuklappen abzulegen. Für sie gilt: es kann nicht sein, was nicht sein darf. Für die Ideologen des Kapitals ist die Welt in Ordnung, obwohl es bei ihnen Ahnungen gibt, dass sich die da Unten ihre Politik nicht auf Dauer gefallen lassen und dass es zu heftigen Konflikten kommen könnte. Trotzdem, für sie gibt es keine Alternative zur bestehenden Ordnung. Dabei hat einmal die CDU in ihrem Ahlener Programm festgestellt:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. (...) Inhalt und Ziel (einer) sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

Aber das wurde 1947 geschrieben, als man noch nicht genau wusste, wo sich Deutschland hinentwickelt. Eine vorweggenommene Schadensbegrenzung für mögliche gesellschaftliche Entwicklungen sozusagen. Die Feststellung war trotzdem richtig und gilt auch heute. Der Kapitalismus wird den Lebensinteressen der Menschen, und das sind mehr als 90 Prozent abhängig Beschäftigte, nicht gerecht.

Für uns als Kommunisten ist die Erkenntnis selbstverständlich. Trotzdem sollten wir uns die soziale Lage der Menschen in der BRD genauer anschauen. In welcher Situation befinden sie sich, was hat sich in den zurückliegenden Jahren verändert?

Stagnierende und rückläufige Einkommen

Dieses Thema ist nicht neu. In den zurückliegenden 15 Jahren kam es zu keiner Realloohnerhöhung mehr, im Gegenteil, die Einkommen der deutschen Werktätigen liegen heute sogar real unter denen des Jahres 1998. Im vergangenen Jahr kam es zu dem stärksten Preisauftrieb seit 13 Jahren, hauptsächlich durch die Mehrwertsteuer und die Preistreiber bei Energie, Heizöl und Sprit hervorgerufen. Auch im Jahr 2008 werden die Verbraucherpreise voraussichtlich um mehr als zwei Prozent steigen. Im vergangenen Jahr lagen die besten Lohnabschlüsse bei ungefähr vier Prozent. Dort konnten die Reallöhne des Vorjahres gesichert werden. Hatte die IG Metall im letzten Jahr ihren Abschluss in der ME-Industrie als einen kräftigen Schluck aus der Pulle gefeiert, wird heute zugegeben, dass mehr als die Reallohnsicherung nicht drin war (Wirtschaft aktuell 03/2008). Dabei sind die Beschäftigten in der Branche noch gut dran. Gesamtwirtschaftlich haben sich die Nettolöhne um 0,5 Prozent erhöht, was einem durchschnittlichen Kaufkraftverlust von rund 300.- Euro pro Beschäftigtem gleichkommt. Die Lohnquote stürzte also weiter ab. Alleine seit dem Jahr 2000 ist sie um acht Prozent gesunken (ver.di BV Wipo 3/2008). Nicht zuletzt liegt eine Ursache dafür in der abnehmenden Tarifbindung der Kapitalisten. Immer öfter flüchten sie zu Lasten der Werk-

tätigen aus den Tarifen. Die Zahl der tarifgebundenen Betriebe ist in den letzten zehn Jahren erheblich zurückgegangen. Das zeigen die Daten des IAB-Betriebspanels, einer jährlichen Befragung von 16.000 Betrieben und Verwaltungen durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Nur noch etwas mehr als die Hälfte der Beschäftigten wird von Flächentarifverträgen erfasst.

1996 arbeiteten in Westdeutschland 69 Prozent der Beschäftigten in Betrieben in denen ein Flächentarifvertrag galt. Im Jahr 2006 waren es nur noch 57 Prozent. In Ostdeutschland sank der entsprechende Anteil der Beschäftigten von 56 auf 41 Prozent. Eine dramatische Entwicklung. Nicht nur in der Statistik. Hier wird klar, wie es bei vielen Werkträgern finanziell aussieht, denen es nicht gelingt bzw. nicht gelungen ist, ihre Arbeitskraft zu Tarifbedingungen zu verkaufen. In der BRD gibt es eine Gesamtbeschäftigung von rund 25 Millionen. Wenn man die Werte des IAB zu Grunde legt, dann arbeiten ungefähr 12 Millionen Werkträgern nicht zu Tarifbedingungen.

Leiharbeit – prekäre Arbeit.

Aber nicht alle Entgeltbedingungen, die durch einen Tarifvertrag geregelt sind, sind auch gut. Auch im tariflichen Bereich sind, aufgrund fehlender gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft, teilweise Hungerlöhne vereinbart. Das ist inzwischen im Zeitarbeitsgewerbe so. Gesetzlich wurde unter der Regierung Schröder die Leiharbeit neu geregelt. Das heißt, es wurden zahlreiche Beschränkungen gelockert. Im Gegenzug aber ist im Gesetz vorgesehen, dass Zeitarbeitskräfte genauso viel verdienen müssen wie vergleichbare Beschäftigte in den Einsatzunternehmen – es sei denn, es wird ein für die Zeitarbeit gültiger Tarifvertrag angewandt. Über Nacht wurden die Kapitalisten dieser Branche zu *Anhängern* der Tarifautonomie. Das hat dazu geführt, dass in der Zeitarbeitsbranche seit 2003 diverse Tarifverträge abgeschlossen wurden und sich nunmehr fast alle Zeitarbeitsunternehmen an einem dieser Tarifverträge orientieren. Die Ausnahme ist also zur Regel geworden. Die tarifli-

chen Einstiegsgehälter in der Zeitarbeit in Westdeutschland liegen bei rund 7 Euro brutto pro Stunde, aber ein Tarifvertrag erlaubt in den ersten Monaten Lohnabschläge um bis zu 9,5 Prozent. In der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden muss für eine Hilfskraft im Lagerbereich bei regulärer Beschäftigung mindestens 10,70 Euro bezahlt werden. Das sind also gut 5 Euro mehr als für den Zeitarbeiter. Die Frage ist hier, warum die Gewerkschaften bereit sind solche Tarife zu vereinbaren, die sogar unter ihrer Forderung eines Mindestlohnes von mindestens 7,50 Euro liegen. Ein Grund ist sicherlich, dass man noch niedrigere Löhne, zu denen gelbe Schweineorganisationen, wie der *Christliche Gewerkschaftsbund* (CGB) jederzeit bereit sind, verhindern möchte. Der CGB hat kaum Mitglieder, schließt aber mit den Unternehmerverbänden die übelsten Vereinbarungen ab. Die DGB-Gewerkschaften müssen sich aber selbst fragen, ob es nicht besser wäre in solchen Fällen gar keine Verträge abzuschließen als solche Missgeburten. Mitglieder gewinnen sie mit dieser Tarifpolitik nicht, denn auch die Tariflöhne der DGB-Gewerkschaften reichen für die Zeitarbeiter nicht zum Leben. Die Zeitarbeit boomt zurzeit in Deutschland: 2007 beispielsweise waren bundesweit ungefähr 660.000 Zeitarbeitskräfte beschäftigt. Das waren fast doppelt so viele wie im Jahr 2003. Für die kommenden Jahre erwarten Branchenkenner Zuwachsraten bis zu 20 Prozent jährlich. Der Haupteinsatz von Leiharbeitern liegt in Großbetrieben. In 60 Prozent der Betriebe mit über 5.000 Beschäftigten arbeiten Leiharbeitskräfte. Oftmals arbeiten sie übereifrig, in der Hoffnung wegen ihrer guten Leistung in Entleihbetrieb übernommen zu werden. Damit geraten Entlohnung und Arbeitsbedingungen auch bei diesen regulären Arbeitsverhältnissen unter Druck. Aber die meisten Hoffnungen werden enttäuscht. Wenn man die Betriebsbefragung des IAB zu Grunde legt, wurden im Jahr 2005 nur 40.000 Leiharbeiter in feste Arbeitsverhältnisse im Entleihbetrieb übernommen. Das sind gerade einmal drei Prozent der Leiharbeitskräfte. Die bürgerlichen Medien beschreiben dagegen die Leiharbeit als die große Chance der Arbeitslosen,

wieder in ein festes Beschäftigungsverhältnis zu kommen. Die Realität sieht anders aus: keine Übernahme, dagegen ständig wechselnde *Arbeitgeber*, kein festes Einkommen und wenn ja, auf niedrigstem Niveau, flexible Arbeitszeiten und wechselnde Arbeitsorte und kaum Kündigungsschutzregelungen. Dass sich ein Betriebsrat um sie kümmert, kennen diese Werk­tätigen in der Regel nicht. In den Verleihfirmen werden nämlich alle Mittel eingesetzt, auch kriminelle, dass sich keiner bildet. Auch andere Wirkungen von Arbeit kennen sie nicht – etwa, dass sie zu sozialer Anerkennung führt und eine langfristige Lebensplanung ermöglichen kann. Hinzu kommt die Angst, durch die Hartz-Gesetze noch tiefer abzustürzen.

Arbeit unter solchen prekären Bedingungen hinterlässt Spuren im Fühlen, Denken und Handeln dieser Menschen. Noch fehlt die Bereitschaft, durch aktives Handeln die eigene Lage zu verändern. Aber ideologische Sprüche des Klassegegners fallen bei ihnen auf weniger Nährboden. Auch nicht die der *linksgewendeten SPD*.

Die Arbeitskraftunternehmer – prekäre Arbeit ohne Ende

Aber es sind ja nicht nur die Leiharbeitskräfte, die zum überwiegenden Teil unter prekären Entgelt- und Arbeitsbedingungen existieren müssen. Die Kapitalisten sind, geht es um die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, durchaus *kreativ*. Inzwischen dürften sie insgesamt über fünf Millionen Menschen, das sind rund 15 Prozent der Werk­ tätigen, in solche Arbeitsverhältnisse gezwungen haben. Die Neoliberalen haben es geschafft den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme und Arbeitnehmerschutzgesetze so zu deregulieren und zu zerschlagen, dass Werk­ tätige zum Teil von einem Job alleine nicht mehr leben können. Finden sie nichts anderes, wenn sie nicht gar auf Dauer in die Arbeitslosigkeit gedrückt werden, muss das genommen werden was angeboten wird.

Zum Beispiel Teilzeitarbeit. Das von SPD und CDU bejubelte *Jobwunder* fällt zu 90 Prozent in diesen Bereich. Jede zweite Frau arbeitet Teilzeit. Sicher geschieht das nicht immer gezwungenermaßen, ein Teil sucht gezielt nach Teilzeitarbeitsplätzen. Aber nicht die Mehrheit. Sie hat keine Alternative und handelt nach der *Maxime*, „*lieber ein solcher Arbeitsplatz als gar keiner*“. Alleine in den Branchen Dienstleistungen, Handel und Gastronomie sind dreißig Prozent aller Arbeitsplätze Teilzeitarbeitsplätze. Gering bezahlt, die sonstigen



Arbeitsbedingungen schlecht und kaum Rechte trotz bestehender Gesetze. Hier machten in jüngster Zeit die *Billigheimer* Lidl, Aldi, Schlecker und andere Schlagzeilen. Gnadenlos wird dort jede betriebliche Widerstandsregung zerschlagen. Selbst über Auflagen von Arbeitsgerichten setzen sie sich hinweg. Das können sie auch, schließlich sind sie die wahren Herren des Landes und das Geld, das für eine solche Ordnungswidrigkeit bezahlt werden muss, ist deshalb lächerlich gering. Es sind *Peanuts*, wie die Bourgeoise zu sagen pflegt.

Oder Werkverträge, Scheinselbstständigkeit und zeitlich begrenzte Arbeitsverträge. Bei allen diesen Konstruktionen handelt es sich zum überwiegenden Teil um prekäre

Arbeitsverhältnisse. Betroffen sind davon schon lange nicht mehr nur gering Qualifizierte. Insbesondere Werk- oder Honorarverträge sind gängige Praxis an Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Nicht wenige Akademiker hangeln sich so von Vertrag zu Vertrag oft unterbrochen von Arbeitslosigkeit und abhängig von der Willkür der Dienststelle. Natürlich sind bei solchen Arbeitsplätzen Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Zahlungen an die Rentenversicherung Fremdworte. Dasselbe gilt für die Scheinselbstständigkeit. Sie wird meist erzwungen durch die Ausgliederung abhängig Beschäftigter, deren Dienste aber weiterhin in Anspruch genommen werden. Formal sind diese Beschäftigten selbstständig. Real aber sind sie abhängig vom selben Unternehmer. Fahrer von LKWs oder Taxen gehören dazu, aber auch Architekten und Übersetzer. Sie arbeiten am selben Arbeitsplatz weiter. Nur eben – für sehr viel weniger Geld und ohne die gesetzlichen Schutzbestimmungen und Arbeitnehmerrechte. Sie sind *Arbeitskraftunternehmer*. Niemand, außer sie selbst sind für sich verantwortlich. Ohne Interessenvertretung handeln sie die Konditionen zu denen sie arbeiten, als Unternehmer mit Unternehmern, *frei* aus. So stellt sich der Neoliberale die Arbeitswelt der Zukunft vor!

Verarmung auf breiter Front

Noch vor ein paar Monaten stritten sich CDU und SPD darum, wer denn den Hauptanteil am Aufschwung habe. Einem Aufschwung, der endlich bei den Menschen ankommen *müsse*, wie Merkel, inzwischen auch der Köhler Horst und die SPD-Garde sagt. Aber, „*obwohl er das müsse, hat er das nicht getan*“. Wo ist er aber dann geblieben, der Aufschwung? In einem Punkt ist die Frage eindeutig beantwortbar. Zu der Bevölkerungsmehrheit ist er nicht gekommen. Aber immerhin – das haben die zurückliegenden Wahlen gezeigt – wird langsam bei nicht wenigen klar, auf wessen Kosten dieser Aufschwung erfolgt. Es wird klar, dass

das der Aufschwung der Reichen und Kapitalisten ist, errungen durch die gezielte Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Das hat inzwischen auch der Spiegel registriert. In seiner Ausgabe vom 21. Januar schreibt er: „Jeder achte von Armut bedroht. Die Kluft wird größer: In Deutschland wächst der Abstand zwischen Arm und Reich – schneller als im Rest Europas. Inzwischen ist jeder achte von Mittellosigkeit betroffen. Vor allem für Ältere steigt das Risiko“.

Welche Konsequenzen ziehen die politischen Akteure aus solchen Einsichten? Ein Narr wäre man, wenn man solche erwarten würde. Zur Ablenkung der Bevölkerung wird über die soziale Schieflage der Republik zwar lamentiert, das ist aber die pure Heuchelei, denn eine Kurskorrektur steht nicht auf der Tagesordnung. Lediglich die SPD will den flächendeckenden Mindestlohn. Ein scheinbarer Fortschritt, immerhin. Trotzdem kann man das nicht als Kurskorrektur bezeichnen und es ist außerdem wenig glaubhaft. Wollten die Sozialdemokraten wirklich im sozialen Bereich wieder etwas positiv verändern, dann dürften sie so nicht mit der Linken, wie sie das gerade in Hessen tun, umgehen.

Verlagerungen, Erpressung, Leistungsverdichtung...

Das hier erwähnte IAB-Betriebspanel, das sich auf die Befragung von 16.000 Betrieben und Verwaltungen stützt, zeigte für das Jahr 2006 an, dass 12 Prozent aller Beschäftigten in so genannte „Betriebliche Bündnisse zur Wettbewerbs- und Standortsicherung“ eingebunden sind. Je größer ein Betrieb dabei ist, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass ein entsprechendes Bündnis vereinbart wird: 20 Prozent der Betriebe mit mehr als 250 Beschäftigten haben ein betriebliches Bündnis abgeschlossen. Bei den Branchen fällt vor allem das verarbeitende Gewerbe ins Auge: Für 27 Prozent der dort Beschäftigten gilt ein betriebliches Bündnis. Im Klartext heißt das, dass rund 3,1 Millionen Werkstätige in den fragwürdigen Genuss eines solchen Bündnisses kommen. Das IAB bemerkt dazu: „Nur in knapp einem Viertel der Fälle werden betriebliche Bündnisse als Reak-

tion auf eine aktuelle Krise abgeschlossen. Die Mehrheit der Betriebe nutzt die betrieblichen Bündnisse zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit – also um die Konkurrenzfähigkeit des Betriebes generell zu stärken oder um eine mögliche Krise von vornherein abzuwenden. Zugeständnisse bei der Arbeitszeit spielen eine etwas größere Rolle als Zugeständnisse bei der Bezahlung. 90 Prozent der Vereinbarungen zur Beschäftigungs- oder Standortsicherung enthalten Zugeständnisse der Arbeitnehmerseite bei der Arbeitszeitgestaltung, 78 Prozent bei der Entlohnung. Rund zwei Drittel der Bündnisse bringen für die Beschäftigten sowohl bei der Arbeitszeit als auch bei der Entlohnung Einschränkungen mit sich.“ (Die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels können unter <http://doku.iab.de/>



forschungsbericht/2007/fb0507.pdf abgerufen werden.)

Außenstehende werden sich vielleicht wundern, über die Verbundenheit deutscher Werkstätiger mit ihrem Unternehmen und auch über die Opferbereitschaft die sie aufbringen um die Firma profitabler zu machen. Die Kapitalisten stellen nach außen ja immer gerne dar, als gäbe es bei ihren Mitarbeitern das uneingeschränkte Einsehen und das Verständnis für die Probleme und Nöte der Kapitaleseite, als zögen alle am gleichen Strang. Die Realität sieht dagegen anders aus. Nicht ein einziges dieser so genannten Bündnisse ist auf freiwilliger Grundlage zustande gekommen. Ob bei großen oder kleinen Kapitalisten: immer war und ist glatte Erpressung im Spiel. Mit der Ankündigung von Produktions- und

Standortverlagerung oder einfach nur von massivem Personalabbau wurden und werden die Beschäftigten, die Betriebsräte und Gewerkschaften zu Zugeständnissen erpresst. Bei den Kapitalisten zeigt sich, wenn sich nicht die organisierte Macht der Werkstätigen dagegenstellt, eine ungeheuere kriminelle Energie. Oftmals ist es so, dass je kleiner der Kapitalist ist, diese Energie umso größer ist. Bei Kleinunternehmen, die mit Sicherheit in der IAB-Statistik gar nicht auftauchen, werden die Leute nicht einmal gefragt. Da wird gekürzt und wer aufmuckt fliegt raus. Bei den Großen nimmt man die Gewerkschaft mit ins Boot und vereinbart Standortversicherungsverträge. So hat man die vermeintliche Sicherheit, dass die Belegschaft anschließend nicht aus dem Ruder läuft. Die Gewerkschaften selbst werden meistens gegen ihren Willen zur Akzeptanz solcher Bündnisse gezwungen. Die Angst der Mitgliedschaft vor dem Arbeitsplatzverlust, repräsentiert durch die Betriebsräte, setzt sie massiv unter Druck. So helfen sie objektiv selbst mit die Tarifverträge zu unterminieren. Beispiele dafür gibt es genügend. Wollte man alle aufzählen, würde man Bände damit füllen. Deshalb sollen nur kurz ganz spektakuläre Fälle in Erinnerung gerufen werden.

Als erstes wäre die Siemens Mobilfunksparte zu nennen. Für die Werke in Kamp-Lintfort und Bocholt vereinbarte die IG Metall mit Siemens im Juni 2004 die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche – ohne Lohnausgleich. Darüber hinaus wurde vereinbart: Dass das Urlaubs- und Weihnachtsgeld ersatzlos gestrichen wird. Das Ganze geschah nach einer viermonatigen Auseinandersetzung nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Belegschaft, die um ihre Arbeitsplätze fürchtete. Im Gegenzug gab Siemens seine Planung, 2000 Arbeitsplätze nach Ungarn zu verlagern, auf. Nach knapp einem Jahr wurde das Handy-Geschäft an den taiwanesischen Elektronikkonzern BenQ verkauft. Jetzt geht es Schlag auf Schlag. Im September stellt BenQ den Insolvenzantrag. Nach dem vergeblichen Versuch des Insolvenzverwalters einen Investor zu finden, steht Ende des Jahres das Aus des Unternehmens fest. Es wird abgewickelt und die Belegschaft einer Transfergesellschaft übergeben. Sozi-

alverträglich, wie man das heutzutage nennt. Am 31. Januar 2007 gehen dann am Standort Kamp-Lintfort die Lichter aus. Und was geschah mit den Menschen?

Nach Auslaufen der *Transfergesellschaften* zum 31. Dezember 2007 sind nach Angaben der IG Metall noch 864 Arbeiter und Angestellte der nordrhein-westfälischen Standorte Bocholt und Kamp-Lintfort und etwa 190 Beschäftigte der einstigen Unternehmenszentrale in München ohne Job. Der Rest der 2500 Beschäftigten, die in die vom Siemens-Konzern, der Bundesagentur für Arbeit sowie aus Landesmitteln finanzierten *Transfergesellschaften* gewechselt waren, hat zwar einen neuen Arbeitsplatz gefunden oder sich „selbständig“ gemacht, aber wir wissen inzwischen welche Qualität solche neuen Arbeitsplätze haben und wie sie aussehen.

„Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze“. Das war über Jahre hinweg die (richtige) Position der IG Metall. Und kaum einmal wurde sie schneller bestätigt als bei dem Lehrstück BenQ.

Die tarifvertragliche Rückkehr zur 40-Stundenwoche galt in Unternehmerkreisen als Pilotabschluss für die generelle Revision der Arbeitszeitverkürzung. *Die Welt* am Sonntag etwa kommentierte: „Wenn das Beispiel Siemens Schule macht, gibt es nur Gewinner: die Beschäftigten, das Unternehmen, die IG Metall, das Land“. Jetzt wissen wir wenigstens, was Gewinner sind, wenn wir auf die Beschäftigten von BenQ und die IG Metall schauen.

Weitere spektakuläre Belegschaftserpressungen liefen im selben Jahr bei den Automobilkonzernen. Besonders der Daimler-Chrysler-Konzern tat sich hier hervor. Die Produktion der neuen Mercedes C-Klasse sollte aus dem württembergischen Sindelfingen nach Bremen in Norddeutschland und East London in Südafrika verlagert werden, wenn der Gesamtbetriebsrat nicht Kostensenkungen von jährlich einer halben Milliarde Euro zustimmt. Für den Standort Sindelfingen hätten die Verlagerung der Produktion der neuen C-Klasse gravierende Folgen gehabt. Rund 6.000 Arbeitsplätze stünden nach Angaben von Personalvorstand Günther Fleig vor allem im Mercedes-Werk Sindelfingen,

aber auch in Mannheim und im Motorenwerk Stuttgart-Untertürkheim unmittelbar auf dem Spiel. Dasselbe Spiel fand nun statt wie kurz zuvor bei der Siemens-Handysparte. Am 19. Juli sagte Berthold Huber noch in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung über die Erpressung durch Daimler, „die Wiederholung der Forderung ‚wir wollen 500 Millionen von euch‘ ist nicht kompromissfähig. Das ist doch klar.“ Eine Woche später war klar, dass die IG-Metall-Führung Daimler die 500 Millionen gibt trotz massiver Streikaktionen der Daimler-Belegschaften. Auch hier heißt das unter dem Strich Lohnverzicht, Arbeitszeitverlängerung und Leistungsverdichtung. Als *Gegenleistung* bekommt man die Verzichtserklärung des Konzerns, bis zum Jahr 2011 keine betriebsbedingten Kündigungen auszusprechen. Eine Erklärung, die im Ernstfall, beispielsweise bei einem tief greifenden Konjunkturreinbruch nicht das Papier wert ist, auf dem sie steht.

„Wenn das Beispiel Siemens Schule macht, gibt es nur Gewinner: die Beschäftigten, das Unternehmen, die IG Metall, das Land“

Es ist nachvollziehbar, dass solche Regelungen in Großkonzernen auch bei anderen Kapitalisten Begehrlichkeiten wecken. Wie das IAB festgestellt hat, fallen inzwischen 27 Prozent der Beschäftigten der Großbetriebe unter solche oder ähnlich aussehende Regelungen. Das galt für das Jahr 2006. Heute wird der Prozentsatz deutlich darüber liegen. Schaut man auf die Internetseiten der gewerkschaftlichen Gliederung findet man unzählige Berichte von Belegschaftserpressungen durch bekannte Konzerne. Sie laufen fast überall nach demselben Muster, wie bei BenQ oder Daimler ab. Da gehört Kühler-Behr und Volkswagen genauso dazu, wie AEDS, Opel, VDO und Deutz. Von den Krauter-Buden hört man weniger. Nicht deshalb, weil dort nichts passiert, sondern eher deshalb, weil sie aufgrund ihrer Größe nicht soviel Staub aufwirbeln. Trotzdem sind die dortigen Angriffe auf die Beschäftigten, was ihre Qualität betrifft, nicht weniger spektakulär. So kann man beispielsweise auf der

Website der IG Metall Märkischer Kreis folgendes lesen: „Bei der Firma Prinz in Plettenberg feierten die Beschäftigten (170) Einweihung ihrer neuen Halle. So hatte seit dem Frühjahr 2007 jeder Beschäftigte pro Woche 1,25 Stunden für diese, ihre Halle, gearbeitet. Umsonst – versteht sich. Dafür stehen jetzt alle Namen der edlen Spender auf einer großen Tafel neben dem Haupteingang. Chef Oliver Prinz bedankte sich persönlich bei jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin“. Liest man das fällt einem nur noch wenig ein. Es zeigt aber was sich Menschen alles gefallen lassen, wenn sie Angst um ihre wirtschaftliche Existenz haben.

So weit, so schlecht. Aber es ist noch lange nicht das gesamte Spektrum der Kapitalangriffe auf die werktätige Bevölkerung. In fast allen Betrieben, ob groß oder klein, werden neue Produktionskonzepte mit dem Ziel der Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit eingeführt. Selbst wenn die Entgeltbedingungen einigermaßen stimmen, führt

das zu enormen Belastungen der Werk-tätigen, die nicht mehr vergleichbar sind mit denen vor 20 Jahren. Aus den Beschäftigten soll buchstäblich alles herausgeholt werden. Jede Reserve der Arbeitskraft soll mobilisiert werden. Mit blumigen Ideologiefraasen wird diese verschärfte Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft getarnt. In den einschlägigen *Unternehmensleitbildern* ist dann beispielsweise zu lesen: „Im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns steht der Mensch...“, oder „Unsere Mitarbeiter sind die Bausteine unseres Erfolges. Indem wir ihnen Handlungsspielräume eröffnen und Vertrauen schenken, respektieren und fördern wir sie...“ oder „Wir wollen durch kompetente Mitarbeiter, kundenorientierte Lösungen, herausragenden Service, hohe Qualität und technologischen Vorsprung überzeugen...“.

Sprüche! Nichts als Sprüche! In der Wirklichkeit wird die Belastungsschraube für die Werk-tätigen bis zur Unerträglichkeit zuge-dreht. In den Konzernbetrieben werden überall neue Schichtmodelle diskutiert. Die maximale Betriebsnutzung ist das Ziel der Kapitalisten. Dort, wo es mit der Technik und den Fertigungsprozessen begründbar ist, ist auch das Sonntagsarbeitsverbot für die Gewerbeaufsicht kein Hin-

dernis, die Zustimmung für eine Conti-Produktion zu geben. So wird bereits heute in der gesamten Halbleiterproduktion 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr produziert. Um dabei das Personal zu minimieren, erfolgt das häufig in zweimal 12-Stunden-Schichten. Auch dazu, obwohl gesetzlich nicht erlaubt, es gilt noch immer der 8-Stunden-Arbeitstag, hat die Gewerbeaufsicht keine Einwendungen. Im übrigen verarbeitenden Gewerbe sind die Arbeitsbedingungen noch etwas moderater, aber generell geht die Tendenz zur maximalen Ausweitung der Betriebsnutzungszeit. Besonders die Automobil- und Zulieferindustrie ist hier schon weit fortgeschritten. In vielen Betrieben liegt die Betriebsnutzung bereits bei 144 Stunden in der Woche. Das heißt, dass an sechs Tagen in der Woche 24 Stunden lang produziert wird. So wurde beispielsweise bei VW jetzt eine Betriebsvereinbarung unterzeichnet, mit der man mit dem „Volkswagenweg“ an die Weltspitze kommen will. Stefan Krull, ehemals Betriebsratsmitglied bei VW in Wolfsburg, beschreibt das folgendermaßen: *„Die Betriebsvereinbarung (markiert) den Beginn des ‚Volkswagenweges‘: den Weg zur Nummer Eins im Weltmarkt – vor allem gegen Toyota. Die Ziele: Verdopplung des Absatzes, Vervielfachung der Profite. Zusätzliches Personal wird – zumindest in Deutschland – nicht benötigt. Stattdessen sind Produktivitäts- und Leistungssteigerungen von bis zu 50 Prozent angekündigt: mehr Autos in kürzerer Zeit! Punktuell werden Arbeitszeiten verlängert und Taktzeiten verkürzt“* (Sozialismus 2/2008). Die Volkswagen AG ist mit dieser Politik bei Leibe kein Sonderfall. Leistungsverdichtung findet so oder in vergleichbarer Weise überall statt. Ob in der Automobil- und Zulieferindustrie oder in allen anderen Branchen, ob groß oder beim letzten Kraut. Überall stoßen die Beschäftigten an die Grenzen der Belastbarkeit. Selbst im öffentlichen Dienst wird teilweise länger und mit weniger Personal gearbeitet.

Die Folgen dieses Drucks auf die Werktätigen werden zunehmend sichtbar. So müssen die Betriebsräte und Gewerkschaften zunehmend

Mobbing in den Betrieben feststellen. Mobbing ist mehr als ein schlechtes Betriebsklima, es ist schlimmer als gelegentlich ungerechte Vorgesetzte und es ist belastender als der übliche Büroklatsch. „To mob“ bedeutet aus dem Englischen übersetzt so viel wie anpöbeln, schikanieren, attackieren, angreifen, drangsalieren. Die Motive der Kollegen und Kolleginnen, einzelne aus ihrer Mitte auszugrenzen, liegen nicht zuletzt in dem sich verschärfenden Arbeitsklima. Das kollegiale und solidarische Miteinander früherer Zeiten, wird häufig durch brutales Konkurrenzverhalten verdrängt. Für viele ist die Erhaltung



des eigenen Arbeitsplatzes wie ein täglicher Überlebenskampf. Daraus entstehen Ängste und Verhaltensweisen, die sich teilweise unbegründet gegen die Kollegen und Kolleginnen richten. Aber auch ohne Mobbing empfinden immer mehr Werktätige die Arbeit als fast unerträgliche Belastung, zu der es aber keine Alternative gibt. Trotz angstbedingter rückläufiger Krankenzahlen in den Betrieben, leiden viele unter Stress, Burnout, totaler Erschöpfung und Depressionen. Vor allem die Älteren sind davon betroffen. Irgendwann kapitulieren sie und suchen eine individuelle Lösung für ihre Probleme. Sie gehen in die Arbeitslosigkeit, trotz Hartz IV, oder in die vorzeitige Rente mit entsprechenden Abschlägen und der Perspektive Altersarmut. Und es muss unter diesen Umständen wie Hohn erscheinen, wenn die Regierungskoalition unter der Federführung eines sozialdemokratischen Ministers das Rentenalter auf 67 Jahre hoch setzt; auf ein Alter das in den Betrieben niemand erreichen wird.

Nach dem Betriebsverfassungsgesetz haben die Betriebsräte

die Aufgabe, bei der Einrichtung und Gestaltung der Arbeitsplätze mitzubestimmen. Sie haben ein weit reichendes Mitbestimmungsrecht in allen Arbeitszeitfragen, sie haben die Pflicht darauf zu achten, dass Beschäftigte keine gesundheitlichen Schäden erleiden. Sie haben also, trotz aller Mängel des Betriebsverfassungsgesetzes, viele Möglichkeiten, sich den Angriffen der Kapitalisten zu widersetzen. Trotzdem werden in den Betrieben die Arbeitsbedingungen immer schlechter. Es muss sogar festgestellt werden, dass dies nicht selten mit der aktiven Unterstützung der Betriebsräte und Gewerkschaften erfolgt. Nicht immer geschieht das aus moralischer Verkommenheit oder weil Betriebsräte von der Kapitalseite gekauft sind. Natürlich gibt es solche Fälle, wie der Skandal bei Volkswagen mit dem BR-Vorsitzenden Volkerts gezeigt hat. Und natürlich wissen die Betriebsratsfürsten in den großen Konzernen, dass sie häufig das Geschäft der anderen Seite besorgen. In den meisten Fällen handeln

diese Funktionäre aber durchaus in Übereinstimmung mit denen, die sie gewählt haben. Trotz aller Widersprüche dominiert noch immer ein sozialpartnerschaftlich geprägtes Bewusstsein. Nach wie vor gibt es bei den Werktätigen eine starke Identifikation mit *ihrem Betrieb* und *ihrem Arbeitgeber*. Risse bekommt ein solches Bewusstsein erst, wenn *ihr Arbeitgeber* plötzlich die Tarnung ablegt und brutal und ungeschminkt nur noch seine nackten Profitinteressen verfolgt.

In einem UZ-Artikel (UZ 1. Febr. 08) beschreibt die BR-Vorsitzende von NOKIA in Bochum, Gisela Achenbach, welche Liebesdienste der Betriebsrat und die Belegschaft dem Konzern erbracht haben. Buchstäblich alles wurde von der Belegschaft mitgemacht. Jeder Schweinerei stimmte der Betriebsrat zu. Die Kollegin schreibt: *„Denn wir als Betriebsrat haben seit vielen Jahren gemeinsam mit unserer Unternehmensleitung zusammen kooperativ – das möchte ich betonen – an unseren Standortkosten gearbeitet... Und zum Dank will man uns jetzt rausschmeißen*

und sagt, wir seien nicht flexibel genug! Das ist eine Riesensauerei!"

Welch tiefes Missverständnis offenbart sich hier. Noch jetzt sieht Achenbach die Ursache für die Entscheidung, Bochum zu schließen, in der Boshaftigkeit des Managements. Sicher wird das auch bei der Belegschaft, die alle Sonderschichten, Überstunden, Arbeitszeitflexibilisierung und Kürzungen widerstandslos hingenommen hat, nicht viel anders sein. Und trotzdem ist die NOKIA-Entscheidung gegen die Interessen der Belegschaft der erste Schritt, der das Umdenken der Werktätigen bewirkt. Das kleinbürgerliche sozialpartnerschaftliche Bewusstsein bekommt zunehmend Risse und Brüche. Das geht trotz aller Zukunftsangst über die unmittelbar betroffenen Belegschaften hinaus. Hinzu kommen die negativen Erfahrungen mit den Veränderungen in der Arbeitswelt und bei den bereits Ausgegrenzten und prekär Beschäftigten, die Perspektive Hoffnungslosigkeit.

Die Empörung und Wut wächst über die, als ungerecht empfundene, Umverteilungspolitik von Unten nach Oben und wird noch angestachelt durch maßlose Manager, wie zum Beispiel dem Bundesverdienstkreuz-Träger Zumwinkel, Ackermann, Esser und weiteren Stützen dieser *ehrenwerten* Gesellschaft.

Das alles ist die Quelle, die zur Stärkung der Linken führt. Und sie wird in Zukunft weiter sprudeln, denn die Widersprüche werden mehr und nicht weniger. Die Bürgerlichen haben in Hessen die Erfahrung machen müssen, dass selbst die antikommunistische Hetze nicht mehr so wirkt wie in vergangenen Zeiten. Die Linke wurde trotz übelster CDU-Propaganda gewählt.

Stehen wir also vor einem Linksruck in der BRD? Im Moment wohl kaum. Die Linke vertritt keine Politik, die über die Grenzen des kapitalistischen Systems hinausgeht. Trotzdem sind die Loslösungsprozesse von überkommenen Strukturen, in denen sich viele Werktätige befinden, zu begrüßen. Sie sind die Voraussetzung für die Entwicklung von Klassenbewusstsein. Wenn sich das entwickelt, wird, wie Karl Marx sagte, die Arbeiterklasse an sich zur Klasse für sich.

Arbeiterpolitik

Biedermann, Brandstifter und ein Prozeß

In Erfurt steht ein Gewerkschafter vor Gericht, der nicht Opfer der Nazis sein will

Aus



Der erste Prozesstag im Verfahren der Nazis und der Erfurter Staatsanwaltschaft gegen den Gewerkschafter und Antifaschisten Angelo Lucifero wurde am 16. Januar von mehreren hundert Unterstützerinnen und Unterstützern begleitet. Wegen der momentanen Verhandlungsunfähigkeit Luciferos, der unter einem starken Tinnitus leidet, wurde der Prozess vertagt. Im Anschluss kam es zu einer spontanen Solidaritätsdemonstration durch die Erfurter Innenstadt.

Nicht nur, aber auch in Erfurt, ist Gewalt gegen Flüchtlinge, Migranten und Linke an der Tagesordnung. Mal liegt ein Stein in eine Fensterscheibe einer sozialistischen Jugendorganisation, mal wird der Vorsitzende des Ausländerbeirates bedroht und tödlich angegriffen. Angelo Lucifero, Gewerkschaftssekretär bei ver.di, ist in den vergangenen paar Jahren fast vierzig Mal mit solchen Übergriffen konfrontiert worden: Morddrohungen, Manipulationen an seinem Auto, Drohungen gegen seine Lebensgefährtin. Mehrmals kam es auch zu körperlicher Gewalt durch namentlich bekannte Mitglieder der örtlichen Neonazi-Szene. Ein halbes Dutzend Mal wurde die Gewalt bei der Polizei angezeigt, doch in keinem Fall führten die Anzeigen gegen die Rechten zum Erfolg. Mehr als einmal waren

bei den Übergriffen, die zum Teil bei Veranstaltungen in aller Öffentlichkeit stattfanden, Polizisten anwesend. In der Mehrzahl der Fälle griffen sie nicht ein. Irgendwann hat sich Angelo Lucifero eine Schreckschusspistole besorgt, um die Angreifer im Notfall auf Abstand halten zu können. Kurz darauf, am 15. März 2007, haben Erfurter Linke eine Demonstration gegen Rassismus und Antisemitismus veranstaltet. Ungefähr 25 Menschen kamen. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde hielt eine Rede. Die Veranstaltung wurde von örtlichen Nazis gestört, angegriffen, etwas, was in Erfurt und Umgebung recht häufig vorkommt. Die Situation war unübersichtlich, die Nazis schienen in der Mehrzahl zu sein. Wieder griffen sie Lucifero an. Er zog seine Schreckschusspistole. Die Nazis brachten die Sache zur Anzeige. Anders als in den meisten Fällen rechter Gewalt wurde der Sache von der Staatsanwaltschaft mit einigem Eifer nachgegangen. Schließlich handelt es sich bei Lucifero nicht nur nach Auffassung der rechten Szene um einen „bekannten Linksradikalen“, der seit vielen Jahren antifaschistische Aktionen unterstützt, sich mit den Opfern rechter Gewalt solidarisiert und der Widerstand für legitim hält und das auch sagt, obwohl er in einer Organisation beschäftigt

ist, die mit solchen Dingen wenig zu tun haben will. Im Herbst 2007 kam ein Strafbefehl, ohne Prozess, per Post. Lucifero wurde hierin zu einem Jahr Freiheitsentzug auf Bewährung und zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen verurteilt. Weil er dies nicht akzeptieren konnte, legte er Widerspruch ein. Der erste Prozesstag wurde schließlich für den 16. Januar angesetzt. Man sollte meinen dass dies Grund genug ist, um dem Gewerkschaftskollegen alle denkbare persönliche, politische und materielle Unterstützung zu gewähren. Einige meinten das auch. Mit Unterstützung der örtlichen »Gewerkschafter gegen rechts« und des Webportals labournet begann eine Solidaritätskampagne. Die Administration von ver.di Thüringen und ihr Landesleiter Voss denken jedoch anders. Im Dezember schickten sie Angelo Lucifero eine fristlose Kündi-

gung. Die Begründung ist sehr unübersichtlich und im Augenblick nicht einmal schriftlich niedergelegt und weder juristisch noch politisch besonders beeindruckend. Alles in allem läuft sie auf den Vorwurf heraus, dass Lucifero in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär antirassistische Arbeit gemacht hat, namentlich Aktionen gegen Rassismus und Antisemitismus, Demos gegen Nazis in vielen Städten Thüringens, und zu diesem Zweck mitunter den Kopierer und die Frankiermaschine der Gewerkschaft benutzt haben soll. Bei der Kündigung mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Lucifero seit Jahren für eine basisdemokratische Gewerkschaftspraxis steht, mit Kampagnen für Mindestlohn und gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse aufgefallen ist, die ver.di überregional gerne propagiert, aber

lokal manchmal zu arbeitsintensiv und konflikthaft findet. Natürlich jubelte die NPD öffentlich über dieses »Weihnachtsgeschenk«, die der Biedermann mit seiner Frankiermaschine ihr machte. »In letzter Zeit hat die rechte Gewalt in Erfurt und Umgebung spürbar zugenommen« sagt Angelo Lucifero am Tag des Prozesses. Er plädiert dafür, sich mit einer Situation auseinander zu setzen, die in den Etagen von Gewerkschaftshäusern nicht spürbar zu sein scheint und auch beim ver.di-Bundesvorstand, der trotz heftiger innergewerkschaftlicher Proteste den gewerkschaftlichen Biedermann von Erfurt nach wie vor deckt, noch nicht angekommen ist. In Meinungsumfragen steht die NPD in Thüringen bei 9 Prozent. »Wir müssen etwas gegen die Nazis tun, sonst werden sie immer stärker«, sagt ein Kollege von den »Gewerkschaftern gegen rechts«

nicht unterstützen wolle. Und dann kommen sie, die Nazis, versuchen, in das Gericht zu gelangen, das eben seine Türen geöffnet hat. Die vielen Leute, die zur Unterstützung gekommen sind, verhindern, dass sie sich vordrängen. »Noch ist das nicht eurer Haus«, ruft einer. Drinnen ist der viel zu kleine Gerichtssaal ausschließlich mit Presse und UnterstützerInnen besetzt, immerhin ein kleiner Erfolg. Die Nazis müssen draußen warten, bis sie, falls sie zu diesem Zwecke anwesend sind, als Zeugen aufgerufen werden. Aber dazu kommt es nicht. Der Staatsanwalt nuschelt die Anklageschrift herunter, so dass es selbst mit gutem Gehör schwierig ist, der perfiden Behauptung, dass es sich nicht um Notwehr gehandelt habe, zu folgen. Es stellt sich heraus, dass Lucifero angesichts seines Tinnitus das Genuschel nicht verstehen konnte. Vorläufiges Ende des Prozesses. Solidarität ist weiter nötig.

Weiter Hinweise und Möglichkeiten, Eure Solidarität zu zeigen findet ihr unter www.labournet.de.

Arbeiterpolitik

GFSA e.V.

Postbox 106426

20043 Hamburg

www.arbeiterpolitik.de

webmaster@arbeiterpolitik.de



gung. Die Begründung ist sehr unübersichtlich und im Augenblick nicht einmal schriftlich niedergelegt und weder juristisch noch politisch besonders beeindruckend. Alles in allem läuft sie auf den Vorwurf heraus, dass Lucifero in seiner Eigenschaft als Gewerkschaftssekretär antirassistische Arbeit gemacht hat, namentlich Aktionen gegen Rassismus und Antisemitismus, Demos gegen Nazis in vielen Städten Thüringens, und zu diesem Zweck mitunter den Kopierer und die Frankiermaschine der Gewerkschaft benutzt haben soll. Bei der Kündigung mag auch eine Rolle gespielt haben, dass Lucifero seit Jahren für eine basisdemokratische Gewerkschaftspraxis steht, mit Kampagnen für Mindestlohn und gegen ausbeuterische Arbeitsverhältnisse aufgefallen ist, die ver.di überregional gerne propagiert, aber

am Rande der Kundgebung vor dem Erfurter Gericht. Und Julika Bürgin, ebenfalls seit vielen Jahren aktive Gewerkschafterin und Lebensgefährtin Luciferos, ergänzt, dass das wichtig sei, alle diejenigen zu unterstützen, die sich nicht zum Opfer machen lassen. Die örtliche Frauengruppe bei ver.di ist ihrer Meinung, ebenso die JUSOS und die Falken Thüringen, vor allem aber viele GewerkschafterInnen aus dem ganzen Bundesgebiet. Auf der Kundgebung zeigt sich das unter anderem durch die Anwesenheit von Metallern aus Jena, einer Druckerin aus Dresden, sogar einigen Leuten vom Jourfix Gewerkschaftslinken aus Hamburg. Eine Kollegin dieser Gruppe erklärt, dass es eine Schande sei, dass ver.di einen Menschen, der fast fünfzig Jahre Gewerkschaftssekretär ist, in seinem Kampf gegen die Nazis

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307, 90261 Nürnberg

e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
Internet: www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung:

Hans Steiger, Postbank München
BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808
Für Überweisungen aus dem Ausland:
I ban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08
BIC PBNKDEFF

Worum geht es?

Die unendliche Geschichte eines Tarifkonfliktes

Von Jim Knopf und Genossen

Wir haben uns zu diesem Thema bereits in der „jungen Welt“ vom 28.01.08 geäußert. Für die Arbeiterstimme wurde der Text leicht überarbeitet und ergänzt.



Als wir in der vorletzten Nummer der Arbeiterstimme über den Tarifkonflikt bei der Deutschen Bahn berichteten, war noch alles offen.¹ Klar war aber, dass es sich um eine sehr harte Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital handelt. Diese Auseinandersetzung hat zur Parteinahme, zur Solidarität herausgefordert. Und da wir nicht zu denen gehören, die Geschichte von oben schreiben, sondern von unten, konnten wir unmöglich bei der Frage der *Standesorganisation* oder dem *Denkmal*, das sich Herr Schell setzen will, stehen bleiben. Nein – wir haben den Blick auf die Kollegen gerichtet. Wir haben ihn auch auf die Bedingungen gerichtet, unter denen die Eisenbahner ihre Kämpfe zu führen hatten. Die *Einheitsgewerkschaft* konnte dabei für uns kein Tabuthema sein. Auf die Politik des Börsenganges, die dem Tarifkonflikt vorangegangen ist, trifft das erst recht zu.

Wir hatten nie die Illusion, dass der Tarifkonflikt im Bahnkonzern mit der Verkündung der Eckpunkte des Tarifvertrages der GDL erledigt sei. Und dennoch zeichneten sich die

wichtigsten Lehren schon im Januar 2008 ab. Diese Lehren treten nun noch deutlicher hervor. Deshalb wollen wir, ohne das letzte Wort zu sprechen, erneut zu den Ursachen und Folgen des Eisenbahnerstreiks Stellung nehmen.

Was wurde erreicht?

Soweit es um den Tarifvertrag der GDL geht, ist diese Frage gar nicht so leicht zu beantworten. Denn zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels hatte der Bahnkonzern den im Januar verhandelten Tarifvertrag noch nicht unterzeichnet, stand also auch die zweite Urabstimmung der GDL noch aus. Dramatisch hat sich die Situation erneut zugespitzt. Die Signale stehen auf „Streik“. Der Tarifkampf bei der Bahn geht weiter. Die GDL soll daran gehindert werden, Einfluss auf alle Lokführer zu bekommen. Langfristig soll sie vernichtet werden, indem der Geltungsbereich ihres Tarifvertrages immer weiter eingeschränkt wird und sie nicht in der Lage ist, die Konkurrenz der Lokführer untereinander aufzuheben oder Dumpinglöhne zu verhindern. Ob der Machtkampf der Bahngewerkschaften als *Komödie* fortgesetzt wird, wie Hegel *Wiederholungen* in der Geschichte charakterisierte, wird sich zeigen. Wo aber auf der Seite der Transnet und der GDBA nur hämisch gegrinst wird, sei an den Spruch erinnert: „*Von euch ist hier die Rede!*“ Denn fein ausgedacht haben sich das Mehdorn und Hansen. Auf der Homepage des Bahnkonzerns kann man es schon eine ganze Weile

nachlesen: „Was steht beim Lokomotivführertarifvertrag noch aus? Vereinbart werden müssen noch – Grundlagenverträge mit allen Bahngewerkschaften, die langfristig die Eigenständigkeit des Lokomotivführertarifvertrages einerseits und seine Widerspruchs- und Konfliktfreiheit mit dem gesamten Tarifsysteem andererseits festschreiben, die Kooperationsvereinbarung, die die Zusammenarbeit der Gewerkschaften untereinander bei künftigen Tarifverhandlungen regelt.“ Der Konzern spricht von der „schwersten Tarifaufeinandersetzung in der Geschichte der Bahn“. Warum wohl?

Schluss mit dem Verzicht

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer hat in ihrem zehnmönatigem, ungewöhnlich harten Kampf wesentlich dazu beigetragen, die Verzichtshaltung großer Teile der Lohnabhängigen aufzubrechen. Sie wurde durch den Abschluss der Tarifgemeinschaft von Transnet und der Verkehrsgewerkschaft GDBA vom 9. Juli 2007, der die Lohnrate zugunsten der Profitrate drückt und auf Mehrarbeit nicht verzichtet, als Opposition unter den Bahngewerkschaften herausgefordert. Es ging den Kollegen in der GDL um den Reallohn, die bezahlte Verkürzung der Arbeitszeit und die Eigenständigkeit ihrer Gewerkschaft.

Die Vorstände der Gewerkschaften anderer Branchen sahen sich deshalb unter dem Druck ihrer Mitglieder gezwungen, mindestens achtprozentige Lohnforderungen aufzustellen. *Man kann sich wehren!* – das ist ein entscheidendes Ergebnis des Kampfes der GDL im Denken von Millionen Lohnabhängiger. Diese kämpferische Haltung trat im Juli 2007 mit einem regelrechten Paukenschlag hervor und steigerte sich im Laufe der Monate. Diese Haltung ist die Voraussetzung für künftige erfolgreiche Lohnkämpfe.

Die Kollegen haben ihren Mann gestanden. Jetzt aber sind sie damit konfrontiert, dass die erreichten Ergebnisse von der ursprünglichen

Zielstellung erheblich abweichen – ja, dass es überhaupt keine Ergebnisse geben soll.² Sie müssen nun wieder ihren Mann stehen. Innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen von sehr grundsätzlicher Bedeutung haben begonnen. Aber niemand sollte übersehen: Der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG Hartmut Mehdorn hat eine Niederlage nicht nur für die Bahn, sondern auch für den *Standort Deutschland* – somit für das Kapital – eingestanden. Immerhin sah er sich als Vorposten für die Verteidigung großkapitalistischer Interessen, noch dazu in einem Unternehmen mit Weltherrschaftsgelüsten.

Privatisierung

Der Streik der in der GDL organisierten Eisenbahner war eine Folge der Bahnprivatisierung – man kann auch sagen: des Aufwerfens der Eigentumsfrage. Die *Eisenbahnerfamilie* wurde zersetzt, die Konkurrenz zog ein. Die Ursache des Streiks existiert völlig unabhängig von der GDL. Es blieb der GDL gar keine andere Wahl, als zu streiken. Der Fortschritt im Kampf der kleinsten und ältesten Bahngewerkschaft (der Verband der Eisenbahner Deutschlands, der überregional alle Berufe erfasste, wurde erst neunundzwanzig Jahre später gegründet) ging von den Mitgliedern aus, die gerade in Ostdeutschland besonders gut organisiert sind. Es war den Kollegen klar: Gewerkschaften sind eine Art *Kriegsschule*, streikfähige Organe im Kampf zur Sicherung der Lebenshaltung der Lohnabhängigen (95,8 Prozent stimmten in der Urabstimmung am 26. August 2007 für einen unbefristeten Streik). Tarife sind zeitweilige Waffenstillstandsabkommen. Genau dies ließ sich mit Transnet/GDBA nicht realisieren, die ihre „*einzigste Chance in der Gestaltung des Reformprozesses*“, in der Sicherung des Profits sehen. Sie verwandelten die Gewerkschaften in eine Gesellschaft von Gesundbetern.

Die ganze Last des Konkurrenzdrucks der Privatisierung sollte spätestens seit November 2002 (Regio-Tarifvertrag) in besonders widerlicher Form vor allem auf zwei Berufsgruppen abgewälzt werden: die Lokführer und die Zugbegleiter (was nicht heißt, dass sie diese Last allein

zu tragen haben oder hier die kapitalistische Rationalisierung am größten gewesen ist). An der Person Norbert Hansen entzündete sich der Zorn der Eisenbahner konkret. Als Vorsitzender der Transnet und Vizechef des Aufsichtsrates gilt er als Hauptstütze Mehdorns bei der Bahnprivatisierung. Ein Beispiel aus dem letzten Jahr, das gerade für die Gegenwart steht, wo es um die *heiße Phase* der Bahnprivatisierung geht: Der gesamte Aufsichtsrat der DB AG hat sich am 15. November 2007 für eine Privatisierung nach dem Holdingmodell ausgesprochen. Fünf Tage vorher hatte Hansen noch mit Streiks gedroht. Und in seinem Brief an Mehdorn vom 15. Januar 2008, der zeigt, dass in Transnet die Luft brennt, spricht er erneut davon, die „*bewährte Sozialpartnerschaft auch in Zukunft*“ zu „*sichern*“. Es bleibt beim Crashkurs, „*eine gestaltende Rolle bei der Vollendung der Bahnreform zu übernehmen*“, wie es in einem Transnet-Papier vom 9. Dezember 2002 heißt, wobei klar ist, dass dieser Weg kein Weg des Widerstandes „*gegen einseitige, profitorientierte Bahnpolitik*“ ist. Nicht nur aus diesem Grund gilt es unter den Kollegen des Fahrpersonals als prinzipiell unvereinbar, gleichzeitig Vorsitzender einer Gewerkschaft zu sein und sich der Konspiration des Aufsichtsrates zu unterwerfen. Das bedeutet für sie, sich dem Diktat des Konzerns unterzuordnen. Der Warnstreik der Transnet/GDBA 2007 war nach ihrer Überzeugung mit Mehdorn verabredet.

Die Herabstufung der Lokführer in der Gehaltsgruppe, die zunehmende Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen des gesamten Fahrpersonals, die auf einen gewollten Verschleiß des Personals hinausläuft, die Tendenz, die gesamte Lebenszeit als dem Konzern gehörig zu betrachten, die Verminderung der Einkünfte der Eisenbahner in zehn Jahren um mindestens 9,5 Prozent bei gleichzeitiger Gewinnmaximierung (Verdreifachung von 2005 bis 2007) und über jegliches Vorstellungsvermögen hinausgehende Erhöhung der Bezüge des achtköpfigen Vorstandes der DB AG (um 255 Prozent seit 2001, um 77 Prozent in 2006, um gut 50 Prozent jährlich für Mehdorn) – dies alles war auch 1922, als es um die „*Stinnisierung*“ – das geflügelte Wort für die Privatisierungspläne des vom Großindustriellen Hugo Stinnes vertretenen deutschen Kapitals – der Eisenbahner ging und die Eisenbahner für die Defizite der Bahn bluten mussten, nicht anders. Man staunt sogar, wie sich die Bilder gleichen. Denn die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner rief beim Bürgertum von je her „*fanatischen Hass*“ hervor³, nach der Novemberrevolution ohnehin. Der damalige Reichstagsabgeordnete der KPD Paul Frölich hat diese Situation in seiner politischen Streitschrift: „*Das Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februar-Streik und seine Lehren*“⁴ eindringlich beschrieben. Der Streik von 1922, der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranlassen wurde, war der unmittelbaren Not der Eisenbahner entsprungen. Die Ursache des heutigen Streiks ist letztlich keine andere. Er ist eine Konsequenz des Börsenwahns, des Krieges um die Quote. In diesem Krieg wurde der Personalbestand der Deutschen Bahn halbiert auf heute 230 000 Mitarbeiter, davon 19 500 Lokführer und 12 000 Zugbegleiter. Rund zwei Drittel des Personalabbaus sind in Ostdeutschland erfolgt. Es wurde auf Lohn, Urlaub, Freizeit verzichtet – damit die Bahn schwarze Zahlen schreiben könne und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Und wie bei allen Privatisierungen, so gilt auch hier: Die Privatindustrie mähet sich an den Staatsbetrieben.

tisierungspläne des vom Großindustriellen Hugo Stinnes vertretenen deutschen Kapitals – der Eisenbahner ging und die Eisenbahner für die Defizite der Bahn bluten mussten, nicht anders. Man staunt sogar, wie sich die Bilder gleichen. Denn die gewerkschaftliche Organisation der Eisenbahner rief beim Bürgertum von je her „*fanatischen Hass*“ hervor³, nach der Novemberrevolution ohnehin. Der damalige Reichstagsabgeordnete der KPD Paul Frölich hat diese Situation in seiner politischen Streitschrift: „*Das Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februar-Streik und seine Lehren*“⁴ eindringlich beschrieben. Der Streik von 1922, der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranlassen wurde, war der unmittelbaren Not der Eisenbahner entsprungen. Die Ursache des heutigen Streiks ist letztlich keine andere. Er ist eine Konsequenz des Börsenwahns, des Krieges um die Quote. In diesem Krieg wurde der Personalbestand der Deutschen Bahn halbiert auf heute 230 000 Mitarbeiter, davon 19 500 Lokführer und 12 000 Zugbegleiter. Rund zwei Drittel des Personalabbaus sind in Ostdeutschland erfolgt. Es wurde auf Lohn, Urlaub, Freizeit verzichtet – damit die Bahn schwarze Zahlen schreiben könne und die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Und wie bei allen Privatisierungen, so gilt auch hier: Die Privatindustrie mähet sich an den Staatsbetrieben.

Terroristen

Genau in die Auseinandersetzung um die Privatisierung, für die Transnet und GDBA dem Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) den Segen erteilten, platzte der Streik der GDL. Er war der Auflösung der Klassenaktion einer vermeintlichen *Einheitsgewerkschaft* entsprungen. Der Abschluss von Tarifen, die die speziellen Berufsinteressen der Eisenbahner vereinheitlichen, wurde als Basis für geschlossene, wuchtige Kämpfe nicht genutzt. Der Vorwurf der „*Spaltung der Gewerkschaftsbewegung*“ traf gerade diejenigen, die der GDL die Solidarität verweigerten, wohl wissend, dass es um die Eisenbahner geht. Mehdorn drohte, es dürfe nicht sein, dass „*eine kleine Berufsgruppe ganz Deutschland terrori-*

siert". Unterstützung erhielt er vom Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Jürgen Thumann, von Tiefensee, seinem Parteivorsitzenden Kurt Beck und von der Bundeskanzlerin Angela Merkel – vom kapitalistischen Tarifikartell überhaupt. Hansen und GDBA-Chef Klaus-Dieter Hommel sowieso, aber auch die Vorsitzenden vom DGB Michael Sommer, vom Deutschen Beamtenbund Peter Heesen, von der IG-Metall Berthold Huber und von ver.di Frank Bsirske bliesen in das gleiche Horn. Das Feindbild *Lokführer* stand. Die Tarifeinheit wurde beschworen – sie sei ein „Standortvorteil“, denn schließlich hat sie die Profitrate hoch und die Lohnrate niedrig gehalten. Es war schon fast wie 1922, als das allgemeine Stichwort lautete: „Das Verbrechen der Eisenbahner“. Und wie damals sollte das Streikrecht vom Koalitionsrecht getrennt und nach dem Willen des Bahnkonzerns am besten beides abgeschafft werden. GDL-Anwalt Ulrich Fischer hat dieses skandalöse Vorgehen in seiner „Schutzschrift in einem eventuellen einstweiligen Verfügungsverfahren“ vom 1. Oktober 2007 für jedermann nachvollziehbar angeprangert.

Das Streikrecht – damit das Koalitionsrecht – behindert die Privatisierung. Der eisenbahnerfeindliche Charakter der Privatisierung offenbart sich in ihren Auswirkungen: Die Fahrpreise werden erhöht, die Löhne werden herabgesetzt, die Ausbeutung der Arbeitskraft wird gesteigert, die überflüssigen Eisenbahner fliegen auf die Straße. Der Bahnkonzern ist daher sehr daran interessiert, die Eisenbahner um ihr Streikrecht zu prellen. Das widerspricht dem Grundgesetz. Im Grundgesetz ist das Koalitionsrecht „für jedermann und für alle Berufe“ gewährleistet. Wenn deshalb das Streikrecht schon nicht abzuschaffen war, so sollte es doch wenigstens weiter eingeschränkt werden. Kluge Richter gaben diesem Ansinnen letztlich nicht nach, auch die Medien tendierten eher zur Unterstützung der GDL, ohne ihren kapitalistischen Charakter, soweit sie bürgerlich waren, zu verheimlichen (auf die große Anzeige „Schell stoppen Sie diesen Wahnsinn“ haben sie nicht verzichtet). Wenn Macht das Gesetz bricht, so wies das Gesetz die Macht hier in die Schranken, denn die Ver-

hältnisse waren nicht so. Auch die öffentliche Meinung ist eine Macht. Diese Macht stand auf der Seite der Eisenbahner. Und wer als Richter gegen die Macht der öffentlichen Meinung das Gesetz gebrochen hätte, der hätte sehr wahrscheinlich einen ernsten politischen Konflikt verursacht. Alle Register wurden gegen die GDL gezogen: Prozeßhalselei, millionenschwere Schadenersatzforderungen, eine von Transnet initiierte Unterschriftensammlung gegen die Urabstimmung der GDL, Verbannen der Eisenbahner in die Friedenspflicht durch schriftliche Erklärungen über die Annahme des Tarifabschlusses von Transnet/GDBA, der Wahnsinn mit 1000 neuen schnell



Aus: media-bloed.de

besohnten Lokführern, die man nunmehr zur *Zwangsarbeit* verurteilen will, Maßregelungen, Suspendierungen, Entlassungen, Verleumdungen, Beschimpfungen, Falschmeldungen, Hetze. Mit der Frage nach der *Verhältnismäßigkeit* des Streiks, im Zuge des Wehklagens der großen Konzerne über ihre Profitverluste, wurde die „Zwangsschlichtung“ beschworen – fehlte nur noch die „Notverordnung“. Und so war klar: Was heute die GDL betrifft, betrifft morgen vielleicht die Gewerkschaftslinken und übermorgen alle Lohnabhängigen. Sind die Eisenbahner geschlagen, triumphiert das gesamte Kapital.

Solidarität

Die Solidarität der Lohnabhängigen mit den streikenden Eisenbahnern war groß. Es gelang dem Kapital nicht, die Front aufzubrechen. Mit jeder neuen Gemeinheit steigerte sich die Zustimmung zu den Forderungen

der GDL. Für die Gewerkschaftsführungen allerdings galt, was auch im Aufruf der KPD vom 5. Februar 1922 stand: „Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, die nach dem Willen der Arbeiter berufen sind, die wirtschaftlichen Interessen des Proletariats zu vertreten, sind (...) diesem ungeheuren gewerkschaftlichen Kampfe in den Rücken gefallen.“ (Frölich, S. 37) Sie waren auch 2007 nicht bereit, angesichts des zeitweiligen Streikverbots durch deutsche Gerichte, ernsthaft und massenhaft gegen diesen Bruch des Grundgesetzes zu mobilisieren. (1922 gab wenigstens der Deutsche Beamtenbund den Streikenden Rückendeckung.) Auch die GDL hat beim Streikrecht nur abgewartet.

Es ist die soziale Misere in unserem Land, die bewirkte, dass sich die Mehrzahl der Lohnabhängigen in den Forderungen der Lokführer wiedererkannte. Fast täglich gab es Solidaritätserklärungen. Gliederungen der DGB-Gewerkschaften führten gemeinsame Veranstaltungen mit der GDL durch. Die Streikenden im Einzelhandel tauschten sich über die gemeinsame Lage mit kämpfenden Eisenbahnern aus. Kundgebungen wurden durchgeführt. Die Kampfkraft der GDL, ihr Durchhaltevermögen im Streik war untrennbar mit der Sympathie der Masse der Lohnabhängigen verbunden. Sehr aufmerksam hat die GDL-Führung deren Entwicklung verfolgt, ohne jedoch in der Lage gewesen zu sein, sie auch politisch umzumünzen. Daran hat die GDL-Spitze der Mangel an Klassenbewusstsein gehindert. Andererseits war der Unmut der Masse der Lohnabhängigen über den anhaltenden Verzicht in allen Fragen der Lebenshaltung nicht so groß, nicht so organisiert, dass daraus solidarische Aktionen für die Streikenden hätten entspringen können. Denn die hätten gegen die eigene Gewerkschaftsführung, die das Anspruchsdenken immer wieder zurückgedrängt hat, stattfinden müssen. Das erkannte Sommer, als er vor den „britischen Verhältnissen“ warnte, die hier nur bedeuten, dass die Gewerkschaftsmitglieder stärkeren Einfluss auf die Gewerkschaftspolitik bekommen könnten.

Der Kampf der streikenden Eisenbahner passte nicht in die Politik des DGB. Sein bürokratischer Apparat

ist aufgebläht. Die Vorbereitung zum Streik beschäftigt ihn nicht unmittelbar. Man kann auch nicht gleichzeitig die Interessen des Unternehmens und die Interessen der Arbeiter vertreten. Aus den formalen Einwänden des DGB gegen den Streik der GDL, sprach immer wieder die Auffassung Mehdorns: „*ein Streik ist die schlechteste Form der Auseinandersetzung in einem Unternehmen*“. Auch der Dualismus, die GDL-Forderungen zu bejahen, aber die Klassensolidarität zu verneinen, läuft auf die Kritik am Mittel des Streiks hinaus. Das Hauptgewicht revolutionärer Gewerkschaftstätigkeit wird nicht mehr auf den Kampfcharakter der gewerkschaftlichen Einrichtungen gelegt, damit nicht mehr auf die klassenkämpferische, sondern auf die arbeitsgemeinschaftliche Haltung gegenüber dem Tarifvertragswesen. Die Solidarität der Masse der Lohnabhängigen verdeutlicht, dass sich im Kampf der GDL nicht etwa zeigt: Den Berufsverbänden gehört die Zukunft. Denn die Sympathie der Millionen Lohnabhängigen mit dem Streik und den Streikenden, die das gleiche Interesse zur Solidarität getrieben hat, nämlich „*Schluss mit dem Verzicht!*“, setzt die Frage auf die Tagesordnung: Welchen Sinn machen dann noch kleine Gewerkschaften? Die Stärke der GDL ist die verbandspolitische Schwäche des DGB; mehr oder weniger ein Rahmen – ohne klassenbewussten gewerkschaftlichen Inhalt, ohne wirkliche Kollektivaktion (die DGB-Gewerkschaften können durchaus zu *Solidaritätsstreiks* aufrufen). In jedem Betrieb, in jeder Industrie nur ein Verband, das ist eine wichtige Frage bei der Umwandlung von Berufs- in Industrieverbände. Wenn man aber so tut, als würde diese Frage gar nicht mehr existieren, dann schießt man ganz bewusst zum Schaden der Lohnabhängigen, insbesondere der Arbeiter, an der Wirklichkeit vorbei.

Die Frage nach der Kollektivaktion (der Klassenaktion) im Unterschied zum Egoismus jedes einzelnen hat immer auch eine politische Dimension. Es bleibt die entscheidende Frage in der Gewerkschaftsarbeit: Wie kommen wir zu politischen Kämpfen? In den Streiktagen haben nicht wenige Eisenbahner die Erfahrung gemacht: Die eigenen Interessen offensiv zu vertreten, hat „*den Leuten wirklich eine Befreiung gebracht*“. Ein Ruck sei durch

die Belegschaft gegangen: „*jetzt können wir Flagge zeigen!*“. Man sollte meinen, die GDL-Führung wäre darüber glücklich gewesen, denn schließlich, um es deutlich zuzuspitzen, ist das „*Strammziehen des Hungerriemens*“ bedingt durch das Lebensgesetz des Kapitalismus. Nichts da: Man sprach auch auf der Seite der GDL von „*Anarchisten*“, „*Radikalen*“ und „*Alteingängern*“. Die S-Bahnführer aus Berlin können ein Lied davon singen. Ja, man war nicht einmal erfreut, als eine Solidaritätserklärung für die streikenden Eisenbahner in Frankreich angeregt werden sollte. Gut, gut – aber nicht im Namen der GDL.

Mehr Klassenbewusstsein

Die GDL trat als die organisierte Defensive der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits an. Je rücksichtsloser sie dabei vorging, desto größer wurde der Zulauf in ihre Reihen. Je rücksichtsloser der Profit reagierte, desto größer wurde ihre Geschlossenheit. Aber von Anfang an gab es zwei Probleme: Die Ursache des Kampfes, die Privatisierung als entscheidende Frage für die Eisenbahner, wurde nicht zum Ziel des Angriffs selbst gemacht. Die Führung der GDL erklärte stets, kein Privatisierungsgegner prinzipieller Art zu sein.⁵ Auf die Frage: „*Sind Sie prinzipiell gegen den Börsengang?*“, erklärte der GDL-Vorsitzende Manfred Schell: „*Ich bin nicht prinzipiell gegen den Börsengang, solange die Infrastruktur beim Bund bleibt. Ich halte die Bahn zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht für börsenfähig*“ (www.sueddeutsche.de, 5.11.2007).⁶ Das zweite Problem: Das Fahrpersonal, bestehend aus Lokführern, Zugbegleitern und Bordgastro-nomen, wurde organisiert. Gemeinsam wurden die äußerst widrigen Arbeits- und Lebensbedingungen in die Forderungen eines Fahrpersonal-tarifvertrages gegossen. Aber schon vor der Schlichtung der CDU-Moderatoren Heiner Geißler und Kurt Biedenkopf war bekannt, dass die GDL gegebenenfalls auch mit einem „*Lokführertarifvertrag*“ zufrieden wäre.⁷ Allerdings wurde auf die GDL wiederholt mit Gesetzeskraft Druck ausgeübt, um das Zugbegleitpersonal nicht mit einzubeziehen. Wenn aber mit Gesetzen gegen Gewerkschaften vorgegangen wird, müssen Gewerk-

schafter eine politische Antwort finden. Doch die GDL-Führung hatte schließlich auch eigene Ziele, die die Gefahr in sich bargen, dass sie die Gewerkschaftsmitglieder benutzt, um ihre Eigenständigkeit zu erreichen und ihre Daseinsberechtigung zu sichern. Dazu ist es dann auch gekommen.

Diese Inkonsequenzen holten die GDL immer wieder ein. Zugbegleitpersonal und Bordgastro-nomen blieben draußen – das war die Bedingung! Der Fahrpersonal-tarifvertrag blieb eine Idee! Die Rede war nur noch vom „*Lokführertarifvertrag*“. Es ging um eine Kraftprobe, die nur zu bestehen gewesen wäre, wenn klassenbewusste Gewerkschafter an der Spitze der GDL gestanden hätten und die Solidarität der anderen Gewerkschaften nicht ausgeblieben wäre, dieses Hindernis war entscheidend. *Gefechtpausen*, die dem Bahnvorstand zwischen den sich verschärfenden Streiks gewährt wurden, gehen aber überall zu Lasten der GDL-Führung. Sie war mit ihrer engen gewerkschaftlichen Auffassung, bei der die Profitrate in die Lohnrate per Tarifvertrag überführt werden sollte, nie in der Lage, den Kampf konsequent zu führen. Ihre ständige Kompromissbereitschaft, ihr Zögern und nachgiebiges Taktieren haben dazu geführt, dass die entscheidende Aktivität der kämpfenden Eisenbahner, nämlich der unbefristete Streik, zu dem sie fest entschlossen waren, ständig zurückgehalten wurde.⁸ Während gleichzeitig der Bahnvorstand zu immer schärferen Angriffen überging, die die Stimmung der Kollegen auf den Siedepunkt brachten.

Die GDL, die kein Organ der außerparlamentarischen Macht der Arbeiterklasse sein wollte, hat den wirtschaftlichen, nicht den politischen Charakter ihres Kampfes in den Mittelpunkt gestellt. Der Staat und die Regierung taten das Gegenteil. Der endgültige Beweis ist erbracht durch Tiefensees „*Zwangsschlichtung*“ in den Diensträumen seines Ministeriums. Der Staat musste um seiner selbst willen eingreifen – und den unbefristeten Streik durch Druck auf Mehdorn (Tiefensee/Schell bestreiten das) unterbinden.⁹ Die Regierung musste unter allen Umständen vermeiden, dass sich der Kampf der Lokführer mit den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst verbindet.

Der Widerstand gegen die Politik der großen Koalition nimmt zu. Wird der Verkehr für längere Zeit stillgelegt, dann hören die Staatsfunktionen auf. Der Streik richtet sich so gegen den Staat. Die Bekämpfung der Privatisierung als Streikziel, hätte dies sofort verdeutlicht. Und dieses Ziel lag in der Luft, denn der Streik der GDL behinderte seine Verwirklichung gewaltig. Ein Streik aller Eisenbahner macht die Privatisierung unmöglich. Deshalb vor allem nennt Hansen wohl den Streik der Lokführer und Zugbegleiter, den „überflüssigsten Streik in der Bahngeschichte Deutschlands“. Er disqualifiziert sich damit selbst, aber das ist ja seine besondere Stärke.

Neuer Ausgangspunkt

Die Eisenbahner haben mit dem Streik der GDL einen neuen Ausgangspunkt für eine kämpferische Gewerkschaftsarbeit gewonnen. Die Wirkungen werden langfristig sein. Getrieben wurde die Tarifgemeinschaft bei ihren Verhandlungen zur neuen Entgeltstruktur. Getrieben wurde der Konzern zur Beschleunigung dieser Verhandlungen. Und allein durch die Drohung, Arbeitsplätze abzubauen, wird deutlich, dass es um die Kollektivaktion geht, darum, dass alle Bahngewerkschaften eine Gewerkschaftspolitik anstreben, die sich gemeinsam gegen die Spaltung der Belegschaft durch den Bahnkonzern richtet. Damit dies kein frommer Wunsch bleibt, gilt es, alle klassenbewussten Kollegen in einem linken Gewerkschaftsflügel zu sammeln, der mit einer klaren Stellungnahme vor die Gewerkschaftsöffentlichkeit tritt, denn noch sind nicht alle Messen gesungen – Hansen und Mehdorn üben weiter Druck aus. Dramatische Wendungen sind generell nicht ausgeschlossen.¹⁰ Die Kollegen der GDL haben ihre Möglichkeiten nur sehr unvollständig genutzt, denn es ging um einen Existenzkampf ihrer Gewerkschaft, der von Basis und Führung mit völlig unterschiedlichen Zielen (Interessen) geführt wurde.

Es liegt selbstverständlich nicht einfach nur am Unwillen des GDL-Vorstandes, dass sich im Endeffekt verhältnismäßig wenig bewegt. Auch dieser Vorstand kann aus seiner sozialpartnerschaftlichen Haut nicht heraus.

In seinen Händen hat sich der eigenständige Tarifvertrag verselbständigt und erfüllt nicht den Zweck, den die Kollegen mit diesem Ziel verfolgten. Für sie war der *eigenständige Tarifvertrag* ein Mittel, um ernste materielle und kulturelle Interessen zu befriedigen. Für die GDL-Führung ist er ein Mittel, sich an der Futterkrippe des Konzerns einzufinden. Aber so war es auch unmöglich, Ziele zu formulieren, die aus der Enge des Standes herausführen und die Solidarität der anderen Gewerkschaften regelrecht herausfordern. Es bedarf eben eines ganz anderen gewerkschaftlichen Kampfes, der politisch ergänzt und unterstützt wird. Denn auch in der kleinen GDL, die allerdings durch Übertritte selbst aus eisenbahnfremden Branchen nach wie vor wächst, hat der kürzere Draht zum Vorstand, hat die Kampfbereitschaft der Mitglieder die Politik der Führung am Ende nicht bestimmt, obwohl das Problem der Führung zu einem nicht unerheblichen Teil durchaus ein Problem der Aktion an der Basis ist. Deshalb: Hand angelegt, alle Kräfte der Opposition ans Werk.

Allen Lohnabhängigen wurde durch den Kampf der Eisenbahner verdeutlicht: Die Kämpfe entwickeln sich ungleichmäßig. „Die Sache jedes einzelnen, jeder besonderen Schicht, jedes besonderen Berufs muss die Sache aller werden. Sie müssen sich gegenseitig stützen und fördern im Kleinen und das große Ziel vor Augen haben. Sie müssen bereit sein, dafür zu kämpfen. Dann wird es gehen. Dann wird das Verbrechen ausgetilgt, das heute am ganzen arbeitenden Volke begangen wird“ (Frölich, S. 30).

Anmerkungen

1 Unser Beitrag fand sogar in etwas aktualisierter Form, die in der Zeitschrift *Arbeiterpolitik* erschienen ist, Eingang in das *Labournet*.

2 Der Artikel wurde aus redaktionellen Gründen am 07.03.2008 abgeschlossen.

3 TRANSNET Hauptvorstand, *Zukunft hat Vergangenheit*, 110 Jahre Gewerkschaft bei der Bahn 1896 – 2006, Hof 2006, S. 7 ff.

4 Paul Frölich: *Das Verbrechen an den Eisenbahnern. Der Februar-Streik und seine Lehren*, Berlin 1922, *Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten*, 40 Seiten. Vgl. auch: *Streiks in gemeinwirtschaftlichen Betrieben*, in: *Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Nr. 6, 32. Jahrgang, Berlin 11. Februar 1922.

5 Claus Weselsky als stellvertretender Vorsitzender hat sich im Rahmen des Ultimats an den Bahnvorstand zur Unterzeichnung des Lokführertarifvertrages am 7. März allerdings entschieden erklärt – zum Erstaunen manch eines GDL-Mitgliedes; ein Linker ist Weselsky allerdings nicht, außerdem baut er viel zu sehr auf die Meinungsmache der Boulevard-Presse.

6 Manfred Schell trat dennoch als entschiedener Gegner der Bahnreform auf: „Ich konnte nicht erkennen, dass eine Privatisierung der Bahn allein reicht, mehr Verkehr auf die Schiene zu bekommen. Auch nicht, dass durch sie die Arbeitsplätze gesichert wurden. Von rund 400.000 gibt es heute noch die Hälfte. Ich war auch überzeugt davon, dass die Privatisierung den Verkehr in der Fläche ausdünnen würde. Auch das ist geschehen.“ (Gesprochen im Januar 2004)

7 Nach einem persönlichen Bericht eines Teilnehmers an einer Veranstaltung mit Claus Weselsky in Berlin (veröffentlicht im *Bahnerforum*) erklärte dieser, „dass das Problem mit den Zugbegleitern und Gastro (die zu wenig bei uns organisiert seien – 33%! sind nun wirklich nicht wenig) darin zu suchen sei, dass ihr BILDUNGSGRAD niedriger sei. Sie haben ein anderes Ausbildungslevel und damit auch eine andere berufliche Identität. Deshalb könnte die GDL sie nicht so leicht organisieren.“

8 Auf der bereits erwähnten Veranstaltung erklärte Claus Weselsky im Gegensatz zu früheren und späteren Äußerungen, dass „ein unbefristeter Streik SOZIALROMANTIK“ sei.

9 In der Mitarbeiterzeitung der DB AG „DB WELT – Mobility Networks Logistics“ schreibt Hartmut Mehdorn in einem Mitarbeiterbrief: „Die Entgelterhöhung ist jedoch wirtschaftlich für unser Unternehmen nicht mehr verkraftbar. Allerdings hätten wir durch weitere Streiks in erheblichem Umfang weitere Kunden und damit Geschäft verloren. Nur deshalb haben wir uns am Ende zu diesem Kompromiss durchgerungen. Eins ist klar: Wir werden unsere Wettbewerbsfähigkeit nur halten können, wenn wir jetzt konsequent gegensteuern.“ Und als Autorität in Sachen Solidarität führt Mehdorn – mit ihm Magret Suckale – ausgerechnet den Vorstand der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie an, der sagt: „Eine Gruppe nutzt ihre Macht aus, ohne solidarisch auf die andere zu achten...“ (Ausgabe 02/08, S. 1)

10 Sehr wahrscheinlich werden wir noch eine Fortsetzung unseres Artikels zu schreiben haben. Aber wenn man aus der Bewegung heraus schreibt, muß man immer mit Folgebeiträgen rechnen.

Privatisierung und Schule

Warum und wie greift die Privatisierungswelle auch auf das Schulwesen über?

In der Ausgabe Nr. 158 der *Arsti* wurde bereits grundsätzliches zur Privatisierung herausgearbeitet und die Ursache dafür benannt: „Anlage suchendes Finanzkapital drängt auf profitable Verwertung. Akkumulation bezieht Bereiche, ... mit ein, die bisher nicht direkt der Mehrwertproduktion ... unterworfen waren.“ Dafür müsse der Staat interessante Verwertungsgebiete nicht nur räumen, „sondern diese auch so umformen, dass sie dem Finanzkapital profitabel, also zur Anlage geeignet erscheinen“.

Das können Staatsbetriebe sein, aber auch Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Bildungsbereich gehört dazu. Im o.g. Artikel wurde auf die Privatisierung der Bahn AG und bei Hochschulen eingegangen. Aber wie sieht es damit im Schulwesen aus? Findet auch hier Privatisierung in relevantem Umfang statt? Schließlich legt der Art 7 des Grundgesetzes fest: (1) „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Schützt dieser Passus die Schulen vor dem Zugriff privater Interessen und Investoren? Genau

das tut er nicht, denn wenig später heißt es im gleichen Artikel (4) „Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet.“ Somit wird das Prinzip der Staatlichkeit der Schulen partiell aufgehoben und gleichzeitig ein Einfallstor aufgemacht, vor dem seit einigen Jahren das Gedränge immer größer zu werden scheint.

Im Folgenden soll die Entwicklung in knapper Form skizziert und an zwei Beispielen näher erläutert werden.

Der aktuelle Stand in Zahlen

Im Schuljahr 2005/06 besuchten bundesweit 873 000 Schülerinnen und Schüler eine Privatschule, ein Anstieg von 52 Prozent gegenüber 1992. Auch die Zahl der Privatschulen war in dieser Zeit um 43,5 Prozent auf 4637 gestiegen. Sie teilen sich auf in 2765 allgemein bildende und 1872 berufsbildende Schulen.

Bei den allgemein bildenden Schulen sind die Gymnasien mit 40 Prozent am stärksten vertreten. Bei

den beiden christlichen Großkirchen mit zusammen 2134. Waldorfschulen sind mit 208 vertreten, Alternativschulen mit 85, internationale Schulen mit 50. Außerdem gibt es noch 20 Landerziehungsheime in privater Trägerschaft.

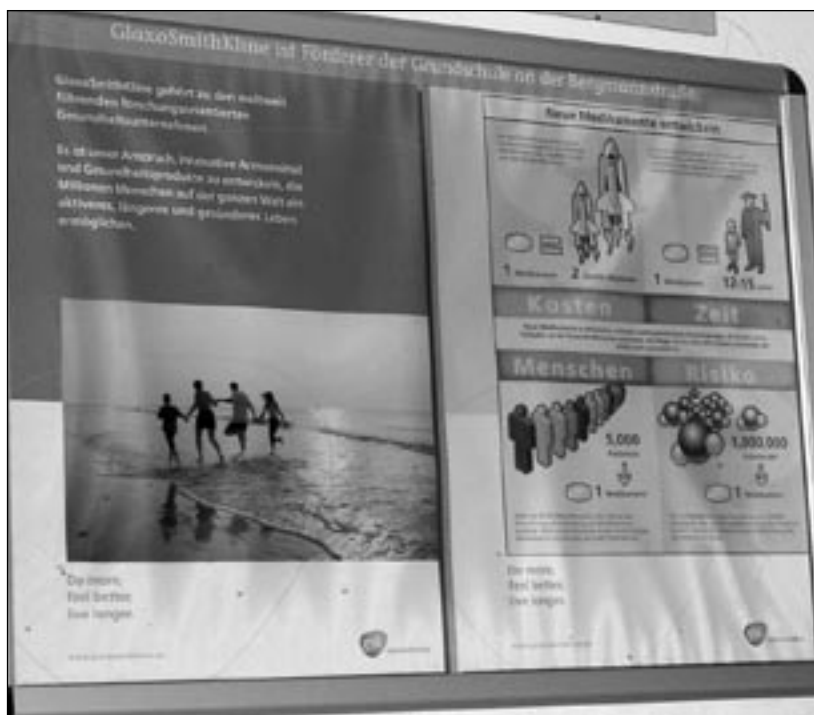
Bei diesen Schulen handelt es sich in der Regel um sog. Ersatzschulen, deren Bildungsgänge und Abschlüsse sich mit dem Angebot staatlicher Schulen vergleichen lassen. Daneben gibt es noch Ergänzungsschulen im berufsbildenden

Bereich, da der Staat für manche Berufe keine bzw. nur wenig Ausbildungsangebote macht.

Wie wird ein vorwiegend staatliches Schulwesen privatisiert?

Der Schriftsteller Bruno Preisendörfer schreibt in seinem vor wenigen Wochen erschienenen Buch mit dem Titel „Das Bildungsprivileg – Warum Chancengleichheit unerwünscht ist“ zum Privatisierungstrend im Schulwesen: „Der Wiederaufstieg konfessioneller und privater Lehranstalten,

von Grundschulen bis zu Gymnasien, ist Resultat und Zeichen des Niedergangs des staatlichen Schul- und Erziehungssystems.“ ... „Bei den Bestverdienern ist eine regelrechte Flucht aus dem staatlichen Schulwesen zu beobachten, und gut verdienende Mittelschichteltern machen sich Sorgen, ob ihre Kinder es in die Elite schaffen, wenn sie mit der Masse die Schulbank drücken.“ (S.78) Zu einer ähnlichen Einschätzung kam Tanjev Schulz in der Süddeutschen Zeitung, dessen Kommentar vom



Tafel eines Pharmakonzerns in einer Münchner Grundschule

der regionalen Verteilung ist Sachsen mit 11,4 Prozent aller Schüler an der Spitze, gefolgt von Bayern (9,8 Prozent) und Hamburg mit 7,9 Prozent. Im Vergleich zu anderen Ländern ist der Anteil der Privatschüler in der Bundesrepublik (noch) gering (lediglich 6,7 Prozent aller Schüler bzw. jeder 14. Schüler). Zum Vergleich: Niederlande: 76,4 Prozent, Großbritannien 40,6 Prozent und Frankreich 21,3 Prozent. Die wichtigsten Träger privater Schulen sind

22.12.07 überschrieben war mit „Privatschulen im Boom – Die Abwendung von staatlichen Lehranstalten vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich“.

Beispiel Phorms

Wenn in den letzten Jahren von Privatschulen die Rede war, standen nicht so sehr die seit langem bestehenden kirchlichen oder vergleichbar weltanschaulich geprägte Schulen, die ja nach wie vor die Masse ausmachen, oder die traditionellen Internatsschulen nach Art von Salem im Mittelpunkt des Interesses. Vielmehr geht der Trend dahin, Schulen zu gründen, um damit Rendite zu machen.

„Die Aktiengesellschaft ‚Phorms‘ gründet immer mehr Schulen in Deutschland – und der Staat schaut zu“ (SZ, 29.10.07)

„Wir haben uns überlegt, was werden die Kinder in 20 oder 30 Jahren brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen“, so kurz und prägnant umschreibt die Vorstandsvorsitzende der Phorms Management Aktiengesellschaft (AG) die Ausgangslage für ein Schulkonzept, dessen Zweck es ist, die Aktionäre der Gesellschaft längerfristig mit einer steigenden Rendite zu bedienen. Das Konzept ist ein Schneeballsystem. Die AG gründet bundesweit Landesgesellschaften, die wiederum als Trägerinnen von Schulen dienen. Die AG vergibt Startkredite und verkauft Dienstleistungen: Marketing, Personalauswahl, Computertechnik etc. Die Schule bezahlt Gebühren. Je mehr Schulen entstehen, desto lohnender wird das Investment. Unter den bisherigen Aktionären befinden sich illustre Namen wie der von Rolf Schmidt-Holtz, Vorstand von Sony.

2006 startete das Unternehmen mit einer Grundschule in Berlin. München, Frankfurt und Köln sind inzwischen beteiligt. Hamburg und Hannover sind im Visier. Die Schulen bieten viel, um den Kindern ihrer Kunden (Eltern) beste Chancen auf einem internationalisierten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, also deren spätere Arbeitskraft optimal zuzurichten. Als gymnasialer Abschluss wird neben dem deutschen Abitur das International Baccalaureate Diploma (IB) ermöglicht, das ein Studium an

den meisten Universitäten weltweit in Aussicht stellt. (Für die, die es sich leisten können). Der Unterricht ist bilingual (Englisch, Deutsch), die Betreuung ganztätig, kleine Klassen, kein Sitzenbleiben, gesundes Mittagessen und Unterrichtsbeginn erst um 9 Uhr. Außerdem unterrichten zwei Lehrkräfte pro Team. Für die Kinder unserer Leistungsträger also nur vom Feinsten. Damit stellt diese Schule jede staatliche Schule in den Schatten und hat im Ranking von Anfang an die besseren Karten. Chancengleichheit nur innerhalb der Klasse, also für die Kinder der Bourgeoisie. Sie nennen das Chancengerechtigkeit. Die Begrifflichkeit passt sich den gesellschaftlichen Gegebenheiten an.

Bei Phorms wird über Geld wenig gesprochen, es wird wohl vorausgesetzt. Der Besuch der Berliner Phorms Schule soll monatlich 220 bis 860 € kosten. Die Berechnungsgrundlage ist etwas unübersichtlich, was möglicherweise nicht zufällig ist. Weitere Gebühren kommen noch dazu.

Eltern, die ihre Kinder auf Privatschulen schicken, werden steuerlich begünstigt. Sie können 30 Prozent des Schulgeldes als Sonderausgaben absetzen. „Das sind im Fall von Salem bei vollem Schulgeld 9 300 €, was je nach Steuersatz zu einer Entlastung des Salemkunden und dementsprechend zu Mindereinnahmen des Staates von bis zu 4 000 € jährlich führt.“ (Preisendörfer S.85) Warum eigentlich? Muss der Besuch einer elitären Privatschule auch noch steuerlich gefördert werden?

Dass von einem höheren Anteil an Privatschulen an sich schon eine gesteigerte Qualität der Ergebnisse abgeleitet werden könnte, widerlegt das Beispiel Finnland mit einem Privatschüleranteil von nur 5,2 Prozent.

Beispiel Klett/SIS

Wer heute schulpolitisch auf dem neuesten Stand sein möchte, sollte regelmäßig einen Blick in den Wirtschaftsteil der jeweiligen Tageszeitung werfen. So berichtete Anfang Februar 2008 die Süddeutsche Zeitung – etwas verspätet – von einer Entwicklung bei der Klett-Gruppe, die aufhorchen lässt. „Weil das Geschäft mit Büchern stagniert, eröffnet der Klett

Verlag nun eine Ganztagschule“, wird der Vorgang zusammengefasst. Was steckt dahinter? Warum begibt sich ein Schulbuchverlag auf neues Terrain? Als Grundlage ein paar Daten: Die Klett-Gruppe ist mit rund 70 Unternehmen an 36 Standorten in 13 Ländern präsent. Sie erwirtschaftete 2006 nach eigenen Angaben mit rund 2700 Beschäftigten einen Umsatz von über 400 Millionen Euro. Während Klett bis Ende der achtziger Jahre damit beschäftigt gewesen war, andere Schulbuchverlage aufzukaufen und sich so zum größten deutschen Schulbuchverlag gemausert hatte, legte die Mediengruppe, die auch 50 Zeitschriften herausgibt, nach 1990 ihr Hauptaugenmerk auf die Expansion gen Osten, wo nach der kapitalistischen Restauration angepasste Bildungsmedien auf marktwirtschaftlicher Grundlage zu entwickeln waren. Dieser Prozess scheint im Wesentlichen abgeschlossen zu sein. Der Jahresumsatz war von 2005 auf 2006 nur von 352 auf 406 Millionen € gestiegen, womit deutlich wurde: Das Geschäft mit Schulbüchern stagniert(!). „Ein neues Geschäftsfeld, das Geld bringt, musste her“ (SZ). Deshalb war naheliegend, dass sich die Klett-Gruppe, die zwar Erfahrung mit Schulbüchern hat, nicht aber mit Schulmanagement, einen versierten Partner ins Boot holte. Der Geschäftspartner heißt Kalaidos, ein Schweizer Bildungsunternehmen, das 2006 einen Umsatz von 117 Milli-

Welche staatliche Schule kann da schon mithalten?

„An der SIS Swiss International School können Kinder sowohl die deutsche als auch die englische Sprache immersiv erlernen, auch wenn ihre Muttersprache weder Deutsch noch Englisch ist.“

Die Immersionsmethode – also das vollständige ‚Eintauchen‘ in eine Sprache, auch ‚Sprachbad‘ genannt – und muttersprachliche Lehrkräfte beider Sprachen ermöglichen den Lernenden einen Zugang zu den rationalen, emotionalen und kulturellen Dimensionen der Zielsprache. Dies ist die Grundlage für die Entwicklung einer umfassenden und ganzheitlichen Sprachkompetenz.“

(Homepage der Schule Fellbach)

onen CHF machte. Das Unternehmen betreut etwa 17 000 Kunden nach firmeneigener Lesart. Das Ergebnis: SIS (Swiss International School). Ein Joint Venture der Klett Gruppe und der Kalaidos Bildungsgruppe Schweiz, die seit 1999 zweisprachige Ganztagschulen mit internationaler Ausrichtung in der Schweiz betreibt. Die SIS startet im Schuljahr 2008/09 mit einer Ganztagschule in Fellbach bei Stuttgart. In einer Presseerklärung heißt es: *„Mit durchgängig zweisprachigem Unterricht und Schulalltag in Deutsch und Englisch sowie deutschen und internationalen Abschlüssen richtet sich die Schule an einheimische und international mobile Familien. Sie führt ihre Schülerinnen und Schüler von der Grundschule über das Gymnasium bis zur Hochschulreife.“*

Für diesen hehren Zweck müssen die interessierten Eltern pro Monat einen Betrag von 600 € aufwärts berappen, natürlich auch über die Ferien hin. Zahlbar quartalsweise im Voraus. Dazu kommen noch diverse Auslagen wie etwa eine Aufnahmegebühr. Seit neuestem wird auch ein Kindergarten (ab 500 €) angeboten, damit der Elitenachwuchs von Anfang an unter sich ist. Um den Vorwurf, elitär zu sein, zu entkräften, will SIS Stipendienplätze für finanzschwächere Schüler anbieten, die von einer Stiftung zur Verfügung gestellt werden.

Die Anlaufkosten sollen sich auf 775 000 € belaufen, wobei die Stadt Fellbach und die in Fellbach beheimatete Eisele Stiftung je einen Betrag von 150 000 € zuschießen sollen. Somit handelt es sich bei dieser Schule um ein PPP-Projekt. Dass die Kommune an den späteren Gewinnen anteilsmäßig beteiligt wird, davon ist nicht die Rede. Sollte sich die Schulgründung auf dieser Grundlage rechnen – und alle Beteiligten sind überzeugt davon – sind weitere Standorte geplant.

Warum eignet sich Fellbach besonders für den Einstieg in das neue Firmensegment von Klett und Kalaidos? Die *„Stadt der Weine und Kongresse“* sei ein *„starker Wirtschaftsstandort“* in der Boomregion Stuttgart *„mit 480 Arbeitsplätzen pro 1000 Einwohner“* und einem *„Einkommensüberschuss von fast 4000“* ist der amtlichen Homepage der Stadt zu entnehmen. Außerdem verfügt die Stadt über die bereits erwähnte

Eisele Stiftung, die sich bereit erklärt hat, mit jährlich bis zu 50 000 € einzelnen Schülern unter die Arme zu greifen. Also beste Voraussetzungen für einen gewinnorientierten neuen Schulstandort. Mit Stiftungen ist Baden – Württemberg gesegnet: 1700 kann das Ländle aufweisen und befindet damit an der Spitze aller Bundesländer. Auf den Regierungsbezirk Stuttgart entfallen über 300 dieser privaten Fördertöpfe.

Das Beispiel Fellbach widerspricht auch der oft geäußerten Ansicht, es seien vor allem die finanziell ausgetrockneten Kommunen, die für Privatisierungsangebote anfällig sind.

Das Anlage suchende Finanzkapital sondiert mit Phorms, SIS und ähnlichen Unternehmungen schon mal das Terrain, gibt sich aber damit nicht zufrieden. Es geht um andere Größenordnungen und dafür nimmt man das gesamte staatliche Schulwesen ins Visier, um sich dann die profitabelsten Segmente herauszupicken.

„Das radikalste Privatisierungskonzept...“

aus dem Unternehmerlager“ ist im *„Jahresgutachten 2007“* des *„Aktionsrat Bildung“* enthalten. (H. Bethge in *Marx. Blätter* 3/07) Dieser sog. Aktionsrat sieht sich als *„ein Expertengremium renommierter Bildungswissenschaftler, das sich 2005 auf Initiative der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. konstituiert hat“* und die Interessen eben dieser vbw in den Bildungsbereich transportiert.

Die entscheidende Aussage in dem Jahresgutachten ist auf S. 153 zu finden, wo gefordert wird *„Schulen werden weiterhin öffentlich finanziert, jedoch in privater Trägerschaft organisiert“*. Gefördert werden soll auch eine Konkurrenz unter den privatisierten Schulen über ein Finanzierungskonzept, das eine Basisfinanzierung vorsieht und *„eine von den Schülerzahlen abhängige Prämie“*. (S.155) Beklagt wird der mentale Zustand des vorhandenen Personals, denn *„deutsche Lehrkräfte verstehen sich nicht als Personal in einem Unternehmen“* (S.103) Da müsste nach Ansicht der Experten noch schwer gearbeitet werden, um aus PädagogInnen Perso-

nal zu machen. Das Instrumentarium dazu wird im Kapitel Personalentwicklung benannt: *„Die Lehrlizenz für pädagogisches Personal ist grundsätzlich befristet und wird von erfolgreichen Personalentwicklungsmaßnahmen abhängig gemacht.“* (S.154) Das Schulmanagement der einzelnen Schule stellt das Personal bedarfsgerecht ein, was sich dann Schulautonomie in Personalfragen nennt. Die bisherige, weitgehend nachvollziehbare Besoldungsstruktur (was immer man mit Fug und Recht daran aussetzen mag) wird ersetzt durch eine individuelle *„leistungs- und belastungsbezogene Besoldung“*. Nach diesen Veränderungen konkurrieren wie in Großbritannien die einzelnen Schulen miteinander um Schülerinnen und Schüler. Nicht alle Schulen können erfolgreich sein. Es entsteht ein Markt mit Gewinnern und Verlierern. Damit wäre die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft am Ziel.

Nun ist die vbw eine Organisation mit besten Kontakten zur bayerischen Staatsregierung, und man könnte annehmen, der Umsetzung dieses bildungspolitischen Konzeptes stünde nichts im Weg. Dem ist aber nicht ganz so. Zwar ist man im Umfeld der Staatsregierung stets emsig bestrebt, den Professoren des Aktionsrats zuzustimmen und deren neoliberales Gedankengut in den Bildungseinrichtungen zu verankern. Wenn es aber um konkrete Umsetzung geht, schreckt man (noch) vor der Zertrümmerung bisheriger staatlicher Strukturen zurück. Während ein Wirtschaftsverband bei der Propagierung eines Schulkonzeptes im Interesse des Kapitals kaum ein Risiko eingeht, muss eine in der Fläche und im Geflecht unterschiedlicher und teils gegensätzlicher Interessen stark verankerte politische Kraft wie die CSU auf verschiedene Faktoren Rücksicht nehmen. Die unter Ministerpräsident Stoiber handstreichartig übergestülpte Schulzeitverkürzung an den bayerischen Gymnasien dürfte mit den immer wieder aufflackernden Protesten von Elternseite der Partei eine Lehre sein und sie veranlassen, bei weiteren Veränderungen umsichtiger zu Werke zu gehen. So reagiert man ziemlich allergisch auf alle Forderungen, die auf Strukturveränderung im Schulwesen zielen.

Der schleichende Weg in die Privatisierung

Eine vorhandene Organisationsstruktur zu zerschlagen ist immer auch mit Risiken verbunden. Vertritt der Staat zu sehr die Interessen einzelner Kapitalfraktionen, kann das Gesamtgefüge schnell in eine Schiefelage geraten. Weniger riskant ist deshalb eine Vorgehensweise der kleineren Schritte hin zu überschaubaren Formen der Teilprivatisierung. Und so orientieren immer mehr Kommunen auf Public-Private-Partnership (PPP), d.h. auf eine längerfristig vertraglich geregelte Partnerschaft zwischen öffentlichen Einrichtungen und der Privatwirtschaft. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung durch ein von der rosa-grünen Bundesregierung 2005 verabschiedeten PPP-Beschleunigungsgesetz.

„In der Tat: Von Kiel bis Freiburg, von Halle an der Saale bis Witten – PPP-Schulprojekte sprießen aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen“, heißt es in einem Privatisierungsreport der GEW. Da werden an einer Schule die Reinigung der Klassenräume und die Kantine *outsourct*. Das sind jedoch eher Peanuts im Verhältnis zu Projekten wie etwa im Landkreis Offenbach, wo Tochtergesellschaften der Baukonzerne Hochtief und SKE das Gebäudemanagement von 50 Schulen für 15 Jahre übernommen haben. Vertragseinzelheiten werden als Geschäftsgeheimnis betrachtet. Der Baukonzern Hochtief AG mit weltweit 41 000 Beschäftigten betreibt im Bereich Schulen derzeit 80 Projekte



in mehreren europäischen Ländern. Im Kreis Offenbach sind es insgesamt 284 Schulgebäude. In Leverkusen investiert der Konzern in die Sanierung und Modernisierung des Berufsschulzentrums 26 Millionen Euro. Neben den Firmen, die am Gebäudemanagement von Schulen interessiert sind, sind Bildungskonzerne wie etwa die Bertelsmann Stiftung dabei, auf die inneren Abläufe von Schulen Einfluss zu nehmen. „In großem Stil betreibt die Bertelsmann-Stiftung Public-Private-Partnership.“ (H. Bethge)

So wurde in NRW bereits 1997 das Projekt Schule und Co in Zusammenarbeit mit dem Land begonnen. Ziel sollte die Verbesserung des schulinternen Managements sein. Das Projekt wurde inzwischen ausgeweitet und unter dem Begriff „Selbständige Schule“ territorial ausgeweitet. Die Beteiligung von GEW und DGB zeigt, dass sich viele in den Gewerkschaften Illusionen machen über die Zielsetzung der Stiftungsfirma Bertelsmann. Sie sehen in erster Linie die Gelder, die vorgestreckt werden und verschließen die Augen vor den Folgen der Einflussnahme. Wie sollte es aber auch anders sein in Anbetracht des kaum noch vorhandenen Klassenbewusstseins selbst bei gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen.

Ausblick

Zwar sind seit einiger Zeit wieder relevante Teile der Bevölkerung mit der Schulpolitik deutlich unzufrieden (G 8, große Klassen, Stunden-

ausfall, Überforderung...) und tragen dazu bei, dass Schulpolitik als Teil der Bildungspolitik in der Öffentlichkeit diskutiert und bei Wahlen thematisiert wird (Bsp. Hessen, Niedersachsen, Hamburg), aber betroffene Eltern suchen häufig konkrete Lösungen und versuchen der Schulmisere zu entfliehen, indem sie ihre Kinder auf eine Privatschule schicken (sofern sie es sich leisten können). Das nimmt Druck weg und befördert die Vorstellung, Privatschulen seien eine erstrebenswerte Alternative. Es müsste eigentlich genügend Leidensdruck für einen radikalen Umbau des staatlichen Schulwesens geben. Nur dieser Umbau würde weiterer Privatisierung das Wasser abgraben. Alle bürgerlichen Parteien weigern sich aus nachvollziehbaren Gründen, das Bildungsprivileg, das eine Grundlage für Privatschulen (und Gymnasien) ist, anzutasten. Nur die Partei *Die Linke* positioniert sich vor allem dort, wo sie noch nicht in den Landesparlamenten sitzt, zugunsten eines öffentlich verantworteten Schulsystems und gegen Privatisierung bzw. Teilprivatisierung. In Berlin, wo die Linkspartei an der Regierung beteiligt ist, können sich allerdings die Phorms Schulen ungehindert ausbreiten. Unterdessen wird in der Bundesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der Linkspartei ein konsequent öffentliches Schulwesen propagiert. Die Frage der Glaubwürdigkeit stellt sich jedoch immer in der Praxis. Die marxistische Linke ist gut beraten, die Entwicklung mit Skepsis zu verfolgen.

26.2.08 / he

August Thalheimer Über die Kunst der Revolution und die Revolution der Kunst Ein Versuch



Broschüre, DIN-A5
64 Seiten, 6,-
Herausgegeben von
Heiner Jestrabek.

Das Essay des oppositionellen Kommunisten Thalheimer entstand Ende der 1940er Jahre im kubanischen Exil. Es beinhaltet Reflexionen zur marxistischen Ästhetik und zur Kritik der damaligen Sowjetunion. Ein großer Teil der Schriften Thalheimers aus dem kubanischen Exil ging verloren. Jetzt liegt dieser wichtige Text erstmals vollständig vor. Mit editorischen Vorbemerkungen

und einer Einführung von Theodor Bergmann.

Bestellungen an:

Deutscher Freidenker-Verband Ost-
württemberg e.V., Hellensteinstr. 3,
89518 Heidenheim
oder
T. Gradl, Postfach 910307,
90261 Nürnberg

WSI-Verteilungsbericht 2006

Weiter klamme Kasse bei der Masse

Inmitten des europäischen Teils des Erdenrunds sah zu Weihnachten 2007 das Titelblatt der führenden Wirtschaftszeitung *Handelsblatt* ganz Deutschland flächendeckend erleuchtet von strahlendem Silberglanz. Eine versteckte Botschaft? Wenn's *uns* nicht *gold* geht – so doch wenigstens *silbern*? Der Bericht zur vorjährigen Einkommensentwicklung 2006 in der Novemberausgabe der Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung kann selbst das nicht bestätigen. Trotz des bereits 2006 wirksamen Konjunkturaufschwungs nimmt die Schieflage von Lohn- zu Gewinn- und Vermögenseinkommen noch zu, geraten immer mehr Menschen dauerhaft in die Armutsfalle oder



müssen irgendwie zu ihren Lasten den Widrigkeiten prekärer Lebenslagen begegnen.

An der Bruttolohnquote des Volkseinkommens werden die jährlich durch (lohn-)abhängige bzw. unselbständige Beschäftigung erlangten Einkommen deutlich. Etwa neunundachtzig Prozent der Bevölkerung fallen unter diesen Status. Konnte dieser Bevölkerungsanteil seit 1990 bei ein- bis zweiprozentigen Schwankungen nach oben über sieben Prozent des Volkseinkommens für sich verbuchen, erfolgte seit 2004 ein stufenweises Absacken auf 65,6 Prozent in 2006. In diesem Zeitraum traten zudem die Hartz-Deformen in Kraft. In wessen Garten fiel der Überschuss der erzielten Ernte? Die Bruttogewinnquote aus Unternehmens- und Vermögensgewinnen stieg von 29,2 Prozent (2003) auf 34,4 Prozent in 2006.

Da die Finanzierung des Sozialstaates (Altersrenten, Kranken- und Erwerbslosenversicherung) überwie-

gend aus Lohnbestandteilen erfolgt – ein Drittel der Bruttolohnquote nimmt den Umweg über die Kassen der Sozialversicherungszweige –, gilt dies ähnlich für die Finanzierung des Staatshaushalts großenteils aus Massen(verbrauchs)steuern. Betriebsschließungen mit Zigtausend *Freigesetzten* und der Rückgang tariflich entlohnter Normalarbeitsverhältnisse durch staatliche Begünstigung schlecht bezahlter Beschäftigung erzwingen relativ hohe Abgabenquoten bei *Normalverdienern*, die aber umverteilt durchaus nachfragewirksam bleiben. Zusammen mit der tarifpolitischen Bescheidenheit ist das im Rückgang der Nettolohnquote seit 1991 von 48,1 Prozent auf 40,5 Prozent in 2006 bei einer durchschnittlichen Bruttolohnsteuerbelastung von 17,5 Prozent reflektiert. Die vom WSI-Autor Claus Schäfer geäußerte Kritik an der gewiss zu geringen Nettolohnquote und ihrem zu geringen unmittelbaren Kaufkraftpotential für den Binnenmarkt bleibt verkürzt, wenn

Aus LEIPZIGS NEUE

Rufmord

Christel Wegner, Fraktionsmitglied der LINKEN im niedersächsischen Landtag und Mitglied der DKP, wolle die Staatssicherheit wieder einzuführen. In diesem Stil fälschte die bundesdeutsche Medienwelt den diffamierenden Panorama-Beitrag vom 14. Februar „Auferstanden aus Ruinen – die Wiedergeburt der DKP“.

Unverständlich, dass in diese Falle eines politischen Gesinnungsjournalismus nicht nur die sozialistische Tageszeitung *Neues Deutschland* tappte, sondern sich auch gleich die gesamte linke Führungsspitze konsterniert von der Kommunistin Wegner distanzierte – und inzwischen jegliche Zusammenarbeit mit DKP Mitgliedern ablehnt. Ohne Kenntnis ihrer wirklichen Aussagen forderte man – schon *vorab* von Panorama instruiert –, sie solle ihr Landtagsmandat zurückgeben. Feine Freunde.

In wenigen Minuten kann jeder die Wegnersche Originalaussage im Internet anhören. Was auch das ND

nicht für nötig hielt. Es druckte – vergessend, dass zu überprüfen ist, was einem bürgerliche Presseagenturen unterjubeln – einen Text der Nachrichtenagentur AFP: „Wegner ... hatte im ARD-Fernsehen erklärt, bei Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung werde ein Organ wie die DDR-Staatssicherheit ‚wieder gebraucht‘, um ‚reaktionäre Kräfte‘ abzuwehren.“

Erstens fiel bei ihr weder der Begriff *Staatssicherheit* noch *Terrorbekämpfung* (wie bereits einige Zeitungen phantasievoll zulegte) und zweitens wurde hier in gewohnter Manier ein Zitat so zurechtgestutzt, wie man es kurz vor der Hamburger Wahl einfach brauchte. Denn wer Ohren hat zu hören, und vor allem, wer hören will, der hörte die von ihrer neuen Verantwortung noch sichtlich irritierte Frau auf die süffisant gestellte Frage, was Stasigefängnisse und Mauertote mit einem humanistischen Erbe der DDR zu tun hätten, antworten: „Jeder Staat versucht ja sozusagen, sich vor Angriffen von außen zu schützen“. Und nach einer Pause, in der eine Hintergrund-Stimme irgendwie versuchte, einen von Frau Wegner nicht formulierten Bezug zur Gegenwart herzustellen: „Ich denke nur, wenn man eine andere Gesellschaftsform errichtet, dass man da sogar so ein Organ

der Verweis auf die von Regierung und Unternehmern zum Zweck der Lohnsenkung mittels Kürzung der Sozialbeiträge gezielt unter Druck gesetzte Bruttolohnquote ausbleibt. Das effektive monatliche Arbeitseinkommen erreichte im Jahresdurchschnitt 2006 bei Vollzeitbeschäftigten der Industrie in Westdeutschland 3568 Euro. Im Osten nur mit 70,4 Prozent dieser Durchschnittslohnhöhe entgolten, fielen Beschäftigte dort um mehr als ein Prozent (2005: 71,7 Prozent) zurück.

Die kräftige Zunahme der Bruttogewinne der Kapitalgesellschaften kommentierte die Deutsche Bundesbank als weiterhin deutliche Verbesserung der Ertragslage. Denn nach dem 2004 angefallenen Sprung von 18,5 Prozent auf 391,37 Mrd. € (2003: 330,40 Mrd. €), fand die Serie 2005 Fortsetzung auf 428,36 Mrd. € (plus 9,5 Prozent) und weiter 2006 zu 472,48 €, einem Plus von 10,3 Prozent. Fiel 2003 an direkten Steuern seitens der genannten Unternehmensform 16,18 Mrd. € an, beziffert sich 2004 der steuerliche Zufluss auf 20,72 Mrd. € und folgt diesem Trend über 2005 von 24,64 Mrd. € hin zu 31,70 Mrd. € in 2006. Da aufgrund indirekter und somit ungenauer Methoden die gesamten Unternehmensnettogewinne

nur annähernd benennbar sind, bleibt die zu hoch beklagte Steuerlast unter Berücksichtigung der vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten nach Ansicht von Claus Schäfer „generell ein Mythos“.

Das Auseinanderdriften der Einkommensverteilung zwischen dem oberen wie unteren Rand gewann seit Abschaffung der Arbeitslosenhilfe neue Schubkraft. Bereits ein Zehntel der Bevölkerung lebt in verfestigter Armut mit typischen Milieudéfiziten des Wohnungsumfelds. Neue Armutsberichte und offenkundiges Lohndumping als Ergebnis der Politik vorangegangener Jahre verunsichern die Volksparteien der Großen Koalition. Claus Schäfer konstatiert aber nur halbherziges punktuell Gegensteuern, weil man „hartherzig“ Ursachen und Auswirkungen ignoriert. Wenn die neueste OECD-Skala die Armutsschwelle bei einem monatlichen Einkommen von 938 € definiert, verweisen die aktuell geleisteten Transfersätze auf Notlagen, die infolge der Knappheit reell entlohnter Arbeitsstellen ein Abrutschens des Lohnniveaus bedingen und Lebenshaltungsansprüche nach unten wegdrücken. Ein Blick in die Jahresendkommentare der deutschen *Qualitätspresse* bestätigt den

von Claus Schäfer kritisierten „Paradigmen-Mix“ der Verteilungspolitik: „Sozialer Ausschluss und insbesondere Niedriglohnbezug oder Armut sind größtenteils selbstverschuldet, bisherige Sozialleistungen haben diese Probleme eher verstärkt als gelöst, mehr und bessere Sozialleistungen sind kaum noch finanzierbar, und mehr soziale Ungleichheit ist nötig als Anreiz für mehr Leistung wie für den Ausstieg aus Armuts- bzw. Sozialstaatsfallen.“

Ob die diesjährigen Tarifrunden den Trend der Verteilungsrelation umkehren oder wenigstens doch aufhalten können, bleibt fraglich. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung erwartet nur geringe Einkommenszuwächse von 0,8 Prozent infolge des Anstiegs der Verbraucherpreise. Nicht zuletzt wird das erwartete Nachlassen der konjunkturellen Dynamik den erreichten höheren Beschäftigungsstand reduzieren und damit den Lohnanteil am Volkseinkommen ohnehin wieder schmälern.

WSI-Mitteilungen 11/2007, S.579-588,
Einzelheft (Format A 4) mit weiteren Themen ca. 60 S., 7,50 €
www.wsi.de WSI-Mitteilungen 11/07

braucht, weil man sich auch davor schützen muss, dass andere Kräfte, reaktionäre Kräfte, die Gelegenheit nutzen und so einen Staat von innen aufweichen“.

„Sogar“ sagte Frau Wegner und nicht „wieder“. Ich verstand das als Erklärung für die Nachkriegszeit und den Kalten Krieg, weil ein Staat, der sich nicht schützt, nicht überleben kann. Ein sozialistischer in einer kapitalistisch immer noch übermächtigen Welt schon gar nicht, egal wieviel eigenen Mist er produziert.

Von bürgerlichen Journalisten ist – erst recht nach den linken Wahlsiegen in Hessen und Niedersachsen und vor der Hamburger Wahl – kaum etwas anders zu erwarten, als dass sie sich (nicht zuletzt BND- und verfassungsschutzgesteuert) hechelnd an der Grundtorheit des 20. Jahrhunderts abrackern. Wie könnten sie auch anders, diese Marionetten, wenn eine Frau klarstellt, dass die Macht des Kapitals nur durch Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, Banken und Naturressourcen zu brechen ist.

M. Wartelsteiner

Noch ein sehr persönliches Wort nach 15jähriger Tätigkeit als Chefredakteurin bei LN: Dieter Dehm, der sich gegen vorschnellen Dogmatismus in seiner

Partei wandte, solle die „Klappe halten“, sagte Wahlkampfleiter Ramelow (der nichts dagegen hatte, dass Christel Wegner der Linken womöglich entscheidende Stimmen aus DKP- und vor allem aus Gewerkschaftskreisen brachte).

Ich hoffe, Charaktere wie Dehm bieten weiter paroli. Ich aber bin es leid, mich für eine eiskalte Linkspartei zu engagieren, die auf einem „wieder“ beharrt, das es nicht gab. Ich bin jetzt 60 und habe in meiner Überzeugung von der Wichtigkeit und Richtigkeit des Sozialismus für die Menschen manches mitgemacht, worauf ich heute nicht gerade stolz bin. Manches kann ich mit dem Kalten Krieg entschuldigen. Heute hätte ich keine Entschuldigung mehr vor mir, weil ich weiß, auch eine Partei hat nicht immer recht. Meine ganze Solidarität gehört Christel Wegner.

M. W.



LEIPZIGS NEUE
linke Zweiwochenzeitung für Politik, Kultur
und Geschichte.

redaktion@leipzig-neue.de, Tel.: 0341/2132345

Redaktion „Leipzigs Neue“
Braustrasse 15, 04107 Leipzig

Putsch der bayerischen Hausärzte

Die bayerischen Hausärzte proben den Systemausstieg aus der kassenärztlichen Vereinigung. Sollte dieser Schritt realisiert werden, so handelte sich dabei um eine historische Zäsur mit bundesweiter Signalfunktion, die auch für die politische Linke von Interesse ist. Dabei passt ein solcher Schritt gut in die allgemeine Entwicklung des Gesundheitswesens, die sich kurz auf den Nenner bringen lässt: Weg von staatlich regulierter Gesundheitsversorgung – hin zum lukrativen Gesundheitsmarkt und privater Absicherung. Um das Wesen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) besser einschätzen zu können lohnt sich ein kurzer Blick in die Geschichte der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Dabei sind für die aktuelle Diskussion insbesondere zwei Aspekte interessant: Die Geschichte der KV und die Entwicklung der Kassen.

Geschichte der Kassenärztlichen Vereinigung (KV)

Zu Beginn der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts entstanden die kassenärztlichen Vereinigungen in Deutschland. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen zwischen der Ärzteschaft, und den neu entstandenen und immer einflussreicher werdenden Krankenkassen. Traditioneller Weise war (und ist) die Versorgung der *Kassenpatienten* innerhalb der Ärzteschaft wenig beliebt, da eine Privatliquidation der Leistungen wesentlich gewinnbringender ist. Die Gründung der Kassenärztlichen Vereinigung stellt den Versuch dar den Krankenkassen eine ebenfalls mächtige Organisation entgegen zu stellen. In der Selbstdarstellung der KBV (Kassenärztliche Bundesvereinigung) heißt das folgendermaßen: Die Geschichte der KBV „... beginnt mit der Notverordnung durch die Regierung Heinrich Brünnings im Jahr 1932. Diese veranlasste die flächendeckende Gründung der KVen

und die Einführung des Kollektivvertrags. Die vorausgehenden scharfen Auseinandersetzungen zwischen Krankenkassen und Ärzten, die den Kassen im damaligen Einzelvertragssystem weitgehend schutzlos ausgeliefert waren, sollten so gestoppt werden.“¹

Ganz so schutzlos waren die Ärzte den Kassen nun doch nicht ausgeliefert. Gewissermaßen als Vorläuferorganisation der Kassenärztlichen Vereinigung war der Hartmannbund, bereits 1900 als Standesorganisation der Ärzte zur „Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen“ gegründet worden. Von diesem wurde 1923 der reaktionäre Berliner Ärztestreik organisiert. Insofern ist die als Körperschaft des öffentlichen Rechts gegründete Kassenärztliche Vereinigung gewissermaßen Ausdruck eines Kompromisses in der vorhergehenden scharfen Auseinandersetzungen. Zu Recht wird sie von links kritisiert: „Auch die heute wie ein Naturgesetz hingenommene Kassenärztliche Vereinigung entstand so, eine Körperschaft mit Zwangsmitgliedschaft aller Kassenärzte, in enger Verflechtung mit dem reaktionären Hartmannbund und dem faktisch alleinigen Recht auf Erteilung der Zulassung als Kassenarzt.“² Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass die Kassenärzte mit ihrer Mitgliedschaft in der KV auch ihr Streikrecht abgegeben haben und der Hartmannbund als eindeutige und reaktionäre Standesvertretung natürlich an Einfluss verloren hat.

Während des Faschismus wurden die regionalen Strukturen der Kassenärztlichen Vereinigung vereinheitlicht und dem zuständigen Reichsministerium unterstellt.³ In der Bundesrepublik wurde die staatliche Einflussnahme auf die kassenärztliche Vereinigung beibehalten. Sie firmiert heute als Körperschaft des öffentlichen Rechts und ist an die in den Sozialge-



setzbüchern festgeschriebenen Aufgaben gebunden. In erster Linie ist das der so genannte *Sicherstellungsauftrag*, d.h. die Sicherstellung der medizinischen Versorgung der gesamten Bevölkerung. Darüber hinaus haben die niedergelassenen Ärzte auf ihr Streikrecht verzichtet. Im Gegenzug wird ihnen in der KV eine Selbstverwaltung zugestanden.

Entwicklung der Krankenkassen

Die Geschichte der Krankenkassen reicht bis ins frühe 19. Jhd. zurück, als erste Unterstützungskassen der Gesellenvereinigungen entstanden. Gesetzlich verankert wurden die Krankenversicherungen im Deutschen Reich im Rahmen der Bismarckschen Sozialgesetzgebung (*Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter*, 1883). Das Gesetz wurde von der SPD aufgrund seiner Unzulänglichkeit abgelehnt. 1911 trat die Reichsversicherungsordnung (RVO) in Kraft. Diese regelte bis 1986(!) die Grundzüge der Krankenversicherung. „Die RVO ist die Geburtsurkunde der Ortskrankenkassen, die Selbstverwaltung der Kassen wurde zu Gunsten der Fabrikbesitzer und ihres Staates umgestaltet.“⁴ Damit erhielten die Unternehmervetreter mehr Mitsprachemöglichkeit in den bis dahin weitgehend selbst verwalteten Kassen. Der Beginn des 20. Jahrhunderts war geprägt von teilweise dramatischen Auseinandersetzungen zwischen den Krankenkassen auf der einen Seite und der organisierten Ärzteschaft auf der anderen Seite. Auf den bereits

1- vgl. www.kbv.de

2- „Gesundheitsreform“, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD 2003, S.42

3- Die verbrecherische Rolle der Ärzteschaft während des Faschismus ist wohl weitgehend bekannt und wird hier nicht näher ausgeführt.

4- „Gesundheitsreform“, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD 2003, S.40

erwähnten Ärztestreik reagierten die Kassen mit durchaus fortschrittlichen Maßnahmen wie der Einrichtung von Ambulatorien mit angestellten Ärzten. Ein Novum, nachdem die ambulante Versorgung bis dahin praktisch ausschließlich in der Hand selbstständiger Hausärzte lag. Solche fortschrittlichen Einrichtungen wurden jedoch spätestens mit der Machtübertragung auf die Faschisten wieder beseitigt.

Seit der Befreiung vom Faschismus sind die Kassen paritätisch besetzt: „In den Krankenkassen wurde nicht einmal das traditionelle Leitungsschema mit zwei Dritteln Versichertenvertretern und einem Drittel Unternehmervertreter wieder aufgegriffen, geschweige denn die Verwaltung der Kassen in die Hände allein von Versichertenvertretern gelegt (*„Arbeiterkassen in Arbeiterhand“*). Nein, es wurde die heute für so unantastbar erklärte und hoch gelobte ‚Parität‘ eingeführt – eine Niederlage der Arbeiterbewegung, die 1951 gegen den Widerstand von KPD, SPD und Gewerkschaften durchgesetzt wurde.“⁵ Diese kurze Skizze der geschichtlichen Entwicklung der gesetzlichen Krankenkassen soll in diesem Rahmen genügen. Obwohl die Anzahl der Krankenkassen in den letzten Jahren rückläufig ist, gibt es noch über 250 verschiedene gesetzliche Krankenkassen (von den Privatkassen ganz zu schweigen)

Rückgabe der Kassenzulassung

Was bedeutet die Rückgabe der Zulassung? Formal verlieren damit die Hausärzte die Berechtigung Kassenpatienten zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung zu behandeln. Das heißt die Behandlung der Patienten erfolgt gegen Rechnung, wie bei privat versicherten Patienten. Der Bayerische Hausärzteverband (BHÄV)⁶, der die Aktion organisiert, erhofft sich jedoch durch den flächendeckenden Ausstieg Fakten zu schaffen, die die Krankenkassen nicht ignorieren können – sprich, die Kassen

sollen gezwungen werden fortan mit dem BHÄV Verträge abzuschließen um die Ärztliche Versorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten. Ob diese Rechnung aufgeht hängt natürlich ganz entscheidend davon ab, wie viele Hausärzte sich an der Rückgabe der Zulassung beteiligen werden.

Am 31.01.2008 fanden sich nach Veranstalterangaben knapp 6 000 der 9 000 bayerischen Hausärzte zu einer Protestveranstaltung des BHÄV in Nürnberg ein. Lautstark wurde von den Rednern – allen voran vom BHÄV-Vorsitzenden Hoppenthaller – die Rückgabe der Kassenzulassung befürwortet. Es bleibt noch bis Juli 2008 Zeit für die Hausärzte ihre Kassenzulassung zurückzugeben. Nur wenn jeweils mindestens 70% der Hausärzte eines Bezirks zu diesem Schritt bereit sind, wird er auch umgesetzt. Der Ärzteverband MEDI aus Baden-Württemberg begrüßt den Schritt des BHÄV. MEDI hat ebenfalls ein Novum geschaffen. Erstmals hat die AOK in Baden-Württemberg ihre Verträge nicht mit der dortigen KV, sondern mit dem Verband MEDI ausgehandelt. Jetzt wollen sie dem bayerischen Signal folgen: „Nach den bayerischen Hausärzten planen ... auch die Kollegen in Baden-Württemberg die Rückgabe ihrer Kassenzulassungen.“⁷ Der Grund dafür, dass gerade die südlichen Bundesländer den Ausstieg planen ist wohl überwiegend den ab 2009 geplanten Ausgleichszahlungen geschuldet, mit dem das bisher bestehende Einkommensgefälle zwischen den Bundesländern ausgeglichen werden soll. Ebenfalls unterstützt wird die Aktion des BHÄV vom bereits erwähnten Hartmannbund. Dessen Vorsitzender sprach gegenüber dem Deutschen Ärzteblatt von einem „dramatischen Signal“ an die Politik.⁸ Skeptisch ist dagegen die Ärztegewerkschaft Marburger Bund, die die Streiks der Klinikärzte organisiert hatte. Der Marburger Bund wendet sich dagegen, dass die ärztlichen Körperschaften „beschädigt oder gar zerstört“ werden.⁹ Auch der

DGB meldet sich in der Debatte zu Wort. „Bayerns DGB-Vorsitzender Fritz Schösser, der auch Vorsitzender des Verwaltungsrates des AOK-Bundesverbandes ist, bezeichnete die Proteste als ‚eine rücksichtslose Selbstinszenierung der Ärzteschaft‘ (...). Nach seinen Angaben erhält ein niedergelassener Allgemeinmediziner im Bundesdurchschnitt 175 000 Euro Honorar pro Jahr¹⁰, wohingegen die Beitragszahler nur 26 500 Euro verdienen. Vor diesem Hintergrund sollten sich die Mediziner selbstkritisch fragen, ob der Konfrontationskurs ihres Berufsverbandes seine Berechtigung habe, mahnte Schösser.“¹¹

Versuch einer Standpunktbestimmung

Es mag sein, dass man einer Vereinbarung wie der KV vom Standpunkt der Arbeiterklasse prinzipiell keine Träne nachweinen muss. Dennoch ist es meines Erachtens in der heutigen Situation ein Rückschritt, wenn die als Kompromiss der Auseinandersetzung zwischen Kassen und Ärztevertretern entstandene KV durch eine reine Standesvertretung wie den BHÄV ersetzt wird. Darüber hinaus würden die Hausärzte damit ihr Streikrecht wieder erhalten, auf das sie mit Gründung der KV verzichtet haben. Bereits von Marx wurde der Ärztestreik als reaktionär abgelehnt. Auch wenn die Ärztevertreter stets betonen, nur das Wohl des Patienten im Auge zu haben, ist dieses Mittel sicher zur Durchsetzung der eigenen wirtschaftlichen Interessen gedacht und nicht zur Optimierung der Patientenversorgung. Als weitere Konsequenz eines Ausstiegs aus der KV stünde auch die Bindung an die Sozialgesetzgebung zur Disposition. Darin ist bislang die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung geregelt. Dieser so genannte *Sicherstellungsauftrag* ginge dann auf die Gesetzlichen Krankenkassen über.

Eine Lösung der Frage, wie die ärztliche Versorgung – unter den ge-

5- „Gesundheitsreform“, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD 2003, S.43

6- Im Bayerischen Hausärzteverband sind ca. 7000 der ca. 9000 niedergelassenen Hausärzte Bayerns organisiert.

7- www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=31261, Stand 04.02.2008

8- www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=31241, Stand 04.02.2008

9- www.br-online.de/umwelt-gesundheit/thema/hausarzteprotest/hintergrund.xml, Stand 30.01.2008

10- Diese Zahl ist zu hoch gegriffen. Nach Untersuchungen der Stiftung Gesundheit lag 2006 das durchschnittliche Bruttojahreseinkommen aller niedergelassenen Ärzte bei 117.500,- € bei einer durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 56 Stunden. Quelle: www.stiftung-gesundheit.de/PDF/studien/Studie_Aerzte_im_Zukunftsmarkt_Gesundheit-2006.pdf, Stand 04.02.2008

11- www.linie1-magazin.de/linie1/index.php?rubrik=news&ressort=&id=9671, Stand 04.02.2008

gebenen kapitalistischen Verhältnissen – am sinnvollsten organisiert werden könnte ist selbstverständlich nicht isoliert von der gesamten Gesundheitspolitik zu finden. Eine zentrale Forderung müsste in jedem Fall die Zurückdrängung der Privatisierung im Gesundheitsbereich sein. Die Ärzte betreffend hieße dies einerseits, die Kliniken auch für die ambulante Versorgung zu öffnen. Damit könnte in städtischen Gebieten ein Teil der hausärztlichen Versorgung ersetzt werden. In der DDR erfüllten diese Aufgabe die Polikliniken, in der Weimarer Republik waren es die o.g. Ambulatorien. Das System der vielen Kleinpraxen (und damit Kleinunternehmer) würde damit verringert. Im ländlichen Bereich könnten staatlich unterhaltene Arztpraxen mit staatlich¹² angestelltem Personal statt der genannten Kleinpraxen eingerichtet werden. Auch die Arbeitsbedingungen der Ärzte würden sich positiv verändern mit geregelten Arbeitszeiten und geregelter Einkommen. Darüber hinaus würde sich auch der Klassencharakter – von Teilen – des Ärztestandes ändern. Gerade in Anbetracht der Rolle die die Ärzte während des Faschismus als willfähige Unterstützer oder aktive Täter gespielt haben, eine nicht zu vernachlässigende Größe.¹³

Sollten die obigen Vorstellungen umgesetzt werden ist wohl ein bürokratischer Haufen wie die KV durchaus verzichtbar. Es bleibt allerdings zu bedenken, dass die Entwicklung derzeit ja genau die umgekehrte Richtung nimmt. Die verschiedenen privaten Klinikbetreiber kaufen in großem Stil Krankenhäuser und versuchen sich auch im Bereich der ambulanten Versorgung (z.B. mit Medizinischen Versorgungszentren) zu etablieren. Etwa ein Viertel der Kliniken befindet sich derzeit in privater Trägerschaft. Tendenz stark steigend. Die beiden größten Klinikketten, Asklepios und Rhön, verzeichneten 2006 einen Umsatz von zusammen etwa 4 Mrd. Euro. Tendenz ebenfalls stark steigend. Angesichts der Schwäche der Linkskräfte ist natürlich anzunehmen, dass sich diese Entwicklung beschleunigen und durchsetzen wird. Der Kampf gegen die Privatisierung der Gesundheitsversorgung ist nötig (und möglich, wie das Beispiel Frankfurt a.M. zeigt¹⁴). Auch für die Zwecke der Klinikketten ist eine Einrichtung wie die KV mit ihren staatlich festgelegten Regularien hinderlich. Ein Grund mehr sich unter den gegebenen Umständen gegen den Ausstieg aus dem Kassenärztlichen System zu wenden.



12- Die Organisation solcher Praxen in staatlicher, kommunaler oder in der Hand der Krankenkassen ist m.E. sekundär. Wichtig ist v.a. die privatwirtschaftliche Struktur der Praxen zu verlassen.

13- Andere notwendige Veränderungen im Gesundheitswesen seien hier nur stichwortartig angemerkt. Abschaffung der Privatversicherungen (Allenfalls Zusatzversicherung), Vereinheitlichung der Gesetzlichen Kassen mit Pflichtmitgliedschaft für Alle, Abschaffung der Beitragsdeckelung, Heranziehung aller Einkommensarten zur Ermittlung der Kassenbeiträge, Abschaffung der Zuzahlungen, Rücküberführung der Privatisierten Kliniken in kommunale oder staatliche Hand.

14- Durch ihren Widerstand konnten Personalrat, ver.di-Mitglieder im Betrieb und Beschäftigte der städtischen Kliniken Frankfurt a.M. - Höchst die Privatisierung gemeinsam verhindern. Vgl. junge Welt v. 17.12.2007

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, Heft € 3.- / Abo € 13.-
Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 157 Herbst 2007, 36 S.

- Niedergang der Gewerkschaften
- 36. Jahreskonferenz der Gruppe Arbeiterstimme
- Privatisierung: Es geht weiter!
- Ständiger Abbau von Grundrechten
- England: Die Zeit nach Blair
- Israel: Arbeitslosigkeit und Migration
- Für die Entfernungspauschale!

Der rote Oktober 1917:

- Völker hört die Signale
- Die Russische Revolution in der Sicht Rosa Luxemburgs

Nr. 157 Herbst 2007, 36 S.

- Globalisierte Grundstückskrise
- Eine Partei in Panik – SPD in der Krise
- Zum Tarifkonflikt bei der Bahn
- Zur Steuerpolitik der Großen Koalition
- Neonazis in Ostdeutschland
- Gewerkschaften und Rechtsextremismus
- Islamisten, Nationalisten, Neoliberale – Die Türkei nach den Wahlen
- Rezension – Wer war Susanne Leonhard?

Nr. 156 Sommer 2007, 36 S.

- Venezuela – Sozialismus des XXI. Jahrhunderts?
- Kolumbien – Todesschwadronen hinter demokratischer Fassade
- Blair geht – New Labour auch
- Wandel der gesetzlichen Renten
- Tarifabschluß in der Metall- und Elektroindustrie
- Arbeitende Klasse in Ostdeutschland
- Die Polizeifestspiele von Rostock

Nr. 155 Frühjahr 2007, 32 S.

- Neoliberalismus – Anspruch und Wirklichkeit
- „Die Linke“ und die linke Einheit
- „das rettende Ufer zu erreichen“
- Nachbetrachtungen zum AEG-Streik
- Die Gewerkschaften verlieren weiter an Glaubwürdigkeit
- WSI-Verteilungsbericht 2006
- Wer Renten kürzt – meint Steigerung der Profite

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Apologie eines Unschuldigen: Nietzsche „Prä-Faschist“ oder „rettungslosester Ästhet“?



Friedrich Nietzsche (1844-1900) gehört neben Sokrates (469-399 v.u.Z.), Arthur Schopenhauer (1788-1860), Max Stirner (1806-1856) und Sören Kierkegaard (1813-1855) zu den „großen Außenseitern der Philosophie“. Ihnen allen haftet auch etwas Kauz-haftes an; sie philosophieren *existentialistisch*, ihnen geht es mehr um Subjektivität als Objektivität – zumindest ist das die Methode und das Ergebnis ihrer Denk-Bemühungen.

Im Geburtsjahr von Adolf Hitler, 1889, fiel Friedrich Nietzsche, 45-jährig, in geistige Umnachtung, aus der er sich bis zu seinem Tode 1900 nicht wieder erholte. Allein von diesen Eckdaten her lässt sich der Vorwurf *marxistisch-leninistischer* Philosophen, zumal in der DDR, *nicht* begründen, Nietzsche sei „Präfaschist“, „Protofaschist“ oder „es führt ein direkter Weg von Nietzsche zu Hitler“! Dass der antifaschistische Spanienkämpfer und politische Emigrant aus Stuttgart, Kurt Hager, zeitlebens seine Schwierigkeiten mit Nietzsche hatte, ist nachvollziehbar. Musste doch die Vereinnahmung Nietzsches durch die Hitler-Faschisten den großen Spötter aus Röcken für Antifaschisten „immer auf der anderen Seite der Barrikade“ erscheinen lassen, wie es Hager durch

Manfred Buhr verkünden ließ. Dass aber subtil denkende (DDR-)Philosophen mit Weltniveau wie Wolfgang Harich und Wolfgang Heise das Dogma vom „Präfaschisten Nietzsche“ vertraten und Harich den Imperativ verkündete, man dürfe „aus Gründen der Psychohygiene Nietzsche nicht zitieren!“, das erschließt sich auch dem Verfasser dieser kritischen Betrachtung *nicht*! Die politische Fehldeutung des Alt-Philologen, d.h. Gräzisten, Professor Friedrich Nietzsche von der Universität Basel beginnt schon bei Franz Mehring (1891/97), der ihn schnurstracks zum „Sozialphilosophen des Kapitalismus“ stilisiert. Die von Mehring behauptete Treitschke-Gefolgschaft von F. N. ist ebenso fragwürdig. Lesen wir doch bei Nietzsche: „...man sehe sich doch diese armen Historiker, diese Sybel und Treitschke und ihre dick verbundenen Köpfe an –, und wie sie alle heißen mögen, diese kleinen Benebelungen des deutschen Geistes und Gewissens.“

Spricht ein Gefolgsmann *so* über seinen Vordenker? Das Verdikt *Präfaschist* wurde ein halbes Jahrhundert nach Mehrings Fehldeutung dann bis in die philosophische DDR-Provinz herunterdekliniert: Dieter Bergner (Universität Halle) schrieb 1960 bei Reclam im Anschluss an Mehrings Nietzsche-Einschätzung: „Nietzsche war bekanntlich einer der Hausphilosophen des Hitlerfaschismus. Es ist daher nicht verwunderlich, dass diese *bestialische* Philosophie (Hervorhebg. H. Oe.) auch heute wieder in Westdeutschland im Zuge der Restauration des Militarismus und Faschismus einen bestimmten Einfluss ausübt.“ Jeder, der auch nur einigermaßen mit den Schriften von Marx und Engels vertraut ist (ein tieferes Verständnis der Intentionen der beiden Genien setzt die Kenntnis ihres Briefwechsels voraus!) wird beim Lesen von Nietzsche-Texten die frappierende Feststellung machen, dass Marx und vor allem Engels mit seinem Vornamens-Vetter Friedrich, also mit Nietzsche, in mehreren Positionen übereinstimmen:

- in der positiven Haltung bzw. Freundschaft zu Heinrich Heine

- in der Hervorhebung Heraklits als Wegbereiter dialektischen Denkens
- in der Kritik an Eugen Dühring, dem „Mischmasch-Philosophen“
- in der Kritik an „Systematikern“/ „System-Mode“ der 70er und 80er
- in der Annahme einer Kreislauftheorie/„ewige Wiederkehr des Gleichen“
- in der Verteidigung und Entwicklung des wissenschaftlichen Atheismus
- in der Kritik am Nationalismus und pro Internationalismus/Kosmopolitismus

Vielleicht erscheinen diese Übereinstimmungen als marginal. Sie sind es umso weniger, wenn man konstatiert, dass Nietzsche eben keine Systematik á la:

- Kants Kritik der reinen Vernunft, etc.
- Hegels Wissenschaft der Logik, etc.
- Marx' Kapital, etc.
- Engels' Dialektik der Natur, etc. vorzuweisen hat.

Dass er nur rudimentär oder partiell zur Geschichtsphilosophie/ Gesellschaftstheorie, Naturphilosophie, Ontologie (Seinslehre, Weltschematik) beitrug; ist Mangel und Markenzeichen Nietzsches in einem!

Nietzsche hinterließ eine wenig systematische, aber frappierend anregende

- Kultur- und Zeitkritik
- Ideologiekritik
- Religionskritik
- Anthropologie/Lebensphilosophie.

Er brachte ähnlich kritisch-sarkastische Korrektive ins Weltbild wie sein Zeitgenosse Wilhelm Busch (1832-1908) vors Publikum; beide sind großartige Psychologen mit einer verblüffenden Diagnose-Sicherheit.

Wie Sigmund Freud (1856-1939) thematisierten sie Seiten des Individuums/der Persönlichkeit, die bis dahin in der offiziellen Wissenschaft unbeachtet geblieben waren oder unterschätzt wurden. Für das Verstehen und die Kritik der Verfallserscheinungen unserer Gegenwart sind Busch, Nietzsche und Freud m.E. sehr hilfreich; wenn nicht gar unverzichtbar.

Um nicht missverstanden zu werden: Der Verfasser meint **nicht**, dass die Genannten die Marxsche&Leninsche Kapitalismus- und Imperialismus-Analyse und -Kritik ersetzen könnten oder gar überflüssig machen!

Aus obiger Übersicht wird schon deutlich, dass Nietzsches Denken und Werk **nicht** zu einer **Universalphilosophie** taugen! So nennt er auch „die Philosophie, die ich lebe“, folgerichtig eine „Experimental-Philosophie“; ihre Ausdrucksform ist wesentlich der Aphorismus. Nietzsches philosophische Korrekture und Konstrukte sind als Strategie des Klassenkampfes völlig **ungeeignet** – und das gilt für **beide** Seiten „der Barrikade“!

Er versteht sich neben Heraklit und Platon als „Einsiedler des Geistes“ und er wählte bevorzugt die Einsamkeit des Oberengadin (Sils Maria). Auch die behauptete Kontinuität des Irrationalismus, „von Schopenhauer zu Nietzsche“, wird durch die folgende Sentenz infrage gestellt: „Schopenhauer ... hat es durch seine unintelligente Wut auf Hegel dahin gebracht, die ganze letzte Generation von Deutschen aus dem Zusammenhang mit der deutschen Kultur herauszubrechen... aber Schopenhauer selbst war gerade an dieser Stelle bis zur Genialität arm, unempfindlich, undeutsch.“ Und: „Der Atheismus war das, was mich zu Schopenhauer führte...“ (1888). „Schopenhauerisch ist Wagners Haß gegen die Juden, denen er selbst in ihrer größten Tat nicht gerecht zu werden vermag: die Juden sind ja die Erfinder des Christentums“ (1881/82). Und noch zwei Belege zu seinem Verhältnis zu Juden und Slawen (die ja als „Untermenschen“ von den Hitler, Himmler, Göring und Goebbels als „nicht lebenswert“ eingestuft und zu Millionen ermordet wurden): „...Ich werde nie zulassen, daß ein Deutscher wissen **könne**, was Musik ist. Was man deutsche Musiker nennt, die größten voran, sind **Ausländer**, Slawen, Kroaten, Italiener, Niederländer – oder Juden. ... Ich selbst bin immer noch Pole genug, um gegen Chopin den Rest der Musik hinzugeben.“

Was für ein Rassetheoretiker des Faschismus!!! Angesichts derartiger Sätze bei Nietzsche muss man nicht nur die Frage stellen, wie Linke den Einsiedler des Engadin und des Geistes bei den Kapitalisten und Fa-

schisten verorten, sondern auch, wie die Nazis ihn vereinnahmen konnten. Es lag doch sicherlich nicht an der Episode, dass Nietzsches verlogene-reaktionäre Schwester Elisabeth Förster-Nietzsche, die Texte und Briefe unterschlug oder fälschte und mit einem Nationalisten und Antisemiten verheiratet war, dem Rassisten und Terroristen Hitler anlässlich einer Begegnung in Weimar Anfang der 30er Jahre den Spazierstock ihres Bruders schenkte?!

Marx&Engels und Nietzsche kannten sich wechselseitig **nicht**, auch nicht aus ihren Schriften! Es fällt daher schwer, dem F. N. Marx- oder Marxismusfeindlichkeit vorzuwerfen! Trotzdem forderte Harich (in Übereinstimmung mit Hager): „Nietzsche in den Orkus!“

Dass die DDR-hauptstädtische Universität unbeanstandet durch Hager und andere Ideologiewächter den Namen Humboldt trug, ist dann doch erstaunlich, wenn Friedrich Engels Alexander v. Humboldt vorwirft, als Rache der preußischen Regierung die Ausweisung des Emigranten Karl Marx 1845 aus Paris und Frankreich betrieben zu haben!

Nun stützt sich der Präfaschisten Vorwurf an Nietzsche auf dessen Terminologie: „Übermensch“, „Herren- und Sklavenmoral“, „Krieg“ etc. etc. konnten sehr leicht in den Eklektizismus der Hitler-Faschisten übernommen werden. Aber in ihrem Parteinamen NSDAP finden sich doch auch die Begriffe Sozialistisch und Arbeiter! Lenin befasste sich schon 1914 in Bern mit Hegels „Elastizität der Begriffe“ und nannte das „geistreich und klug“! Hätten doch unsere DDR-Marxisten-Leninisten an diese Lenin-Text-Stelle angeknüpft, um festzustellen, dass Begriffe und Kategorien auch diesbezüglich elastisch sind, indem sie verschiedene Extension und Intension haben können. Zumal bei einem Autoren, der bekennt: „Den höchsten Begriff vom Lyriker hat mir Heinrich Heine gegeben. ... Und wie er das Deutsche handhabt! Man wird einmal sagen, daß Heine und ich bei weitem die ersten Artisten der deutschen Sprache gewesen sind.“ (Anmerkung H. Oe.: Auch hier wieder macht sich der angebliche Präfaschist mit einem Juden gemein!) Und noch ein Beispiel zu einem umstrittenen und missbrauchten Begriff: „Ich bringe den

Krieg. **Nicht** zwischen Volk und Volk: ich habe kein Wort, um meine Verachtung für die fluchwürdige Interessen-Politik europäischer Dynastien auszudrücken“. Im Kontext folgen Charakterisierungen der herrschenden Klasse und ihres Repräsentanten Fürst Bismarck als „Idiot“, „schändliche Partei“, „christliche Bande“, „die fluchwürdige Drachensaat des Nationalismus zwischen den Völkern sät.“ Könnten derartige Einschätzungen nicht auch von Kommunisten stammen? Nationalismus und Antisemitismus, die Ingredienzien und der Humus der Nazis und ihrer Millionen Helfer, Tolerierer und Wähler im deutschen Volk, waren Friedrich Nietzsche immer ein Greuel: „Man muß es in den Kauf nehmen, wenn einem Volke, das am nationalen Nervenfieber und politischen Ehrgeize leidet, leiden **will** – mancherlei Wolken und Störungen über den Geist ziehn, kurz, kleine Anfälle von Verdummung: zum Beispiel bei den Deutschen von heute bald die antifranzösische Dummheit, bald die antijüdische, bald die antipolnische, bald die christlich-romantische, bald die Wagnerische, bald die teutonische, bald die preußische...“

Nochmals zu Begriff und Intention: Ein Jahrhundert-Zeitgenosse Nietzsches schrieb gegen Feuerbach (ebenfalls Jude): „Er betrachtet daher ...die Praxis nur in ihrer schmutzig-jüdischen Erscheinungsform...“ Ist das „Schmutzig-jüdisch“ nicht ein Kampfbegriff aus dem Goebbels-Arsenal? War dieser Autor etwa auch ein Präfaschist? Der Autor war der Sohn jüdischer Eltern und Neffe und Enkel berühmter Rabbiner – sein Name: Karl Marx!

Bei Argumenten, Nietzsches präfaschistische Denkweise mit einigen Begriffen, die auch die Faschisten strapazierten, nachzuweisen, werde ich an jenen (fiktiven) Staatsanwalt erinnert, der nach einem Frauenmord mit Kannibalismus dem Verlobten des Opfers vorhält, er sei der Mörder, denn es sei belegt, dass er mehrmals in der Vergangenheit zu ihr gesagt habe, „am liebsten würde ich dich auffressen!“. Nun weiß man aber, juristisch wie psychologisch, dass zwischen einem ekstatisch Verliebten und einem psychopathischen Frauenmörder Welten liegen. Nur bei Nietzsches Einschätzung versagt derartige notwendige Differenziertheit des Denkens! Vor 40 Jahren hat

Georg Picht (Heidelberg) in seinem NIETZSCHE dieses Missverhältnis benannt: „Es gehört eine unbegreifliche Dreistigkeit, Dummheit und Unkenntnis dazu, einen Denker, der mit dieser Kriegserklärung gegen den deutschen Nationalismus ... (auftrat) zum Philosophen des Nationalsozialismus zu machen.“ Mehring räumte wenigstens dem Subjekt Nietzsche noch „mildernde Umstände“ ein: „Subjektiv ein verzweifelter Delirium des Geistes...“ Näher kommt dem umstrittenen Jahrhundert-Denker dann schon Thomas Mann (Nietzsches Philosophie im Lichte unserer Erfahrung) 1948: „Nietzsche dagegen ist der vollkommendste und rettungsloseste Ästhet, den die Geschichte des Geistes kennt.“

Aber Nietzsche war auch ein entschiedener Atheist. Im Sachwortartikel *Atheismus* des Philosophischen Wörterbuchs von Klaus/Buhr sucht man den Namen Nietzsches vergeblich. So sehr wollte und konnte man nicht lügen, um die Geistesverwandtschaft zum Atheisten Engels nicht deutlich werden zu lassen und die Konstruktion „Nietzsche war immer auf der anderen Seite der Barrikade“ nicht infrage zu stellen – also verschwieg

man ihn einfach! Die Losung „Gott ist tot! Gott bleibt tot!“ muss man nicht mit Picht in einen christlichen und metaphysischen Gott relativieren! Nietzsches und Engels Atheismus haben gleiches Format! Wie Engels gelegentlich Religion, Aberglauben, Spiritismus „kurz allen Blödsinn“ nannte, so Nietzsches Frage, „Sollte man glauben, daß so etwas noch geglaubt wird?“ „Der Niedergang des Glaubens an den christlichen Gott, der Sieg des wissenschaftlichen Atheismus, ist ein gesamteuropäisches Ereignis, an dem alle Rassen ihren Anteil von Verdienst und Ehre haben sollen“ (1881/86). Er, ein Pfarrerssohn aus Röcken! Hätte doch die Pfarrerstochter aus Hamburg, der Uckermark und Berlin, unsere So-wahr-mir-Gott-helfe Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, nur ein Promille von ihrem sächsisch-thüringischen und schweizerischen Standesgenossen!

Aus Obenstehendem wird m.E. klar, dass Friedrich Nietzsche nicht auf einem Agitprop-Niveau einzuordnen ist: Faschismus/Kapitalismus/Sozialismus. Er ist ein talentiertes Individuum gewesen, das mit den Widersprüchen seiner Zeit zu rin-

gen hatte, und dieses Ringen in Bilder, Aphorismen und Wissenschaft sublimierte.

Wer immer in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit realen Widersprüchen und Widrigkeiten des Lebens zu ringen hat, dem kann **auch** Nietzsche eine Hilfe sein. Wenn wir die Auseinandersetzung philosophisch führen, dann steckt in **jedem** von uns auch ein Stück Sokrates und ein Quantum Nietzsche! „Eine neue Gerechtigkeit thut noth! Und eine neue Losung! Und neue Philosophen! Auch die moralische Erde ist rund! Auch die moralische Erde hat ihre Antipoden! Auch die Antipoden haben ihr Recht des Daseins! Es gibt noch eine andere Welt zu entdecken – und mehr als Eine! Auf die Schiffe, ihr Philosophen!“ (1881/82)

Horst Oertel

Verfasser (67): Philosoph und Klinischer Psychologe o. Hochschuldozent Dr. phil. Dr. sc. Philosophische und politologische Publikationen seit 1962 Lehrte mehrere Jahre u.a.

Geschichte der marx.-len. Philosophie an der Sektion Philosophie und Kulturwiss. der TU Dresden. Vortragsreisen in den 70ern und 80ern in mehrere Länder auf drei Kontinenten, darunter UdSSR und USA.

Rezension André & Dorine

Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus war das erste Buch, das ich 1967 von André Gorz las. Später halfen Texte von ihm auf der Suche nach einem auch ökologisch vertretbaren Weg aus der Sackgasse. Nun hat sich der stets politische Philosoph als unser Zeitgenosse verabschiedet. Er erinnerte (sich) quasi durch ein Postskriptum an das private Leben. Eine knappe Werkschau mit Zwischenbilanzen floss mit ein und ein früher autobiografischer Text ist selbstkritisch korrigiert. Aber vor allem ist *Brief an D.* eine grosse Liebeserklärung an Dorine, die sechs Jahrzehnte seine Partnerin war. Die unpatriotische Engländerin, welche einer Lausanner Theatergruppe angehörte, und der beruflich perspektivlose Journalist, „an Anstrian Jew“, trafen sich 1947 in der Schweiz. Danach lebten und arbeiteten sie gemeinsam vor allem in

Paris. Dorine verschaffte André den „Zugang zu einer anderen Welt“ und – schon erfahrener im Umgang mit Unsicherheiten – bewältigte den Alltag besser als er. Er brauchte die Theorie, „um mein Denken zu strukturieren“. Sie hatte mehr politisches Gespür. „Du nimmst Dinge wahr, die mir entgingen, da sie nicht meinem Verständnis des Realen entsprachen.“ Beide erfuhren ihre Grenzen, als Dorine im Kampf gegen eine von der Apparatedizin produzierte Krankheit erstmals „die andere Seite“ sah. Die ihnen verbleibende Zeit wollten sie besser nutzen, nicht nur halb, sondern ganz leben. Das absehbare Ende dieser guten Phase nahmen sie vorweg. Oder wie es das Team des Rotpunktverlages in seiner Nachbemerkung zur zweiten Auflage von *Briefe an D.* ausdrückt: „Mit dem gemeinsamen Freitod sind beide der Notwendigkeit entronnen, in dieser Welt ohne den anderen sein zu müssen.“

Also ein trauriges Buch? André Gorz und seine Frau, die das im Sommer erschienene Bändchen mit der deutschen Übersetzung noch sahen, fanden es „wunderschön“. Ist es.

haste



André Gorz:
Brief an D. Geschichte einer Liebe. Aus dem Französischen von Eva Moldenhauer. Rotpunktverlag, Zürich 2007, 94 Seiten, 15,- Euro



Wer war Leo Jogiches (Tyszka)?

Geboren am 17. Juli 1867 in Vilnius im heutigen Litauen, ermordet am 10. März 1919 in Berlin

Leo Jogiches wurde als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Kaufmanns und Mühlenbesitzers im damals zum russischen Zarenreich gehörenden Vilnius geboren. Seit 1882, noch als Schüler, hatte er Kontakt zu verbotenen sozialistischen Gruppen, 1885 wurde er Leiter eines revolutionären Zirkels. 1888 wurde er wegen „*revolutionärer Umtriebe*“ und „*aktiver Propaganda staatswidriger Ideen unter den Arbeitern*“ in Vilnius verhaftet und nach einer halbjährigen Untersuchungshaft zu 4 Monaten Zuchthaus verurteilt. Nach der Strafverbüßung sollte er nach Turkestan zum Militär geschickt werden. 1890 gelang ihm die Flucht in die Schweiz.

Hier immatrikulierte er sich, studierte Naturwissenschaften und Nationalökonomie, arbeitete unter einem seiner vielen Pseudonyme *Grosowski* (spätere Pseudonyme: *Tyszka*, *Kazimierz Grozowski*, *Otto Engelmamnn*, *Lowa Andrzej*) mit der marxistischen russischen Exilgruppe Befreiung der Arbeit um Gregori W. Plechanow (1856-1918) zusammen und wurde Mitherausgeber der Sozialdemokratischen Bibliothek. Hierzu wandte er erhebliche private finanzielle Mittel auf. Sein Einkommen aus einer Erbschaft (ein Mietshaus und eine Mühle) wurde überwiegend für Parteizwecke verwendet. Er unternahm zahlreiche illegale Reisen nach Russland und in die polnischen Gebiete.

1891 lernte er in Zürich Rosa Luxemburg kennen. Es begann eine lebenslange politische Partnerschaft und zunächst auch eine private Lebensgemeinschaft bis 1906/07. Gemeinsam waren den beiden Revolutionären die jüdische Herkunft, die Flucht aus Russland wegen drohender Verhaftung, ihre revolutionäre Prinzipienfestigkeit und das Wirken in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, insbesondere in der polnischen und deutschen. Do-

kumentiert ist das Denken der beiden in dem umfangreichen Briefwechsel, herausgegeben von Feliks Tych. Charakteristisch für den Revolutionär Jogiches war, dass er publizistisch oder als Redner fast nie öffentlich auftrat, aber dennoch allergrößten Einfluss auf die polnische und deutsche Bewegung ausübte. Ein nicht unerheblicher Teil des theoretischen Werks von Rosa Luxemburg wurde von ihm initiiert und bearbeitet.

Polen stand damals noch unter russischer, deutsch-preußischer und österreich-ungarischer Fremdherrschaft. Jogiches und Luxemburg waren, gemeinsam mit Julian Marchlewski („*Karski*“ 1866-1925) und Adolf Warski (1868-1937), die Mitbegründer und führenden Köpfe der 1894 gegründeten Sozialdemo-



kracja Królestwa Polskiego (Sozialdemokratie des Königreichs Polen; seit 1900 Sozialdemokracja Królestwa Polskiego i Litwy (Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens, SDKPiL). Jogiches war ab 1893 Mitherausgeber der ersten polnischen sozialistischen Zeitung *Sprawa Robotnicza* (*Sache der Arbeiter*). Diese wurde in der Schweiz und in Paris

gedruckt und illegal in Russland und Polen vertrieben. Die SDKPiL vertrat internationalistische Positionen, nach der die polnische nationale Frage nur im Rahmen einer sozialistischen Revolution gelöst werden könne. Im Gegensatz hierzu stand die konkurrierende Sozialistische Partei Polens (PPS) unter Führung von Józef Pilsudski (1867-1935), in der nationalistische Positionen stärker vertreten waren. Pilsudski wurde später ein offen reaktionärer Nationalist und 1926 der Führer der profaschistischen Militärdiktatur in Polen.

Mindestens seit 1897 arbeitete Jogiches eng mit dem linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammen. Rosa Luxemburg erlangte durch eine Scheinehe die deutsche Staatsbürgerschaft und übersiedelte 1898 nach Berlin. Im September 1900 folgt Jogiches, der 1899 die schweizer Staatsbürgerschaft erlangt hatte. Beide wurden Mitglieder der SPD, Jogiches leitete das Zentralorgan der SDKPiL und war Mitglied des Hauptvorstands der Partei. Von Berlin aus war Jogiches – jetzt auch unter dem Pseudonym *Jan Tyszka* bekannt – ständig in Europa für die internationale sozialistische Bewegung unterwegs.

Nach Ausbruch der Revolution in Russland 1905 war er in Warschau maßgeblich an der Leitung des revolutionären Kampfs beteiligt. Im März 1906 wurde er verhaftet und zu acht Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Im Februar 1907 gelang ihm durch Bestechung der Kerkerwächter die Flucht nach Berlin.

Als Mitglied des Zentralkomitees der SDKPiL war er auch an den Fraktionskämpfen der Sozialdemokratischen Partei Russlands beteiligt, so auch beim Londoner Parteitag 1907. Er sympathisierte mit den Bolschewiki, wurde aber auch von Wladimir I. Lenin kritisiert, insbesondere da er – wie auch Rosa Luxemburg – den Führungsanspruch

der Bolschewiki innerhalb der russischen Arbeiterbewegung ablehnte, ebenso wie deren zentralistisches Organisationskonzept, das von Rosa Luxemburg 1904 in ihrer Polemik Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie angeprangert wurde.

1914 kämpfte Jogiches in den Reihen der deutschen Linken um Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Franz Mehring, u.a. gegen den Krieg und lebte während des Ersten Weltkrieges in Berlin überwiegend im Untergrund. 1915 gehörte er der Gruppe Internationale an, der späteren Spartakusgruppe, und gab 1916 die illegal erscheinenden Spartakusbriefe heraus. Seine konspirative Erfahrung nützte ihm erheblich bei der organisatorischen Leitung der Spartakusgruppe und beim Aufbau eines illegalen ganz Deutschland erfassenden Vertriebsnetzes. Wieder benützte er Pseudonyme: *A. Krumbügel* und *W. Kraft*. Insbesondere nach der Verhaftung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht war er das einzige sich in Freiheit befindende Führungsmitglied der Spartakusgruppe, nach dem allerdings fieberhaft gefahndet wurde.

1917 beteiligte sich die Spartakusgruppe, unter Wahrung ihrer Selbständigkeit, an der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD). Am 28. Januar 1918 war Jogiches ein Organisator der Massenstreiks in Deutschland für einen Frieden ohne Annexion. Dafür

wurde er am 23. März in Berlin verhaftet und ein Verfahren wegen „Landesverrats“ eingeleitet. Am 9. November wurde er von einem Kommando der Arbeiter- und Soldatenwehr aus dem Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit befreit. Am 11. November benannte sich die Spartakusgruppe um und gründete den Spartakusbund. Jogiches war Mitglied der Zentrale und Verantwortlich für den organisatorischen Aufbau. Auf seine Initiative wurde am 15. November der Rote Soldatenbund gebildet. Unter Beteiligung weiterer linker Gruppen fand zum Jahreswechsel 1918/19 der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund) statt, bei dem er in die Parteizentrale gewählt wurde. In der Vorbereitungsphase sprach sich Jogiches gegen die Parteigründung aus und vertrat die Position, dass die Gründung einer eigenen Partei verfrüht und verfehlt sei. Auch bei der Namensgebung gab es unterschiedliche Vorstellungen. Die ausschlaggebende Abstimmung in der Zentrale ergab das knappe Ergebnis von 4:3. Während Liebknecht für den Namen *Kommunistische Partei* eintrat, stimmten Luxemburg und Jogiches für *Sozialistische Partei*, Paul Levi enthielt sich der Stimme.

Beim so genannten „Spartakusaufstand“ in Berlin wurde Jogiches am 13. Januar 1919 wieder verhaftet, konnte aber fliehen. Nach der Ermordung von Luxemburg und Liebknecht übernahm Jogiches am

16. Januar die Leitung der KPD. Während der Märzkämpfe wurde er am 10. März erneut festgenommen. Im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit wurde er bei Vernehmungen schwer misshandelt. Der Kriminalwachtmeister Tamschick führte ihn schließlich über eine Treppe zu dem Gang der Zellen und schoss ihm mit seiner Pistole in den Hinterkopf. Tamschick erschoss später auch noch den Gewerkschaftsfunktionär Sült und den Volksmarineführer Dorrenbach. Alle drei Morde blieben für ihn straflos. Der sozialdemokratische Innenminister Severing versetzte ihn in die Provinz und beförderte ihn zum Polizeileutnant.

Heiner Jestrabek

Literatur:

- Feliks Tych (Hrsg.): *Rosa Luxemburg. Listi do Leona Jogiches-Tyski*. 3 Bände. Warszawa 1967-1971
- Rosa Luxemburg: *Briefe an Leon Jogiches*. Mit einer Einleitung von Feliks Tych. Frankfurt/M. 1971
- Rosa Luxemburg: *Gesammelte Briefe*. (Hrsg. Annelies Laschitza) Band 1-6. Berlin 1982-1993
- Verena Stadtler-Labhart: *Rosa Luxemburg an der Universität Zürich 1889-1897*. Zürich 1978
- Spartakusgruppe (Hrsg.: Luxemburg, Liebknecht, Jogiches, u.a.): *Spartakusbriefe* o.O. 1916-1919
- Frederik Hetmann: *Leo Jogiches und Rosa Luxemburg. Bemerkungen zu einer schwierigen Liebe*. In: Kristine von Soden (Hrsg.): *Rosa Luxemburg. BilderLesBuch*. Berlin 1995, S. 44-55
- Rosa Luxemburg: *Freidenkerin des Sozialismus* (Hrsg. Heiner Jestrabek). Aschaffenburg 2003.
- Hermann Weber (Hrsg.): *Die Gründung der KPD. Protokoll und Materialien des Gründungsparteitages der KPD 1918/1919*. Mit einer Einführung zur angeblichen Erstveröffentlichung durch die SED. Berlin 1993, S. 33, 39
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. *Biographisches Lexikon*. Berlin 1970, S. 231-233
- Karl Radek: *Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Jogiches*. Hamburg, Petersburg 1921
- Maria Seidemann: *Rosa Luxemburg und Leo Jogiches*. Berlin 1998
- Heinz Knobloch: *Meine liebste Mathilde. Geschichte zum Berühren*. Berlin 1986



Käthe Kollwitz zeichnete den ermordeten Leo Jogiches „Früh wieder einmal im Leichenschauhaus gewesen und einen Erschossenen gezeichnet.“

Käthe Kollwitz, Tagebuch, 16. März 1919

J.H.W. Dietz Nachf.

Der alte, anfänglich von J.H.W. Dietz geleitete Verlag der deutschen Sozialdemokratie zeigt seine Geschichte und seine Bücher. Mit einem Seitenblick auf den anderen Dietz.

125 Jahre stand der Verlag mit der markanten Schlange – nicht nur, aber vor allem – im Dienste der SPD. Ohne allerdings zu Beginn viel Unterstützung von dort zu bekommen. Johann Heinrich Wilhelm Dietz beklagte das oft und offensichtlich zurecht. Er war Metteur in Lübeck und Vorsitzender einer Gewerkschaftsgruppe, erfolgreicher Streikführer und Mitglied bei den Sozialdemokraten. Verleger wurde er, weil Bismarcks (Anti)Sozialistengesetz auch die Druckereigenossenschaft bedrohte, in der er tätig war: Weil er als sehr zuverlässig galt, betraute ihn die Partei mit dem heiklen Geschäft, den Betrieb pro forma als Privatmann zu kaufen. Danach hatte er, wie die nun vorgelegte Jubiläumspublikation festhält, nicht nur für den reibungslosen Ablauf der Druckgeschäfte und den landesweiten Vertrieb sozialdemokratischer Broschüren zu sorgen, sondern „vor allem möglichst viel Geld hereinzubringen, um damit die verfolgten Genossen zu unterstützen“. Was nicht einfach war, aber unter dem milderen Polizeiregime in Stuttgart etwas leichter. Also wurde das Domizil gewechselt.

Ließ der äußere Druck nach, sorgten parteiinterne Konflikte dafür, dass die Leitung des Verlages kein ruhiger Job blieb. Lange wollten auch die Buchhändler von seinem roten Schrifttum nichts wissen. Es war ihnen „geradezu ein Gräuelf, etwas aus unseren Händen zu empfangen“, schrieb Dietz Anno 1886 in einem Brief an Karl Kautsky, der als Lektor das Programm mitbestimmte. Dieser lobte Jahrzehnte später: „Der erste, der es verstand, den Buchhandel der sozialistischen Propaganda systematisch, dauernd und ausgiebig dienstbar zu machen, war Freund Dietz.“ Wobei er Helene Dietz in die Ehrung einbezog. Sie habe stets „verständnisvoll und standhaft“ mitgekämpft. Seinerzeit wohl keine selbstverständliche Ergänzung, auch wenn *Die Frau und der Sozialismus* von August Bebel einer der meistverkauften Verlagstitel war...

Dritte Welt Ökologie...

Das erstmals vollständig vorgelegte Verzeichnis aller von 1881 bis 2006 vom Verlag publizierten Schriften füllt den Hauptteil der Publikation, ist deren Hauptzweck. Es ist nicht nur aus Nostalgiegründen lohnend, dieses aufmerksam durchzublättern. Zürich kommt darin öfters vor, zumal im „Verlag der Volksbuchhandlung, Zürich-Hottingen“, welche zur Tarnung im Impressum vieler in Deutschland gedruckter und vertriebener Dietz-Bücher stand. Inmitten der Chronologie eine tragische Lücke: 1932 werden noch Broschüren gegen den Nazischwindel angeboten, 1933 eine Gedenkschrift zum 50. Todestag von Marx, dem *Denker und Kämpfer* ein Blatt zum *Maitag*. Dann bis 1948 nichts. Später – der alte Verleger war längst tot und Gustav Schmidt-Küster prägte als Geschäftsführer das Verlagsprofil – fallen neben klassischen, aber immer weniger an Marx orientierten sozialdemokratischen Schriften neue Schwerpunkte auf: Dritte Welt, eine Reihe der Stiftung Entwicklung und Frieden. Auch ein Öko-Atlas hat mehrere Auflagen erlebt. Konjunktoren des politischen Lebens sind ablesbar. Die neu belebte *Internationale Bibliothek* mit alten und aktuellen Grundlagentexten konnte sich nicht sehr lange halten, die Theoriediskussion in der SPD flaute nach den 70er Jahren ab. Verlagsort ist seit 1973 das damals westhauptstädtische Bonn. Auch das hinterließ Spuren im Programm.

...und die rote Fahne

Marx, Engels & Co – bis und mit Stalin – wurden allerdings auch nach 1945 in riesigen Auflagen für Dietz gedruckt. Aber für Dietz-Ost, wo seit 1960 statt der Schlange eine Erdkugel mit roter Fahne das Verlagssignet zierte. Der politisch-ideologisch sowie verlegerisch komplizierten Verdoppelung ist in der Dietz-West-Chronik eine erfreulich entspannte Passage gewidmet. Eines der juristischen Probleme: „Kein neuer Dietz-Verlag ohne einen lebendigen Namensträger als Mitgründer!“ Glücklicherweise fand sich im Osten ein Karl Dietz. Er steht formell noch

heute im Namen des Dietz-Berlin-Verlages, der nach dem Ende der DDR nicht etwa mit Dietz-Bonn fusionierte, sondern der PDS nahe weiter bestand. Nun erscheint dort Schrifttum, das ins Umfeld der neuen SPD-Konkurrenz Die Linke gehört. Während den Bonnern die vom Bund geförderte Friedrich-Ebert-Stiftung finanziellen Rückhalt gibt, ist es bei den Berlinern die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Aber für die Weiterführung der blaubändigen Marx-Engels-Werke beziehungsweise „die Erhaltung des kritischen Denkens“ müssen private Beiträge gesammelt werden. Von der Steuer absetzbar sind diese Zuwendungen nicht. Dafür erscheinen die Namen sämtlicher Spender und Spenderinnen „als Dank auf einem Vorblatt im geförderten Band“. Sofern diese das wollen.

Von beiden Verlagen werden wie früher Theorie-Zeitschriften herausgegeben. *Utopie kreativ* kommt elf Mal im Jahr aus Berlin, die *Neue Gesellschaft* zehn Mal aus Bonn. Beim aktuellen Buchprogramm wirkt Dietz-Berlin radikaler, was wenig überrascht. Ich holte im Sozialarchiv ein in Comicart gestaltetes Bändchen, welches „Antikapitalismus, für alle“, will sagen für „die neue Generation emanzipatorischer Bewegungen“ offeriert. Als markante Neuerscheinung von Dietz-Bonn nahm ich den Band 14 der Reihe zur Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland mit. Er befasst sich mit dem Alltag der offiziell regierenden Klasse im „Arbeiterstaat“ DDR. Trotz der bereits im Titel klar gesetzten Führungszeichen wirkt er informativ-sachlich und eigentlich hochinteressant. Nur ist der Wälzer mit seinen 892 Seiten sehr, sehr dick. Schaffe ich das? In meine Büchergestelle, wo die beiden Dietz-Verlage schon seit Jahrzehnten gemischt stehen, würde er gut passen.

haste

Empor zum Licht! 125 Jahre Verlag J.H.W. Dietz Nacht. Seine Geschichte und seine Bücher 1881

- 2006. Angela Graf, Horst Heidermann, Rüdiger Zimmermann. Dietz, Bonn 2007, 448 Seiten, 29,90 Euro



Literaturliste

- K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition** eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag 1983, 234 Seiten , 14,00 €
- Die Bremer Linksradikalen** 66 Seiten, 2,00 €
- Register der „Arbeiterstimme“** 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989 je 1,00 €
- Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten** (Hrsg. Achim Kowalczyk) **Sonderpreis** 192 Seiten, 5,00 €
- Immer noch Kommunist?** Erinnerungen von Paul Elflein 146 Seiten, 5,00 €
- Theodor Bergmann: **Gegen den Strom**, Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuaufgabe) 624 Seiten, 20,00 €
- Jens Becker: **Heinrich Brandler** – Eine politische Biographie 510 Seiten, 20,00 €
- Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: **Einführung in den dialektischen Materialismus** Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer) 1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
- Zurück in die Eierschalen des Marxismus?** Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer) 30 Seiten, 1,50 €
- 1923, eine verpaßte Revolution?** Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer) 1931, 32 Seiten, 1,50 €
- Um was geht es? Zur Krise der KPD** (August Thalheimer) 1929, 32 Seiten, 1,50 €
- Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)** 1931, 75 Seiten, 3,00 €
- Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus?** Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer) 1932, 34 Seiten, 1,50 €
- Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?** 1932, 27 Seiten, 1,50 €
- Volksfrontpolitik**, ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik 1974, 95 Seiten, 2,50 €
- Fluchtpunkte**, Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung 316 Seiten, 20
- Die Potsdamer Beschlüsse**, Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer) 1945, 32 Seiten, 1,50 €
- Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg** (August Thalheimer) 1946, 27 Seiten, 1,50 €
- Weißer Flecken**, Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung 1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
- August Thalheimer and German Communism** – Revolutionary History 320 Seiten, 15
- Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion** (August Thalheimer) 1952, 43 Seiten, 1,50 €
- Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution** (Heinrich Brandler) 1950, 140 Seiten, 5,00 €
- Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion**, Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU 1974, 68 Seiten, 3,00 €
- Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie** (August Thalheimer) 1928, 54 Seiten, 2,00 €
- Der Weg der Gewerkschaften**, Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze) 1948, 181 Seiten, 4,00 €
- Ostblock - Westblock**, Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer) 7,50 €
- Der Faschismus in Deutschland**, Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg



240 Seiten, Paperback,
12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der Gruppe Arbeiterstimme

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

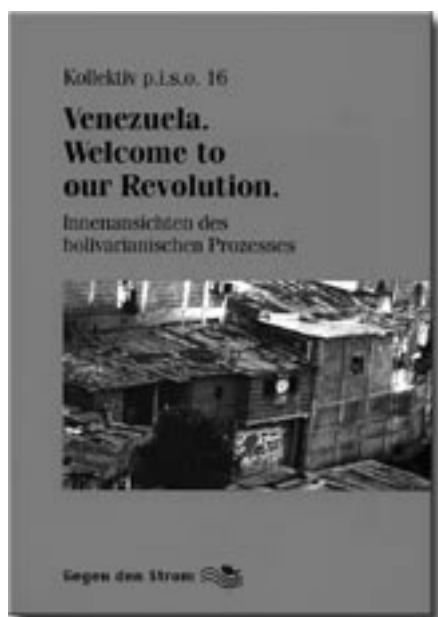
Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.



510 Seiten, Paperback,
20,-
 ISBN 3-87975-767-4

Venezuela - Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bistlang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.

Bestelladresse:
Gegen den Strom
Schwanthalerstraße 139
80339 München
gds-verlag@gmx.de

oder:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg



624 Seiten, Paperback,
20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:
T. Gradl
Postfach 910307
90261 Nürnberg